Nr. 119 ♦ 43. Jahrg.
Ausgabe A Nr. 60

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,— Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" mit „Siedlung und Kleingarten" sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen" und Frauenbeilage „Frauenstimme" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Morgenausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt-Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8½ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297.

Freitag, den 12. März 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Auf zum Volksbegehren!

Gewerkschaftsgenossen!

Arbeiter, Angestellte, Beamte Berlins!

Die wirtschaftliche und soziale Not der Arbeitnehmerschaft ist riesengroß. Millionen von Menschen, die gern arbeiten wollen, sind beschäftigungslos und nur auf eine karge Unterstützung angewiesen.

Weitere Millionen arbeiten nur wenige Tage in der Woche. Mit ihrem „Einkommen" können sie nicht die allerbescheidensten Bedürfnisse des Lebens befriedigen.

Und die noch Arbeitenden?

Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten haben noch nicht den Friedensrealstand erreicht. Trotzdem wird vom Unternehmertum — sinn- und gewissenlos — eine Senkung der Löhne und Gehälter propagiert. Dieses wahnwitzige Beginnen wird — entgegen allen volkswirtschaftlichen Gesetzen — damit „begründet", daß nur bei verringertem Einkommen der Arbeitnehmer die Gesundung der deutschen Volkswirtschaft möglich ist.

Abbau — Entlassung

sind die Gefahren, die täglich die noch Beschäftigten umlauern. Bitterste Not leiden auch die Sozial- und Kleinrentner. Hunderttausende von ihnen haben durch den Krieg und die Inflation ihr Hab und Gut, ihre Sparpfennige, die sie sich abgehungert hatten, verloren. Bettler sind sie geworden und fristen ein elendes Dasein.

Zehntausende von Kindern, die „Zukunft Deutschlands", erhalten keine genügende Nahrung.

In dieser Zeit der allgemeinen Verarmung, der tiefsten Not, stellen die ehemaligen deutschen Fürsten Forderungen, die einen Raubzug an dem ausgepowerten deutschen Volk bedeuten.

Aber nicht die Fürsten selbst, sondern auch ihr „geliebter Anhang" und ferner die sogenannten Standesherren fordern vom Volk schamlos die Mittel, um ihr Drohnendasein weiterführen zu können.

Will das werktätige Volk, wollen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten sich das gefallen lassen? Wollen sie es dulden, daß die, die das Volk ins Unglück führten, Millionen, ja Milliarden erhalten, während von der Regierung Mittel für soziale Zwecke immer wieder verweigert werden?

Das kann und darf das arbeitende Volk, das kann und darf kein gewerkschaftlich Organisierter dulden. Die klaren Forderungen des Tages lauten:

Keinen Pfennig den Fürsten!
Entschädigungslose Enteignung!
Verwendung der auf solche Weise erhaltenen Mittel für die von den Gewerkschaften unterstützten sozialen Zwecke!

Wer das will, der trete für das Volksbegehren ein

durch seine Einzeichnung in die bis zum 17. März d. J. ausgelegten Einzeichnungslisten.

Kein organisierter Arbeitnehmer darf die Einzeichnung versäumen. Jeder muß auch die Indifferenten, die Gleichgültigen aufrütteln, damit sie sich ebenfalls in die Listen einzeichnen.

In den Bureaus, Werkstätten, Betrieben, Geschäften, in allen Versammlungen, bei allen Zusammenkünften der Arbeitnehmerschaft muß ernst und dringend die Mahnung erhoben werden:

Zeichnet Euch in die Listen ein!

Wer sich nicht einzeichnet, unterstützt den Raub der Fürsten am Volk!

Arbeiter, Angestellte und Beamte Berlins! Tut Eure Pflicht!

Auf zum Volksbegehren!
Für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten!

Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Berlin.
Sabath.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Berlin.
Flatau. Reichelt.

Allgemeiner deutscher Beamtenbund, Ortsausschuß Groß-Berlin.
Körber. Weidmann.

Unveränderte Lage in Genf.

Kein Nachgeben Brasiliens.

Die letzten vierundzwanzig Stunden, bis Donnerstagabend, haben eine Entwirrung der überaus verwickelten Lage nicht gebracht. Andeutungen des Berliner Rundfunks jedoch, wonach die deutsche Delegation bereits die Heimreise vorbereite, finden in den vorliegenden Meldungen keine genügende Stütze.

Eigene Drahtungen aus Genf siehe 3. Seite.

Warum Bosdari ging.

Faschistische Diplomatie!

Zur Abberufung des italienischen Botschafters Bosdari erfahren wir noch folgendes:

Als Graf Bosdari sein Amt als Botschafter in Berlin antrat, fand er hier einen sehr erbitterten Feind vor, den Botschafterrat Guarneri. Dieser, schon vor dem Kriege in der italienischen Botschaft beschäftigt, war in seiner Hoffnung, selbst den Botschafterposten zu erhalten, durch die Ernennung Bosdaris sehr stark enttäuscht worden und intrigierte nun, indem er über des Botschafters Wirken in Berlin Privatberichte nach Rom sandte, die alles andere als günstig für Bosdari waren. Es kam, als Bosdari dies sehr bald erfuhr, zu heftigen Auftritten zwischen Bosdari und dem Botschafterrat und das Ende war ein Disziplinarverfahren gegen Guarneri und seine Abberufung. In Rom selbst unterwühlte Guarneri weiter die Stellung des Botschafters mit dem Erfolg, daß seine Abberufung beschlossen wurde. Er erhielt seine Abberufung, als er in Rom auf Urlaub weilte. Selbstverständlich wollte Bosdari als gut erzogener Mann von seinem Berliner Kreise sich offiziell verabschieden. Er reiste nach Deutschland, hielt sich in München etwas auf. Es war die Zeit der Reden Mussolinis gegen Deutschland. Man fürchtete, daß der gewandte und beliebte Bosdari die Wellen glätten könnte und so zog es denn die italienische Regierung vor, Bosdari nicht nach Berlin reisen zu lassen. Er erhielt noch in München ein Schreiben, daß seine Weiterreise nach Berlin nicht erwünscht sei und Bosdari kehrte, ohne Berlin noch einmal wiedergesehen zu haben, nach Rom zurück.

Zunahme der Einzeichnungen!

Die Eintragungen zum Volksbegehren haben am Donnerstag wieder erheblich zugenommen. Die Einzelergebnisse lassen voraussehen, daß gestern die Zahl der Eintragungen an drei Viertelmillionen herangekommen ist.

Prenzlauer Berg.

Mittwoch	Donnerstag	Bisher eingezeichnet
6807	8638	72 540

Friedrichshain.

Mittwoch	Donnerstag	Bisher eingezeichnet
7668	10 643	81 818

Wedding.

Mittwoch	Donnerstag	Bisher eingezeichnet
8022	10 122	89 408

Pankow.

Mittwoch	Donnerstag	Bisher eingezeichnet
1262	1883	13 919

Die Eintragungen in Hamburg.

Hamburg, 11. März. (WTB.) Bis einschließlich Mittwoch sind in Hamburg 112500 Unterschriften zum Volksbegehren geleistet worden, in Altona 21759.

Das neue Fürstenkompromiß.

Von Kurt Rosenfeld.

Die bürgerlichen Mittelparteien — Demokraten, Zentrum, Deutsche und Bayerische Volkspartei sowie Wirtschaftliche Vereinigung — haben soeben den neuen Kompromißantrag zur Frage der Auseinandersetzung zwischen Fürsten und Ländern im Rechtsausschuß des Reichstags eingebracht. Damit ist nunmehr die dritte Formulierung des Fürstengesetzes erfolgt. Man kann aber nicht sagen: Aller guten Dinge sind drei. Denn auch der neueste Kompromißentwurf ist noch weit davon entfernt, den Forderungen der sozialdemokratischen Fraktion zu genügen.

Auch jetzt noch lehnen die bürgerlichen Parteien den Gedanken der entschädigungslosen Enteignung der Fürsten ab, die den Gegenstand des Volksbegehrens und Volksentscheids bildet.

Auch jetzt noch verwerfen die bürgerlichen Parteien jene ursprünglich sozialdemokratische, dann von den Demokraten übernommene Anregung, den einzelnen Ländern das Recht zu geben, unter Ausschluß des Rechtsweges durch Gesetz die Abrechnung mit den einzelnen Fürsten vorzunehmen.

Auch jetzt noch verharren die bürgerlichen Parteien auf der Idee, durch ein Gericht eine „billige" Auseinandersetzung zwischen Fürsten und Ländern herbeizuführen.

Es zeigt wahrlich kein Verständnis für die Auffassung weitester Volkskreise, wenn man bei dem allgemeinen Mißtrauen gegen die deutsche Justiz nichts anderes vorzuschlagen weiß, als die Lösung der Fürstenfrage einem Gericht zu überlassen. Dabei war doch bereits in dem ursprünglichen Kompromißantrag davon abgesehen worden, die Entscheidung dem Reichsgericht zu übertragen, offenbar weil man das im Volke herrschende Mißtrauen gegen die bestehenden Gerichte in Rücksicht zog.

Mit der Schaffung eines neuen, nur etwas anders gearteten Gerichts ist aber dem allgemeinen Mißtrauen gegen die Rechtspflege nicht hinreichend Rechnung getragen. Am allerwenigsten dann, wenn das „Reichssondergericht für die Vermögensauseinandersetzung zwischen den Ländern und den Fürstenhäusern" lediglich aus Richtern bestehen soll. In der Frage der Zusammensetzung dieses Gerichts ist jetzt allerdings ein kleiner Fortschritt zu konstatieren. Nach dem ersten Kompromißvorschlag sollte der Reichspräsident die Mitglieder des Gerichts bestimmen, und es sollten nur Richter in das Gericht berufen werden dürfen. Nach den späteren Beschlüssen des Rechtsausschusses sollte die Reichsregierung das Vorschlagsrecht für die Auswahl der Richter haben; das neue Kompromiß gibt insofern unserer Kritik gegen das Richterprivileg nach, als dieses wenigstens teilweise aufgehoben werden soll: der Reichsgerichtspräsident soll Vorsitzender des Gerichts sein; die übrigen acht Mitglieder soll der Reichspräsident auf Vorschlag der Reichsregierung ernennen, von diesen aber müssen nur vier Richter sein, während die anderen vier Laien sein können.

Ist in dieser neuen Bestimmung, die eine Einschränkung des Monopols der Richter bedeutet, auch ein gewisser Fortschritt unverkennbar, so ist er doch nicht groß genug, um befriedigen zu können. Wir hatten gefordert, daß sämtliche Mitglieder des Sondergerichts vom Reichstag gewählt werden, und zwar ohne jeden Zwang bei der Auswahl, und wir werden auch weiter daran arbeiten, den Laien den unbeschränkten Zutritt zu diesem Gericht zu erkämpfen. Die jetzt vorgeschlagene Zusammensetzung aus fünf Richtern zu (oder richtiger: gegen) vier Laien und ihre Ernennung durch den Reichspräsidenten auf Vorschlag der Regierung gewährt keinen hinreichenden Schutz gegen die Gefahr, daß auch das Fürstensondergericht sich ebenso, wie es bisher die ordentlichen Gerichte getan haben, von formal juristischen Erwägungen leiten läßt, und daß republikfeindliche Mitglieder des Gerichtshofs mehr Verständnis für eine „würdige" Ausstattung früherer Monarchen als für die Sicherung der Republik zeigen.

Die Zusammensetzung des Gerichts ist um so wichtiger, als die Richter in hohem Maße nach freiem Ermessen entscheiden sollen. In dem Kompromißgesetz wird niemals die Frage, ob die Fürsten eine Entschädigung erhalten sollen, immer aber die Frage, wie hoch die Entschädigung sein soll, in das freie Ermessen der Richter gestellt. Lediglich die Richter haben auch zu bestimmen, inwieweit bei den Entscheidungen die wirtschaftliche und finanzielle Lage der einzelnen Länder berücksichtigt werden soll, was eine angemessene Lebenshaltung der bis 1918 regierenden und sogar auch der seit mehr als 100 Jahren nicht mehr regierenden Fürsten gewährleistet, wie ein „billiger Ausgleich" zu finden ist; noch mehr: in einzelnen Fällen ist den Richtern die Entscheidung darüber überlassen, inwieweit die neuen Bestimmungen rückwirkende Kraft haben sollen. In diesem Punkt enthalten die neuen Vorschläge sogar eine Verschlechterung der letzten Beschlüsse des Rechtsausschusses. Die Rückwirkung des neuen Gesetzes muß so weit gehen, daß alle früheren Verträge und Entscheidungen unter den jetzt formulierten Gesichtspunkten nachgeprüft werden können.

Zu begrüßen sind die nunmehr aufgestellten Vermutungen darüber, was Staatseigentum ist. Erfreulich ist auch, daß nunmehr Zivillisten, Kronfideikommisrenten, Krondotationsrenten und ähnliche Renten entschädigungslos fortfallen sollen, allerdings nur soweit sie nicht auf Privatrechtstitel beruhen. Einen Fortschritt bedeutet weiterhin die Bestimmung, daß dem Lande vorweg die Gegenstände zuzuteilen sind, die es aus Gründen der Kultur oder Volksgesundheit in Anspruch nimmt, vorausgesetzt allerdings, daß diese Gegenstände zur regelmäßigen, öffentlichen Besichtigung oder Benutzung freigegeben waren.

Im allgemeinen erweist sich auch das neue Fürstenkompromiß schon bei Prüfung seiner wesentlichsten Bestimmungen als unzureichend. Die Grundsätze, nach denen das Fürstengericht entscheiden soll, entsprechen nicht hinreichend den Interessen des deutschen Volkes. Sie sind auch nicht zwingend genug. Die Anwendung und Auslegung der Grundsätze aber soll Sache eines Gerichts sein, das weder nach den Faktoren, welche seine Zusammensetzung bestimmen, noch nach dem Personenkreis, welchen die Richter zu entnehmen sind, Vertrauen erwecken kann.

Wenn die bürgerlichen Kompromißparteien auf die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion Gewicht legen oder wenn der Gesetzentwurf, was noch nicht feststeht, verfassungsändernd sein sollte und deshalb nur mit Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion Gesetz werden kann, wird das neue Fürstenkompromiß noch in wesentlichen Punkten verbessert werden müssen. In keinem Falle aber ändert unsere Zustimmung zu dem Fürstenkompromiß auch nur das geringste an unserer Stellungnahme zu Volksbegehren und Volksentscheid. Diese gehen unabhängig von den Reichstagsverhandlungen ihren Gang.

Külz im Feuer.

Fort mit ihm, er ist ein Republikaner!

Heute soll im Reichstag entschieden werden, ob man in Deutschland Minister bleiben darf, wenn man sich zur Republik bekennt. Die Frage ist nicht so ganz einfach, wie sie scheint.

Schon am Mittwoch hatte der Volksparteiler Herr v. Kardorff, also der Sprecher einer Regierungspartei, heftig gegen den republikanischen Innenminister Herrn Dr. Külz vom Leder gezogen. Gestern setzte der völkische Herr Kube den Angriff fort, indem er eine Kaisergeburtstagsrede verlas, die Herr Külz als Bürgermeister in der guten alten Zeit, in der alle Bürgermeister Kaisergeburtstagsreden hielten, gehalten hatte.

Das gab Herrn Külz Veranlassung, eine Geschichte zu erzählen, wie man aus einem Monarchisten zum Republikaner wird. Man erfuhr, daß dieses Bekehrungswerk von Wilhelm II. selbst vollzogen wurde, der ja überhaupt der beste Kaiser war, den sich die Republikaner wünschen konnten. Der Minister sprach:

Ich habe dem Kaiser ziemlich nahe gestanden. Aber wenn ein Kaiser, der von Millionen von Deutschen verlangt hat, daß sie ihr Leben einsetzen sollen für die Monarchie, in dem Augenblick, wo die Geschichte erstmalig von ihm selbst ein Einsetzen für den monarchischen Gedanken verlangt, nach Holland fährt, so ist das Band innerlich zerrissen. Das Grab der Monarchie wird von der Geschichte nicht auf deutschem Boden, sondern auf dem Wege nach Holland gesucht werden.

Das saß! Links brachen die Bande parlamentarischer Ordnung: man klatschte stürmisch. Rechts tobte man wie besessen und vollzog dann — zum feierlichen Protest gegen die geschichtliche Wahrheit — den Auszug aus dem Saal. „Ab nach Holland!" schallte es von links hundertstimmig. Aber sie gingen nicht nach Holland, sondern kamen wieder und beantragten durch den Mund des Grafen Westarp, der Reichstag möge dem Minister wegen seiner soeben getanen Aeußerungen das Vertrauen entziehen.

Die Abstimmung wird interessant sein. Als Regierungsparteien sind die Deutsche und die Bayerische Volkspartei verpflichtet, mit Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum zusammen den Mißtrauensantrag abzulehnen. Werden sie sich geschlossen und vollzählig an der Abstimmung beteiligen? Und was werden die Kommunisten tun? Sie, die jeden Antrag schön finden, wenn er ein Mißtrauensantrag ist — werden sie gemeinsam mit dem Grafen Westarp vor die geheiligte Person Seiner Majestät treten?

Also mancherlei wird heute entschieden werden. Ob ein Reichsminister der Deutschen Republik Republikaner sein darf. Ob in der Deutschen Republik Majestätsbeleidigung mit sofortiger Dienstentlassung geahndet wird. Ob es Dummheiten gibt, die die Kommunisten nicht machen. Ob die Regierungsparteien zusammenhalten oder ob Herr Luther, wenn er nach Hause kommt, hier einen noch größeren Kuddelmuddel vorfinden wird als in Genf.

Schulz von Heinersdorf.

Junker und Volksbegehren.

Aus Fürstenwalde (Spree) wird uns geschrieben:

Im nahen Heinersdorf befindet sich im sogenannten Amtskasten folgender Anschlag:

Die Eintragungsfrist für das Volksbegehren, Enteignung der Fürstenhäuser, läuft vom 4. bis 17. d. Mts. Die Liste liegt in dieser Zeit im Gutsbureau Heinersdorf in den Dienststunden öffentlich aus.

Der Gutsvorstand.
Schulz von Heinersdorf.

In die Liste tragen sich nur die Wähler ein, welche für restlose Beraubung der Fürstenhäuser sind. Jeder anständige Deutsche trägt sich nicht ein.

Schulz von Heinersdorf.

Schulz von Heinersdorf ist ein typischer ostelbischer Großgrundbesitzer reaktionärster Färbung. Er besitzt zwei Rittergüter, eines in Heinersdorf, das andere in Bahlendorf. Die Gutshörigen wissen ein Lied von dem Terror zu singen, der im Machtbereich des Schulz auf sie ausgeübt wird. Daß er sein Amt als Gutsvorsteher mißbraucht, um die Geschäfte der habgierigen Fürsten zu betreiben, liegt klar zutage. Beim zuständigen Landrat in Seelow ist inzwischen Beschwerde eingelegt worden.

Und der Bischof.

Alle Sabotage- und Terrorversuche der Deutschnationalen und des Landbundes werden übertroffen durch eine Kundgebung eines katholischen Prälaten, des Passauer Bischofs Dr. Sigismund Felix Frhr. von Ow-Feldorf. Diese Kundgebung lautet:

„Als berufener Hüter der göttlichen Sittengesetze obliegt mir die Pflicht, mit aller Entschiedenheit zu erklären, daß in der Beteiligung an diesem Volksbegehren eine Versündigung, und zwar, wenn die Beteiligung eine überlegte und absichtliche ist, eine schwere Versündigung gegen das siebente Gebot Gottes gelegen ist. Die Durchführung eines solchen Begehrens wäre der erste Schritt zur Aufhebung des Eigentums überhaupt, und es wäre damit auch der Beraubung der Kirche, kirchlichen Anstalten und Stiftungen sowie der willkürlichen Enteignung jeden Privatbesitzes, insbesondere des Bürgers und Bauern, Tür und Tor geöffnet. Kraft meiner bischöflichen Autorität untersage ich deshalb ausdrücklich jede Beteiligung an diesem Volksbegehren und jede Unterstützung der darauf abzielenden Bestrebungen und erwarte von allen gläubigen Katholiken meines Bistums, daß sie ihre Unterschrift für diese Aktion nicht geben oder, wenn sie dieselbe unüberlegt gegeben haben, wieder zurückziehen werden."

Auch diese Kundgebung wird die große Volksbewegung nicht hemmen. Sie wird höchstens dazu beitragen, die Erregung in den Kreisen des Zentrums zu steigern.

Ja, warum drucken sie das nicht?

Ein geheimnisvoller Glückwunsch Wilhelms des Letzten.

Die deutschnationalen „Lübeckischen Anzeigen" feierten dieser Tage ihr 175jähriges Gründungsfest. Die Redaktion hatte aus diesem Anlaß eine Reihe von Persönlichkeiten gebeten, durch kleine Beiträge, Glückwünsche usw. zu ihrem Ruhm etwas beizutragen, unter ihnen auch den ehemaligen Kaiser in Doorn, der sich denn auch beeilte, seine Feder in Bewegung zu setzen. Nun begab sich aber etwas sehr Merkwürdiges: Während die „Lübeckischen Anzeigen" in ihrer Festnummer alle übrigen Beiträge in feierlicher Aufmachung abdruckte, blieb ein einziger ungedruckt, der doch offenbar dazu bestimmt war, die Krönung des Ganzen zu bilden, und das war — der Beitrag Wilhelms II.! An der Stelle, an der er hätte abgedruckt werden sollen, stand folgendes zu lesen:

> Von besonderem Werte ist auch der Gruß, verbunden mit herzlichem Glückwunsch, eines anderen Fürsten, der Gruß Kaiser Wilhelms II., den er uns aus Haus Doorn sandte, denn er erinnert uns an strahlende Zeiten Deutschlands, die auch solche Lübecks waren. Der Gruß Kaiser Wilhelms II. erinnert selbst an die Kaiserbesuche in Lübeck, die stets besondere Festtage für unsere Stadt bedeuteten.

Ganz Lübeck fragt jetzt nach dem Grund dieser eigenartigen redaktionellen Maßnahme. Unser Parteiblatt, der „Volksbote", nimmt an, der Inhalt der kaiserlichen Zuschrift sei solcher Art gewesen, daß sich das deutschnationale Blatt geschämt habe, sie zu veröffentlichen. Die „Anzeigen" haben dieser Annahme bisher nicht widersprochen.

Englische Staatsaktenveröffentlichung.

Deutsche Parallel-Aktion.

Das britische Außenministerium beginnt demnächst mit der Veröffentlichung der britischen amtlichen Dokumente zum Kriegsursprung 1889—1914. Dabei ist nicht der bisher übliche Weg gewählt worden, den eigenen Briefwechsel unter Verantwortlichkeit des Staatsministeriums zu veröffentlichen, sondern man hat die Herausgabe der Vorkriegsakten zwei hervorragenden unabhängigen Geschichtsschreibern übertragen, Dr. G. P. Gooch und Dr. Harold Temperley, die völlig freies Verfügungsrecht über das Dokumentenarchiv erhalten haben. Das Werk wird elf Bände umfassen, die annähernd dem Zeitraum und dem Aktenmaterial der Bände 12 bis 37 der großen Aktenpublikation des deutschen Auswärtigen Amtes entsprechen. Die englische Publikation wird sich aber insofern von der deutschen unterscheiden, als sie nicht im eigentlichen Sinne „Erschließung der Archive" zu bezeichnen ist, sondern sich, entsprechend ihrem Haupttitel, besonders mit der Frage der Kriegsursachen beschäftigt. Der elfte Band, der sich mit der Zeit nach der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand beschäftigt, wird im Frühjahr 1926 erscheinen. Dieser Band bildet eine Parallelerscheinung zu den 1919 vor Beginn der großen Aktenpublikation erschienenen „Deutschen Dokumenten zum Kriegsausbruch" und wird deshalb von großer Bedeutung sein, weil er, wie die deutsche Publikation alles veröffentlichen wird, was über die europäische Lage in den Archiven des britischen Auswärtigen Amtes an Material über die Zeit vom 28. Juni bis zum 4. August 1914 zu finden war. Es ist auch eine deutsche Ausgabe des englischen Aktenwerkes bereits in Vorbereitung. Die deutsche Uebersetzung des ersten Bandes ist bereits in Bearbeitung und soll gleichzeitig mit der englischen Ausgabe erscheinen, die sich im Druck befindet und unmittelbar nach Ostern 1926 zur Veröffentlichung gelangen wird. Die deutsche Ausgabe führt den Titel: „Die Britischen Amtlichen Dokumente zum Kriegsursprung 1889 bis 1914".

Die rumänischen Hochschul-Hakenkreuzler haben es so toll getrieben, daß sogar diese Regierung dagegen vorgehen mußte. Nun „streiken" sie in Bukarest, weshalb die Hochschule geschlossen wurde; das gleiche soll für den Streikfall auch in Jassy und Klausenburg geschehen.

Gold aus Quecksilber.

Herr Prof. A. Miethe sendet uns die folgenden Ausführungen, die sich auf den von uns in unserer Beilage „Unterhaltung und Wissen" (vom 9. d. M.) ausführlich besprochenem Vortrag des Prof. Haber beziehen:

Es ist wohl berechtigt, wenn ich im Nachstehenden meinerseits Stellung zu den Ausführungen des Herrn Prof. Haber in seinem Vortrag „Die Versuche, chemische Elemente in andere zu verwandeln", soweit sie zu Mitteilungen in der Presse Veranlassung gegeben haben, nehme.

Die Vorstellung, daß durch elektrische Mittel eine Goldbildung im Quecksilber bewirkt werden kann, hat Prof. Haber nicht von sich gewiesen. Er hat sogar angeblich davon gesprochen, daß ein derartiger Vorgang in absehbarer Zeit möglicherweise realisierbar sein könne. Die Hypothese der Goldbildung hat in seinen Augen nichts Abenteuerliches. Seine Versuche, sie zu bestätigen, sind anfangs offenbar scheinbar erfolgreich gewesen und auch bei neueren Versuchen hat er das Vorhandensein von Gold im elektrisch behandelten Quecksilber festgestellt. Er deutet aber diese Versuche anders wie wir es tun. Seine Deutung läuft darauf hinaus, daß das beobachtete Gold aus den Zuführungsdrähten stamme, die goldhaltig seien und aus denen während des Versuchs das Gold in das Quecksilber gelange. Offenbar bezieht sich diese Anschauung nicht nur auf das Stück des Drahtes, welches sich während des Versuchs möglicherweise im Quecksilber auflöst, sondern auf den Goldgehalt der gesamten Elektroden. Man müßte also der Vorstellung Raum geben, daß das Gold aus dem Draht unter dem Einfluß des elektrischen Stromes in das Quecksilber wandert.

Diese Anschauung, die wir aus unseren Versuchen jedenfalls noch nicht bestätigen können und die etwas physikalisch absolut Neues darstellt, bedarf offenbar noch grundlegender Untersuchungen und Feststellungen. Wenn sie sich bewahrheitet, so würde daraus eine Fülle höchst überraschender physikalischer Erkenntnisse sich ergeben. Auch wir werden sie nachzuprüfen suchen, sobald Einzelheiten näher bekannt geworden sind.

Außer dieser Haberschen Auffassung sind andere Erklärungsversuche gegeben worden, unter denen diejenigen als heute schon widerlegt anzusehen sind, die von der Vorstellung ausgehen, daß das bei diesen Versuchen benutzte Quecksilber an sich goldhaltig gewesen sei.

Ich stehe daher auf dem Standpunkt, daß die Frage, um die es sich hier dreht, bis jetzt zum mindesten noch nicht klar entschieden worden ist; jedenfalls wird nur durch unsere Hypothese begreiflich, warum bei unseren nach vielen Hunderten zählenden Versuchen unter im Sinne der Haberschen Erklärung gleichen Bedingungen bei bestimmten Versuchsanordnungen stets negative Ergebnisse gezeitigt worden sind.

Es mag auch in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß diesen Ablehnungen unserer Erklärung auch Bestätigungen gegenüberstehen. Ich weise dabei nur auf die höchst bemerkenswerten Arbeiten des holländischen Physikers Prof. Smits hin, aus denen hervorgeht, daß durch gleiche Beeindruckungen, wie wir sie vorgenommen haben, aus dem benachbarten Blei sicher Quecksilber entstanden ist. Diese Versuche müßten auch erst widerlegt werden, ehe man sich ein abschließendes Urteil bilden kann.

Die Vorstellung, daß unsere Erklärung unwahrscheinlich sei, weil die aufgewandte elektrische Energie zu gering sei, erscheint jedenfalls nicht zwingend begründet. Ebenso ist der Hinweis darauf, daß unsere Ausbeuten zu groß seien, sowie der entgegengesetzte Einwand, daß sie zu klein seien, um beweisend zu erscheinen, zum mindesten nicht schlüssig. Gegenüber der Feinheit des Goldnachweises sind unsere Befunde unzweifelhaft genügend groß.

Wir sind unserer Sache nach wie vor völlig sicher, besonders auf Grund von Versuchsreihen, deren Ergebnisse wir jüngst veröffentlicht haben.

Miethe.

Blick in die Bibliothek.

Die schwarzweißroten Schriftsteller haben augenblicklich Hochkonjunktur in Jubiläumsartikeln über die Königin Luise. Was bei dieser Gelegenheit an sogenanntem Patriotismus, wie sie ihn auffassen, an Sentimentalität und deutscher Schmachunderhebungsmache produziert wird, kann uns nicht interessieren. Auch wenn ein Blatt wie die „Deutsche Zeitung" sich auch mit der „geistigen" Seite der Angelegenheit beschäftigt, dann hat das, bei Gott, Raritätswert, der schon Beachtung verdient. In dieser Zeitung erschien am Sonntag ein Aufsatz „Die Bibliothek der Königin Luise", Unterzeile: „Was die hohe Frau in deutscher Literatur bevorzugte". Nach der „Deutschen Zeitung" fand man also in ihrem Bücherkatalog:

„. . . von Fichte nur die „Grundzüge des gegenwärtigen Zeitalters" (1806), von Kant nichts, dafür viel Pädagogisches. Frauenzeitschriften und Modejournale wurden gehalten, seit 1808 auch Kotzebues „Freimütiger". Von Lyrikern hatte sie neben den Werken vieler Dichterinnen besonders Bürger, Geßner, Uz, Gerstenberg. Ferner Mathisson, Kosegarten, Krummacher, Hebels „Alemannische Gedichte": von Epikern Lafontaine, Spieß, Kotzebue, Agnes von Lilien, Schöneich, den Homer von Voß. Von den Klassikern war Klopstock mit mehreren Ausgaben vertreten, auch Kramers Werk über Klopstock war da, Wieland fehlte bezeichnenderweise ganz. Von Herder ist nur „Terpsichore" und „Adrastea" verzeichnet, von Lessing sehr wenig, von Goethe- und Schiller-ausgaben nur einzelne Bände . . . Aus der Zeit der Romantik findet sich das Maiheft der „Jahrbücher der preußischen Monarchie" (1807) mit den Gedichten von Novalis. Von Kleist hatte die Königin nichts außer dem ersten Heft des „Phöbus".

Und nun schreibt die „Deutsche Zeitung": „Aus alledem geht hervor, daß die Königin ein großes literarisches Interesse hatte". Können Sie sich eine Vorstellung machen vom Bildungsgrad des Redakteurs, der so etwas schreibt? Ich auch nicht. Schließlich kann man sich schon einen Menschen mit literatischem Interesse vorstellen ohne Geßner, Uz, Kosegarten, Spieß, Krummacher und Agnes von Lilien. Unter Umständen sogar ohne die „Deutsche Zeitung". Aber ohne Kant, Goethe und Schiller ist eine solche Illusion unmöglich, es sei denn, daß das personifizierte literarische Interesse eines Snobs oder eines Rassike sei. Solche Bibliotheken einrichten zu können, ist einer Hohenzollernkönigin schon zuzutrauen, wobei denn an Wilhelms des Letzten und seiner Gemahlin Lesebedürfnisse gar nicht erinnert sein soll. Und der „Deutschen Zeitung" wollen wir für ihre Veröffentlichung sehr dankbar sein, weil sie einen jetzt wenigstens wissen läßt, wie ihre fürstlichen Freunde, ganz besonders auch der Prinz von Lippe, der diesbezügliches bekanntlich neulich leitartikelte, mit den Geldern, die sie gerne haben möchten, „kulturelle Tradition" aufrechterhalten würden.

Aber diese Gelder kriegen sie nicht. Nach Königl. Sächsischem Befehl wird das Volk jetzt endlich seinen Dreck alleene machen. Das Land wird sauberer dabei werden.

Ergo.

Uebersiedlung Rudolf v. Labans nach Würzburg? Im Rathaus zu Würzburg fand unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Löffler und im Beisein Rudolf v. Labans eine Sitzung statt, um den Plan zu beraten, Laban zu veranlassen, mit seiner ganzen Schule nach Würzburg überzusiedeln und hier ein Zentralinstitut für Choreographie und Tanz ins Leben zu rufen. Ein größeres schönes Gelände wurde für diesen Zweck bereits von privater Seite zur Verfügung gestellt. Ende April wird Laban mit seinen Schülern im Stadttheater Würzburg auf Einladung seines Leiters, Heinrich K. Strohm, eine chorische Aufführung größeren Stils unter Zuhilfenahme der neuen Tanzgruppe des Stadttheaters veranstalten, um auch hierdurch schon die geplante Zusammenarbeit mit dem Stadttheater in die Erscheinung treten zu lassen. Vorher gibt das Stadttheater noch eigene Tanzveranstaltungen, die u. a. den „Dämon" von Hindemith und den „Schneemann" von Korngold bringen. Bei dem augenblicklichen Stand der Verhandlungen ist damit zu rechnen, daß der Plan, in Würzburg eine Choreographische Hochschule aufzubauen, schon zum Herbst dieses Jahres verwirklicht werden kann.

Die Freiheitsstatue wird nicht modernisiert. Die einfallsreichen New Yorker Juweliere, die die Freiheitsgöttin im New Yorker Hafen mit einer Riesenarmbanduhr ausstatten wollten, haben mit ihren Vorschlägen bei den maßgebenden Stellen keine Gegenliebe gefunden. Die Behörden in Washington haben zur Begründung ihrer Ablehnung darauf hingewiesen, daß eine etwaige Zulassung der Armbanduhr einen Präzedenzfall schaffen müsse, der unabsehbare Folgen haben würde. Man erinnert an einen ähnlichen Fall, der sich vor nicht langer Zeit in New York zugetragen hat. In unmittelbarer Nähe des Rathauses steht das Bild der „Bürgertugend", dargestellt von einer nach antikem Muster gebildeten Ephebengestalt mit klassischen Körperlinien. Im vergangenen Winter wurde diese Statue mehr als einmal respektloserweise mit Reklamen von Fabriken für Pyjamas, Trikotwäsche, Unterhosen und ähnliche nützlichen Gegenstände beklebt. Dieser Unfug könne sich, so meint die Behörde, bei dem der ganzen Nation teueren Freiheitsdenkmal wiederholen, wenn man dem Reklamebedürfnis der amerikanischen Bussinessmen den kleinen Finger reiche.

Vortrag über Otto Dix. Am 13., abends 8 Uhr, findet in der Dix-Ausstellung der Galerie Neumann & Nierendorf, Lützowstraße 32, ein Vortrag von Dr. Ernst Cohn-Wiener über Otto Dix statt.

Die Galerie J. Casper, Kurfürstendamm 233, eröffnet die Frühjahrsausstellung am 14. 12 Uhr mit einer Schau von Aquarellen und Pastellen deutscher und französischer Impressionisten und Expressionisten von M. Liebermann bis O. Dix.

Das besetzte Gebiet im Etat.

Anregungen und Beschlüsse im Reichshaushaltausschuß.

Die Beratung des Etats des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete, die in der Donnerstagsitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt stattfand, gab dem Genossen Kirschbaum Anlaß zu einer längeren Rede, in deren Verlauf er u. a. ausführte: So wenig angenehm für die sachliche Arbeit der häufige Wechsel der Minister im allgemeinen sei, so könne doch im Fall des Ministeriums für die besetzten Gebiete durch den Abgang des Ministers Frenken und seinen Ersatz durch Minister Marx kein Nachteil festgestellt werden. Die Sozialdemokratie wünsche dringend die Fortsetzung der Politik, die auf eine baldige, restlose Befreiung der besetzten Gebiete und der Wiedereinbeziehung des Saargebiets in die deutsche Einheit gerichtet sei. Beschleunigte weitere Verringerung der Besatzung sei notwendig, dabei dürfe man jedoch nicht in den Fehler verfallen, die weltpolitische Bedeutung des Vertrags von Locarno auszuschließlich aus der Perspektive der Garnisonen und der Wohnungsbeschlagnahmen zu sehen. Aufgabe des Ministeriums und des ihm untergeordneten Reichskommissars für die besetzten Gebiete in Koblenz müsse die innige Fühlungnahme mit der betroffenen Bevölkerung bleiben. Dabei sei auf eine schnellere Erledigung der Anträge aller Art zu drängen, vielleicht unter Nutzbarmachung der durch die Räumung der ersten Zone freiwerdenden Kräfte der Reichsvermögensverwaltung. Zu prüfen sei, ob der Aufbau des Ministeriums organisch ist, und ob nicht eine Ueberlastung der dirigierenden Kräfte bestehe. Die Erwerbslosigkeit im besetzten Gebiet sei größer als im übrigen Deutschland und rechtfertige deshalb besondere Maßnahmen. Der Frage der Ruhrkämpfer, der Frankenlohnempfänger im besetzten Gebiet und der Weinbauern müßte von den Parteien und der Regierung größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Der Wunsch nach Hilfe sei berechtigt und erfüllbar. Vor allem aber müsse man den Zuwendungen an das besetzte Gebiet auf Grund der Besatzung die deprimierende Eigenschaft der Wohltaten nehmen.

Gleichzeitig mit dem Etat stand ein Antrag des Ausschusses für die besetzten Gebiete zur Beratung, der verlangt, die Reichsregierung zu ermächtigen, den Gemeinden mit Besatzung auf Ansuchen alsbald zu Lasten der im Reichshaushalt für 1926 für die Unterstützung des Wohnungsbaues im besetzten Gebiet besonders vorgesehenen Mittel darlehnsweise Vorschüsse in Höhe von höchstens bis zu einem Drittel der ihnen nach Genehmigung des Reichshaushalts voraussichtlich etwa zukommenden Beträge zur Verfügung zu stellen, damit sie die Bauvorhaben für Ersatzwohnungen alsbald projektieren und durcharbeiten und im Interesse einer tunlichst sparsamen Bauausführung wie im Interesse der am Bauen beteiligten Handwerker und sonstigen Kreise rechtzeitig im Frühjahr deren Ausführung in Angriff nehmen können.

Die Regierung gab zustimmende Erklärungen ab und der Antrag wurde angenommen.

Hinter den Kulissen der SR.

Die Feststellungen des Femeausschusses.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Sitzung des Femeausschusses des Landtags erklärte es Zeuge Kriminalkommissar Stumm für wahrscheinlich, daß über Schulz zwischen Schwarzer Reichswehr und Arbeitgeberverbänden ähnliche Beziehungen bestanden haben wie mit dem Landbund.

Auf Fragen des Abg. Riedel (Dem.) bekundet Kriminalkommissar Stumm, daß auch während des Ruhrkampfes von der Firma Stinnes Gelder für die Schwarze Reichswehr gegeben wurden, daß ihm aber nicht bekannt sei, ob die Firma Stinnes von der Reichsregierung im Ruhrkampf finanziell unterstützt wurde. Der damalige Stinnes-Direktor Lauz ist seit dem 31. Dezember 1923 nicht mehr für die Firma Stinnes tätig und wohnt in Berlin. Lauz habe im Polizeipräsidium ausgesagt, daß mit Rücksicht auf die zugespitzte politische Lage und insbesondere auf die Verhetzung der Arbeiterschaft er sich von der Schwarzen Reichswehr Waffen erbeten habe. Er erhielt Maschinenpistolen und eine Kiste Eierhandgranaten. Auf weiteres Befragen erklärt der Zeuge, daß die Akten der Schwarzen Reichswehr nach dem Küstriner Putsch von den Schwarzen-Reichswehr-Leuten in alle Winde verstreut wurden, so daß nur ein kleiner Teil gerettet werden konnte. Der weitaus größte Teil sei schon 1923 vernichtet worden.

Vors.: Hat Schulz positiv die Gründung von Landvolkgenossenschaften vorgenommen oder hat er tatsächlich nur die erwähnten Arbeitskommandos organisiert?

Zeuge: Es ist bei uns die Vermutung aufgetaucht, daß die Landvolkgenossenschaften als Sammelbecken für die Schwarze Reichswehr dienen sollten.

Abg. Riedel (Dem.): Ist Ihnen bekannt, daß im Kreise Lebus die dortigen Landvolkgenossenschaften nach in letzter Zeit nächtliche Schießübungen veranstalteten?

Zeuge: Davon ist mir amtlich nichts bekannt. Weiter teilt der Zeuge mit, daß ein Leutnant Appel als sehr reger Mitarbeiter des Schulz bekannt geworden ist und daß in dieser Richtung noch Ermittlungen gepflogen werden.

In der Nachmittagssitzung ergänzt Kriminalkommissar Stumm seine Aussage dahin, daß Walter Stier bei seiner Vernehmung bekundet habe,

Schulz habe erklärt, die Schwarze Reichswehr würde bald legal werden und er, Schulz, habe 2 Millionen Menschen hinter sich, die im Zentralverband der Landarbeiter organisiert seien,

und für Stier die Kleiderlieferungen versprochen habe.

Die Abgg. Rothe (Dem.) und Riedel (Dem.) nennen darauf eine große Anzahl von Zeugen, die sie zwecks Aufklärung zu laden beantragen.

Es folgt die Vernehmung des Buchhalters May. Er war bei dem Stinnesschen Stanz- und Emaillierwerk beschäftigt und soll Auskunft geben darüber, ob Schulz durch Vermittlung des damaligen Direktors Lauz Gelder von dieser Stinnesfirma für politische Zwecke erhalten hat und ob es richtig ist, daß Lauz auf Wunsch des Schulz Waffen von der Schwarzen Reichswehr in seinem Zimmer versteckt hat.

Zeuge May erklärt, von all dem nichts zu wissen. Ihm seien nur Verrechnungen mit militärischen Stellen für die Gestellung von Gespannen bekannt.

Abg. Riedel (Dem.): Haben Sie dem Leiter des Sicherheitsdienstes des Stanzwerks in Küstrin Wiesemüller erzählt, daß wiederholt Gelder an Schulz ausgezahlt worden seien?

Zeuge May: Nein.

Darauf wird der Chef der Berliner Kriminalpolizei

Regierungsdirektor Dr. Weiß

als Zeuge vernommen, der Auskunft darüber geben soll, ob Fememörder als Funktionäre innerhalb der Schwarzen Reichswehr von Industrieverbänden, vom Landbund und leitenden Mitgliedern der Arbeitgeberverbände Geld, Waffen und Ausrüstungsgegenstände geliefert erhalten haben. Der Zeuge erklärt, daß er sich nur bis zum Mai 1924 mit Straftaten mit politischem Hintergrund beschäftigt habe, daß er seither nur Straftaten gemeiner Art bearbeite. Er habe erst kürzlich von seiner beabsichtigten Vernehmung durch diesen Ausschuß erfahren und könne heute noch keine Auskunft geben.

Der Ausschuß einigt sich dahin, den Zeugen morgen nachmittag zu vernehmen. Außerdem soll er sich zu dem Passus in der Denkschrift des Reichswehrministers äußern, in dem es heißt: Das Reichswehrministerium habe den zuständigen preußischen Polizeistellen und Ministerien anheimgestellt, die Arbeitskrupps zu besichtigen, und ein Beauftragter des preußischen Innenministeriums, der Leiter der Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums, habe von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht.

Der Ausschuß vertagt sich dann auf Freitag vormittag 10 Uhr.

Kein Fortschritt in Genf.

Briand hat aber Hoffnung.

V. Sch. **Genf**, 11. März. (Eigener Drahtbericht.)

Am Donnerstag abend ist die Lage genau so kritisch wie 24 Stunden zuvor. Die Entspannung, die man von der Rückkehr Briands erhofft hatte, ist leider nicht eingetreten. Das ist in dürren Worten die magere und unerfreuliche Bilanz des heutigen Tages.

Dabei waren Briand und seine Umgebung zu Beginn des Nachmittags durchaus optimistisch; einer seiner vertrautesten Mitarbeiter begründete diesen Optimismus damit, daß es diesmal gelte, zwischen zwei schroff entgegengesetzten Standpunkten, dem Schwedens und dem Brasiliens, zu vermitteln, was oft leichter sei als einen einzigen Widersacher zu bekehren.

Die für heute nachmittag angesetzte Sitzung des Völkerbundsrats, die erste öffentliche Ratssitzung der gegenwärtigen Tagung, verlief kurz und ohne jedes Interesse. Man wartete ziemlich lange auf den Brasilianer Mello Franco und fing schließlich ohne ihn an, worauf er erschien. Man begnügte sich damit, die Berichte der Finanzkommission über die Lage Ungarns und Deutschösterreichs zur Kenntnis zu nehmen und ihre Beschlüsse gutzuheißen. Jeder dieser Punkte beanspruchte insgesamt zwei bis drei Minuten, wobei

Dethlen, von allen Ratsmitgliedern auch nicht eines Blickes gewürdigt,

in seiner Ecke saß und sichtlich froh war, daß er so schnell wieder verschwinden konnte, während der daraufhin an seiner Stelle erscheinende Vertreter Deutschösterreichs, Schüller, herzlich begrüßt wurde. Man hörte und genehmigte außerdem einen Bericht Undéns über die Irakgrenze. Allgemein verzichtete man auf das Wort, größtenteils auch sogar auf die englische Uebersetzung, um nur schnell fertig zu werden. Die Ratsmitglieder waren mit anderen Dingen beschäftigt.

Gegen ¼5 Uhr war die Sitzung beendet und die Ratsmitglieder begaben sich eine Treppe höher zu dem Generalsekretär des Völkerbundes und setzten dort ihre nichtoffiziellen Besprechungen fort. Stunde auf Stunde verging. Gegen ¼8 Uhr verließen sie einzeln das Gebäude und verweigerten fast jede Auskunft. Vandervelde, der als erster fortging, erklärte lediglich, daß

Freitag früh wieder eine Besprechung der Rheinpaktmächte

und am Nachmittag eine neue Ratssitzung sein soll. Briand machte Witze wie immer und verwies für nähere Auskünfte an Chamberlain, der aber inzwischen verschwunden war. Allerdings hatte er vorher seinen Pressechef informiert, der sogleich die angelsächsische Presse um sich versammelte. So erfuhr man, daß Chamberlain nach wie vor die Lage als sehr ernst ansehe, daß man keinerlei Fortschritt gegenüber gestern erzielt habe, daß beide Extreme, Schweden und Brasilien, unentwegt ihren Standpunkt aufrechterhalten hätten.

Das bedeutet — darüber muß man sich klar sein — doch insofern eine Verschlechterung der Lage, als die weiteren 24 Stunden, die somit nutzlos verstrichen sind, geeignet sind, die allgemeine Nervosität zu steigern, um so mehr, als die Rückkehr Briands nicht die Wirkung erzielt hat, auf die man im Vertrauen auf seine Geschicklichkeit rechnete. Briand selbst trat, nachdem er in sein Hotel zurückgekehrt war, vor französischen Journalisten der Auffassung entgegen, als hätte er ein anderes Ergebnis erwartet und als sei auch er enttäuscht. Er erklärte vielmehr: „So schwierige Probleme kann man doch natürlich nicht gleich in der ersten Sitzung lösen."

Wie ernst die Situation ist, geht auch aus den kurzen Worten hervor, die Benesch in tschechischer Sprache journalistischen Landsleuten gegenüber äußerte, als er das Völkerbundspalais verließ: „Wir müssen uns bemühen, den Völkerbund zu retten."

Zu Beginn des Nachmittags war der Brasilianer

Mello Franco bei Loucheur und Stresemann

erschienen, um in längeren Ausführungen den brasilianischen Standpunkt darzulegen. Er versicherte natürlich, daß seine Regierung, auf Grund deren bestimmter Instruktionen er handeln müsse, mit ihrer Haltung keine deutschen feindlichen Gefühle zum Ausdruck bringen wolle, daß es sich aber um eine alte Forderung Brasiliens handle, daß er schon 1921 aus dem gleichen Grunde den spanischen Anspruch auf einen permanenten Ratssitz durch sein Veto im Völkerbundsrat zum Scheitern gebracht hätte usw.

Von südamerikanischer Seite wird nun die Version kolportiert, daß es sich bei dem Vorstoß Mello Francos nicht um ein egoistisches Ziel Brasiliens handle, sondern um die Forderung eines ständigen Ratssitzes für einen führenden südamerikanische Staat, wobei sich die südamerikanischen Republiken nach einem bestimmten Turnus ablösen würden. Diese Version, die dahin gedeutet werden könnte, als bereite Brasilien einen Rückzug vor, steht allerdings im Widerspruch zu der Tatsache, daß Mello Franco am Ende der neuen dreistündigen Aussprache noch ebenso unnachgiebig gewesen ist wie vorher. Sie bietet auch keine Rechtfertigung für die widerspruchsvolle Haltung der brasilianischen Regierung, die im Herbst 1924 auf die Anfrage der Reichsregierung erklärt hat, sie sei im Prinzip mit der Gewährung eines ständigen Ratssitzes an Deutschland einverstanden.

Während des Nachmittags erschienen auch

Loucheur und Paul Boncour bei Luther und Stresemann,

allerdings nur, um einen Höflichkeitsbesuch abzustatten als Erwiderung auf den Besuch von Luther und Stresemann.

Der Bericht des Aufnahme-Ausschusses.

Genf, 11. März. (WTB.) Der Bericht des Unterausschusses der Aufnahmekommission über die Aufnahme Deutschlands, der auf Grund des heutigen Entschlusses der Aufnahmekommission an die Völkerbundsversammlung weitergeleitet wird, bejaht die üblichen fünf Fragen, die vor dem Eintritt neuer Staaten gestellt werden. Durch Bejahung der Frage 1 wird anerkannt, daß der deutsche Aufnahmeantrag ordnungsmäßig gestellt wurde. In bezug auf die beiden Unterfragen der Frage 5 stützt sich der Bericht auf eine Mitteilung des ständigen militärischen Ausschusses des Völkerbundes, in der unter dem 9. März erklärt wird, daß die Frage der Streitkräfte Deutschlands zu Lande, zu Wasser und in der Luft durch den Versailler Vertrag geregelt ist, und daß diese Frage nicht durch den ständigen militärischen Ausschuß geprüft werden muß. Ferner stützt sich der Bericht in diesem Zusammenhang auf

Mitteilung der Botschafterkonferenz

an den Generalsekretär des Völkerbundes über einen am 4. März gefaßten Beschluß. Dieser lautet:

„Die Botschafterkonferenz stellt, soweit es sie angeht, fest, daß nach ihrer Kenntnis Deutschland gegenwärtig tatsächliche Garantien für seine aufrichtige Absicht gibt, die Verpflichtungen einzuhalten, die für Deutschland aus dem Friedensvertrag vom 28. Juni 1919 und den ihm angeschlossenen Akten hervorgehen.

Soweit es insbesondere den Rüstungsstand Deutschlands zu Lande, zu Wasser und in der Luft betrifft, wie er im Friedensvertrag bestimmt ist, stellt die Botschafterkonferenz fest:

Militärische Klauseln: Die Bedingungen, unter denen die Durchführung dieser Klauseln durchgeführt werden muß, haben unter den interessierten Signatarmächten den Gegenstand einer Vereinbarung gebildet, die zurzeit auf dem Wege der Durchführung ist. (Anlage des Briefes der Botschafterkonferenz an die deutsche Regierung vom 16. November 1925.)

Maritime Klauseln: Diese Bedingungen sind gegenwärtig durchgeführt und die Schlußberichte der maritimen Kontrollkommission sind dem Völkerbund unter dem Datum des 6. Januar 1925 zugestellt worden.

Luftfahrtklauseln: Es bleibt nur noch die Ausarbeitung gewisser Bestimmungen übrig, die in Zukunft die generelle Beobachtung des einschlägigen Kapitels des Friedensvertrages sichern sollen."

Angesichts dieser Mitteilungen spricht sich der Bericht für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund entsprechend Artikel 1 des Völkerbundpaktes aus.

Chamberlain und Undén.

V. Sch. **Genf**, 11. März. (Eigener Drahtbericht.) In englischen und amerikanischen Journalistenkreisen wurde behauptet, daß bei den heutigen Besprechungen eine heftige Szene zwischen Chamberlain und Undén stattgefunden habe, bei der der englische Außenminister gegen seinen schwedischen Kollegen sehr brüsk vorgegangen sein sollte. Dadurch sah sich Chamberlain veranlaßt, noch gegen Mitternacht die englischen und amerikanischen Journalisten zu sich zu rufen, um jenes Gerücht energisch zu dementieren. Er hatte sich als Zeugen Undén selbst herbeigeholt, der seine Darstellung bestätigte.

Erklärungen Briands.

Genf, 11. März. (WTB.) Wie der Havasvertreter aus Genf berichtet, hat Briand nach Schluß der inoffiziellen Sitzung des Völkerbundsrates Pressevertretern gegenüber erklärt: Was das Problem schwierig mache, sei, daß es sich nicht mehr um französisch-deutsche Verhandlungen oder deutsch-alliierte Verhandlungen drehe, sondern, daß von nun ab der Völkerbundsrat selbst sich mit der Lösung der Frage befassen müsse. Die Lage sei dadurch verwickelt worden, aber es habe nicht anders sein können. Gestern hätten die Unterzeichner der Abkommen von Locarno untereinander verhandelt und noch gewisse Mißverständnisse, die zwischen Frankreich und Deutschland bestanden, beseitigt. Heute, im Völkerbundsrat, habe es sich um etwas anderes gehandelt. Es seien prinzipielle Fragen, die auf dem Spiele ständen: das Statut des Völkerbundsrates selbst und die Frage der Wahlmandate. Da immer bei dieser Erörterung, zu zehn und nicht zu fünf, gewisse Länder zugegen seien, die dem Abkommen von Locarno nicht beigetreten seien, sei es ganz natürlich, daß Schwierigkeiten entstünden, weil die Nichtunterzeichneten des Locarnoabkommens notwendige Erwägungen nationaler Interessen oder Erwägungen allgemeiner Interessen des Völkerbundes selbst zur Geltung zu bringen hätten.

Was die Franzosen und die Alliierten betreffe, die die Abkommen von Locarno abgeschlossen hätten, so dürften sie nicht vergessen, daß für die Inkraftsetzung dieser Abkommen der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund notwendig sei, und daß alle Bemühungen darauf abzielen müßten, diese Notwendigkeit mit den berechtigten Bedürfnissen der anderen Mächte, die im Rate vertreten seien, in Einklang zu bringen. In der Sitzung sei man

einen Schritt weiter gekommen.

nichtsdestoweniger sei die Lage heute abend so, daß es nicht möglich sei, die Lösung zu sehen, die geeignet wäre, die erforderliche Einstimmigkeit zu verwirklichen. Im Laufe des Sonnabend werde es möglich sein, in dieser Frage klar zu sehen.

Rücktritt Mussolinis?

Nachfolger Federzoni.

Paris, 11. März. (Eigener Drahtbericht.) Dem „Corriere degli Italiani" wird aus Mailand berichtet, daß unter den Faschisten andauernd die Nachricht umläuft, Mussolini werde zurücktreten und durch den jetzigen Innenminister Federzoni ersetzt werden. Mussolini, der jetzt operiert werden soll, werde aus Gesundheitsrücksichten zum Rücktritt gezwungen. Er brauche mehrere Monate Ruhe, um sich von seiner Krankheit zu erholen. Im Hinblick auf diese bevorstehende Wendung hat Federzoni bereits eine Reihe von Reden in den größten Städten Italiens in Aussicht genommen, um überall mit den Faschisten wiederum Fühlung zu nehmen. Der Rücktritt Mussolinis wäre bereits erfolgt, wenn nicht Farrinacci, der Generalsekretär der Faschistenpartei alles aufböte, um Federzoni nicht Ministerpräsident werden zu lassen. Indessen hat der Feldzug Farrinaccis gegen den Vatikan dem Federzoni stark genützt.

Selbstmord Dr. Karl Hau's?

Wien, 11. März. (WTB.) In Tivoli bei Rom hat sich am 6. Februar ein unbekannter etwa 45jähriger Mann erschossen. Die römische Polizei nahm von dem unbekannten Toten Fingerabdrücke und sandte diese in alle Welt. Das Wiener Sicherheitsbureau gelangte nun, wie die Korrespondenz Wilhelm erfährt, bei Prüfung der Fingerabdrücke zu der Feststellung, daß der Selbstmörder der frühere Dozent für römisches Recht an der George-Washington-Universität, der Rechtsanwalt Dr. Karl Hau ist, der vor etwa 20 Jahren unter der Beschuldigung, seine Schwiegermutter, die verwitwete Frau Geheimrat Dr. Molitor in Baden-Baden erschossen zu haben, zu längerer Zuchthausstrafe in Deutschland verurteilt worden war. Dr. Hau war vor kurzem begnadigt worden und hatte ein erschütterndes Bild über sein Zuchthausleben veröffentlicht. In gewissen „ehrenden Erwähnungen" deutscher Richter und Staatsanwälte in jenem Buch erblickte die Justiz einen Bruch der „Bewährungsfrist" und er sollte wieder verhaftet werden, um den Rest seiner Strafe abzusitzen. Aber als er hier in Berlin verhaftet werden sollte, war er verschwunden.

Gewerkschaftsbewegung

Der landwirtschaftliche Beamte.

Die Freuden und Leiden eines landwirtschaftlichen Beamten werden uns von einem guten Kenner folgendermaßen geschildert: Schon als ganz junger Mann, wenn er vertrauensvoll und hoffnungsfreudig in diesen Beruf eintritt, muß er die Leiden desselben kennen lernen, in der verschiedensten Art und Weise. Sei es durch eine Wohnung primitivster Art, einen Raum, kahl und unfreundlich, der vor Jahrhunderten einmal getüncht worden ist, mit einem Fenster, an dem man nur eine kleine Scheibe öffnen kann, um Luft hereinzulassen, ohne Gardinen, enthaltend ein eisernes Bett, einen wackligen Stuhl, einen aus Brettern zusammengefügten Tisch, manchmal nicht einmal eine Waschgelegenheit, wie es besonders im Osten Deutschlands üblich ist, sei es durch grobe, unfreundliche Behandlung seines Chefs, so daß einem jungen Menschenkind der ihm als Landwirt ideal vorschwebende Beruf gleich im Anfang verekelt wird. Der Angestellte muß früh der Erste sein, zwischen 4 und 5 Uhr aufstehen, abends der Letzte, nicht allein an sechs Tagen der Woche, sondern auch am Sonntag. Er merkt infolgedessen wenig oder gar nichts vom Sonntag. Er kann sich weder geistig noch sportlich fortbilden, was eigentlich zu diesem Beruf gehört, ist ihm in den seltensten Fällen gestattet. Dieses Privileg darf nur der Besitzer für sich allein haben. Nichtsdestoweniger trägt der Beamte die Verantwortung für den Betrieb des Gutes, erntet aber dafür wenig Dank und noch weniger Lohn. Ein landwirtschaftlicher Beamter bekommt trotz vielseitiger Kenntnisse und erstklassiger Zeugnisse nur schwer eine andere Stellung. Am schlimmsten ist es aber, wenn der landwirtschaftliche Beamte sich dem fünfzigsten Lebensjahre nähert. Dieses Alter ist in seinem Lebensgang gleichbedeutend mit dem „Greisenalter", und der unglückliche Mann ist nunmehr für sämtliche Großrittergüter und andere Besitzer einfach erledigt. Nun mag er sehen wo er bleibt. Ohne Pension — ganz seltene Stellen sind pensionsberechtigt —, ohne genügende Mittel, denn bei seinem Beamtengehalt konnte er keine Schätze sammeln, steht er vor dem Nichts. Ist er so „leichtfertig" gewesen, verheiratet zu sein oder, was noch schlimmer ist, gar Kinder zu haben — meist werden ja unverheiratete oder kinderlose Beamte gesucht —, dann kann er sich mit seinen Angehörigen gleich begraben lassen. Die Kindererziehung eines Beamten auf dem Land in einsamen und abgelegenen Gegenden ist ein Kapitel für sich. Ein landwirtschaftlicher Beamter ist nicht dazu da, dem Vaterlande Kinder zu schenken, er hat einzig und allein nur seinem Chef und dessen Kapitalvermehrung zu dienen. Dafür wird er von seinem Chef „fürstlich" bezahlt, als Mensch dritter Klasse behandelt, trotz erstklassiger Zeugnisse. In den seltensten Fällen wird er einmal im Jahre an den „erlauchten Tisch" gebeten. Nach alledem ist jedem jungen Mann abzuraten, diesen Beruf zu ergreifen. Am besten läßt man die Herren Besitzer ihren Besitz allein verwalten.

Der Staat aber sollte einem tüchtigen Landwirt, ob jung oder alt, die Möglichkeit zur Selbstbewirtschaftung einer eigenen Scholle geben.

Streik bei Massary.

Die Zigarettenfabrik Massary hat ihren Akkordpackerinnen durch Anschlag am schwarzen Brett einen Akkordabzug von 36 Prozent diktieren wollen, was die Packerinnen entschieden abgelehnt haben. Dieser Abzug würde einen Minderverdienst von über 10 Mark in der Woche bedeuten. Die Verhandlungen zwischen den Organisationen und der Firma führten zu keinem Ergebnis. Die Firma erklärte sich großmütig bereit, einhalb Prozent weniger abziehen zu wollen, also statt 36 Proz. nur 35½ Proz. Dieses „Zugeständnis" war natürlich für die Packerinnen unannehmbar, so daß sie mit Zustimmung der Organisation den Streik beschlossen. Da eine Weiterführung des Betriebes ohne Packerinnen kaum möglich ist, wird aller Voraussicht nach heute der gesamte Betrieb stillgelegt werden. Ob die Firma bei dem guten Organisationsverhältnis der Belegschaft mit ihren Lohnabbaumethoden Erfolg haben wird, ist stark zu bezweifeln. Die organisierten Arbeiter werden auf die Differenzen bei der Firma Massary hingewiesen und aufgefordert, keine Arbeit dort anzunehmen.

Christliche Gewerkschafter gegen Fürstenabfindung.

Von den SPD.-Genossen des Kabelwerks und des Transformatorenwerkes Oberspree war zur Aufklärung über die Fürstenabfindung eine gut besuchte Versammlung einberufen, in der Genosse Ruben unter dem Beifall der Versammlung nachwies, wie schon aus wirtschaftlichen Gründen jeder Arbeiter unbedingt alles daran setzen müsse, um durch die entschädigungslose Enteignung der Fürsten eine weitere Belastung der Arbeiterkreise zu vermeiden. Es war bemerkenswert, daß ein Funktionär der christlichen Gewerkschaften, Wilk, in der Diskussion das Wort ergriff und erklärte, daß die christlichen Arbeiter voll und ganz hinter den Ausführungen des Referenten ständen. Er schätzte sogar die Zahl der Zentrumswähler, die für das Volksbegehren eintreten würden, auf mindestens 30 Prozent. Dies mag der Zentrumsfraktion zu denken geben.

Ein um die Fürsten besorgter Oberfaktor.

Man schreibt uns: In der Buchdruckerei H. S. Hermann u. Co., Berlin, Beuthstr. 8, war von der Arbeiterschaft ein Plakat angebracht worden, das auf die Einzeichnung für das Volksbegehren zur Fürstenabfindung hinwies. Der Herr Oberfaktor, ein Pole, der

Wer den DMV. zerstören will,
wer die Diktatur Moskaus will,
wer die Ohnmacht der Organisation will,
der wählt die Opposition der KPD.

Wer den DMV. stark und kampffähig will,
wer selbst mitentscheiden will,
wer dem VBMJ. eine Macht entgegenstellen will,
der wählt die Amsterdamer Richtung.

sonst recht schläfrig durch die Säle geht, entdeckte das Plakat, riß es herunter und sagte, das sei grober Unfug. Er meinte damit das Plakat, während die Belegschaft dessen Entfernung für groben Unfug hält.

Schließlich tragen derartige Vorkommnisse nur dazu bei, die immer noch Lauen aufzurütteln zur Einzeichnung für das Volksbegehren.

Internationale Konferenz der Rheinschiffer.

Mannheim, 11. März. (Eigener Drahtbericht.) Am 11. März trat in Mannheim eine internationale Konferenz des Rheinschiffahrtspersonals zusammen unter Vorsitz von Edo Fimmen-Amsterdam, dem Sekretär des Internationalen Transportarbeiterverbandes. Die Konferenz befaßte sich mit Organisationsfragen und mit den Auswirkungen der Beschlüsse des Internationalen Transportarbeiter-Kongresses in Hamburg und ihrer Behandlung durch das Internationale Arbeitsamt. Eingehende Besprechung erfuhren die Lohnbewegungen in der Rheinschiffahrt, die taktische Haltung der einzelnen Organisationen dazu und die Ergreifung von Maßnahmen zur Durchsetzung der Forderungen der Arbeitnehmer. Abends wurde eine internationale Kundgebung veranstaltet, bei der die holländischen, schweizerischen, belgischen und deutschen Organisationsvorsitzenden sowie Edo Fimmen Ansprachen hielten und zur internationalen Solidarität der Verkehrsarbeiter der Binnenschiffahrt aufforderten. In einer Entschließung wurde gegen die Politik der Arbeitgeber, die einen Abbau der Löhne und Arbeitsbedingungen des Schiffspersonals auf dem Rhein vornehmen wollen, lebhaft protestiert.

Die Einheitsfront der Eisenbahner erstarkt.

Dresden, 11. März. (Eigener Drahtbericht.) In der Jahreshauptversammlung der sächsischen Magazinbeamten bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft, zu der auch freigewerkschaftliche Vertreter geladen waren, wurde mit 28 gegen 10 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen der Anschluß der sächsischen Magazinbeamten an den Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands beschlossen. Der bisherige Landesverein wurde entsprechend den Satzungsbestimmungen mit 23 gegen 2 Stimmen aufgelöst. Zum Schluß wurde von dem Versammlungsleiter der Wunsch ausgesprochen, daß im Interesse der Geschlossenheit auch die in der Minderheit gebliebenen Kollegen restlos dem Einheitsverband beitreten mögen.

Einigung in der deutschen Maßschneiderei.

Der am 21. Februar in Leipzig gefällte Schiedsspruch für die Maßschneiderei, durch den das Lohnabkommen und der Manteltarif mit den üblichen Kündigungsfristen verlängert wird, ist von beiden Parteien angenommen worden.

Schiedsspruch für die Provinz-Metallindustrie Bayerns.

München, 11. März. (Eigener Drahtbericht.) Die langwierigen Verhandlungen über die Lohn- und Tarifregelung in der bayerischen Provinz-Metallindustrie endeten nunmehr mit einem Schiedsspruch des Landesschlichters für Bayern, der die bisherigen Löhne bis 1. September 1926 beibehält und die Laufdauer des Landesmanteltarifvertrages mit einigen Aenderungen bezüglich der Akkordbemessung um ein Jahr verlängert. Für notleidende Betriebe ist eine besondere Lohnregelung zugelassen. Die Erklärungen der Parteien zum Schiedsspruch stehen noch aus.

Demonstrationsstreik der Landarbeiter um Wien.

Wien, 11. März. (Eigener Drahtbericht.) Heute wollen die Landarbeiter auf den Gutshöfen des unmittelbar vor den Toren Wiens gelegenen Bezirks Schwechat in einen Demonstrationsstreik eintreten, der solange dauern soll, als die vom niederösterreichischen Landeshauptmann für Freitag nachmittag angesetzten Verhandlungen zwischen dem Landarbeiterverband und dem Zentralverband der Arbeitgeber dauern. Die Landarbeiter verlangen Lohnerhöhungen und kollektivvertragliche Sicherung ihrer Vertrauensmänner. Während ein kleinerer Verband der Großgrundbesitzer am Montag bereits die Forderungen im wesentlichen bewilligt hat, wurden sie von dem Zentralverband, dem die Großgrundbesitzer in der Wiener Umgebung angehören, abgelehnt, und der Landeshauptmann hat neuerliche Verhandlungen für Freitag einberufen. Um diesen Nachdruck zu verleihen, wurde der Demonstrationsstreik angekündigt, der sich allerdings nicht auf das Viehwartepersonal erstrecken soll.

Die sozialdemokratische Fraktion des Nationalrats unterstützt die Landarbeiter in ihrem Kampf, indem sie erklärt, die Verhandlung der von der Regierung eingebrachten Zollvorlage so lange nicht zuzulassen, als die Forderungen der Landarbeiter nicht erfüllt sind.

Zur Betriebssperre bei Hutzelmann für organisierte Fleischergesellen erklärt Herr Josef Brzemek, Memeler Str. 30, daß er schon seit etwa vier Wochen keine Fleischwaren von der Firma P. Hutzelmann bezieht. Er habe seine Ware von dort bezogen, weil er in dem Betrieb zwei Jahre als Geselle gearbeitet habe, ohne daß ihm in dieser Zeit die gerügten Mißstände begegnet seien.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Freitag, tagen die Gruppen: **Hermannplatz:** Jugendheim Sanderstr. 11, Ecke Hobrechtstraße. Wir lesen aus dem Buche: „Handwerksgesellen und Lehrlinge im Mittelalter" von Alexander Knoll. — **Wedding:** Jugendheim Stadtbad Wedding, Gerichtstr. 65/69. Vortrag: „Die Pflicht der proletarischen Jugend".

Jugendgruppe des ZdA. Heute, Freitag, 7½ Uhr: **Gruppe Osten:** Jugendheim Große Frankfurter Str. 16, Zimmer 6. „Staat und Arbeiterbewegung." Ref.: Lamm. — **Gruppe Südost:** Jugendheim Reichenberger Str. 66. „Die deutsche Revolution 1848." — **Gruppe Südwest:** Jugendheim Belle-Alliance-Straße 7/10. „Werden und Vergehen im Weltall." Ref.: Schmaus. — **Gruppe Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. „Minna von Barnhelm."

Achtung, Buchdrucker! Die Versammlung des Bezirks 8 (Neukölln) findet nicht im Restaurant Karlsgarten, sondern in der Lessingsaala Neukölln, Berliner Str. 9/10, statt. Tag und Stunde bleiben gleich. **Der Vorstand.**

Deutscher Baugewerksbund, Fachgruppe der Maler. Sonntag, 14. März, vormittags ½10 Uhr, Mitgliederversammlung im Saal 4 des Gewerkschaftshauses. Jahresbericht; Neuwahl der Gruppenleitung; Fachangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt. **Die Fachgruppenleitung.**

Deutscher Baugewerksbund, Fachgruppe der Töpfer. Dienstag, 16. März, 5 Uhr, bei Petsch, Landsberger Str. 33, Mitgliederversammlung. Bericht der Betriebstechnischen Kommission. Stellungnahme zum Lohnabkommen. Erscheinen aller Kollegen notwendig. **Die Fachgruppenleitung.**

Verantwortlich für Politik: Richard Bernstein; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ehlers; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen, „Unterhaltung und Wissen".

Musikaufträge übergibt man nur dem Nachweis des Deutsch. Musikerverbandes, Berlin O 27, Andreasstr. 21 (Königstadt 4310, 4045). Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntags 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch

Frische Blumen
Leipziger Platz
Blühende Krokus ... Topf 30 Pf.
Blühende Primeln ... Topf 55 Pf.
Blühende Hyazinthen Topf 58 Pf.
Araukarien ..... Topf von 2.25 an
Phönix-Palmen 90 cm hoch 5 M, 1.25 Mtr. 6.50
Obstbäume und Rosen

A. WERTHEIM
Leipziger Platz Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Billige Lebensmittel
Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat. Leicht verderbliche Artikel können nicht zugesandt werden

Sämereien
Blumen- und Gemüsesamen
Päckchen von 8 Pf. an
Gladiolen ..... 10 Stück 80 Pf.
Gladiolen ..... 10 Stück 1 M
Begonien einfach 10 Stück 1.40
Begonien gefüllt 10 Stück 1.60

Landleberwurst u. Rotwurst Pfund 1.15
Mettwurst grobe, u. gefüllt. Schinken, Pfund 1.30
Fleisch- u. Jagdwurst Pfd. 1.45
Filetwurst ..... Pfund 1.55
Mettwurst (Braunschweiger Art) ... Pfund 1.55
F. Leber- u. Bierwurst Pfd. 1.65
Zervelat u. Salami Pfd. 1.80
Schinkenspeck Pfd.-Stück 1.90
Rosenthaler Str. Königstraße Moritzplatz:
Dampf- u. Landleberw. Pfd. 1.00
Speck- u. Fleischw. Pfd. 1.05
Tee- u. Schinkenw. Pfd. 1.70

Auszugmehl 5 Pfund-Beutel 1.20
Weiße Bohnen .. Pfund 0.13
Viktoria-Erbsen .. Pfund 0.19
Linsen gut kochend, Pfund 0.19
Eiermakkaroni Bruch, Pfd. 0.45
Tafelreis ..... Pfund 0.19
Haferflocken .... Pfund 0.23
Weizengrieß .... Pfund 0.25
Kalifornische Backobst Pfd. 0.58
Borke-Schokolade Kart. 0.55 0.30
Schokolade (Vollmilch-Rein) 100 Gr.-Tafel 0.38
Schokolade Schweiz. Milch (Tobler), 100 Gr. 0.48
Teegebäck ..... Pfund 1.40

Konserven

	Dose ½		Dose ½
Brech- u. Schnittbohn. I	0.68	Kürbis	0.65
Gemüse-Erbsen	0.53	Preiselbeeren	0.85
Junge Erbsen mittelfein	0.78	Kirschen rot	1.25
fein, ½ Dose	1.30	Aprikosen halbe Frucht	1.50
sehr fein	1.60	Senfgurken 3-Liter-Dose	2.30
Kaiserschoten	1.95	Oelsardinen portug., Klubd.	0.45
Leipziger Allerlei	0.80	Erdbeer- u. Aprikosen-Konfitüre 2-Pfund-Eimer	1.15
Gemischtes Gemüse fein	1.50	Pflaumen-Konfitüre 2 Pfd	0.82
Gem. Gemüse . sehr fein	1.95		
St.-Spargel 50/60	2.15	extra	2.90
Apfelmus	0.55		

Frisches Fleisch
Rinderkamm Brust u. Querrippe Pfund 64 Pf.
Schmorfleisch mit Knochen .... Pfund 85 Pf.
Kalbskamm u. Brust .... Pfund 63 Pf.
Kalbskeule u. Rücken ganz und gelöst, Pfd. 80 Pf.
Schweinebauch u. Rücken mit Beilage .... Pfund 1.05
Liesen Pfd. 90 Pf. Gehacktes Pfd. 70 Pf.
Kaßler Rippspeer u. Kamm Pfund 1.25
Rinderkamm u. Brust gefroren Pfund 48 Pf.
Gänse gefroren ..... Pfund 98 Pf. 1.10
Suppenhühner frisch geschl. Pfund 1.55, finnische Pfund 92 Pf.
Frische Eier ..... 10 Stück 95 Pf.

Grüne Heringe 5 Pfd. 55 Pf.
Dorsche ohne Kopf, Pfd. 0.14
Schellfische, Kabeljau ganze Fische, Pfund 0.32
Zander ..... Pfund 0.88
Lebende Hechte Pfund 1.05
Lachsheringe große Stück 0.18
Bücklinge kleine, 0.45 große, Pfund 0.23
Flundern geräuch. pomm. Pfund 0.42
Rotbarsch geräuchert, in Stücken, Pfund 0.55

Goudakäse dän. u. Allgäuer Stangenkäse, Pfd. 65 Pf.
Camembert vollfett Schachtel 0.25
Quadratkäse ... Pfund 0.30
Edamer ..... Pfund 0.83
Tilsiter Pfd. 0.75 vollfett Pfund 1.20
Schweizer dänisch. Pfund 1.20
Margarine .... Pfund 0.56
Speisetalg 1 Pfund-Paket 0.58
Kokosfett 1 Pfund-Tafel 0.68
Butter ½ Pfd.-Paket 0.94 1.00
Tafelbutter .... Pfund 2.05
Gratis-Proben von Blauband-Margarine

Blut-Orangen Dtz. 0.58 0.78 In Kiste 100 Stück 12.50
Apfelsinen Dtz. 0.48 0.58 0.78
Renetten graue ... Pfund 0.25
Kalifornische Aepfel .. Pfund 0.50
Feigen Körbchen ca. 1½ Pfd. 0.60
Wirsing u. Weißkohl Pfd. 0.08
Rotkohl 0.09
Sellerie ... Pfund 0.09 0.16
Schwarzwurzeln . Pfund 0.30
Malta-Kartoffeln 2 Pfund 0.35
Gebrannter Kaffee eigene Rösterei „Konsum" Pfund 2.40 „Haushalt" Pfund 2.80
Spezial-Mischung 20% Bohnenkaffee Pfd. 0.76 40% Pfd. 1.20

Wein
Preise für ½ Flasche einschließlich Steuer ohne Glas
1924 Wellensteiner Berg pikanter Bowlenmosel 0.80
1923 Alsheimer Goldberg mild und blumig 0.90
1922 Trittenheimer Saarley lieblicher Mittelmosel 1.25
1922 Deidesheimer feinblumiger Pfälzer 1.25
San Antonio milder span. Rotwein 1.10
1922 Château Renouil-Lamarque eleg. Bordeaux 1.75
Feiner Fruchtwein Johannisbeer-, Stachelbeer-, Kirsch- und Heidelbeerwein, Cyder .. 1.00
Fruchtschaumwein vorzügl. Qual., einschl. Pf. 1.35
„Edler von Lorch" feiner Tafellikör 4.00

Jeden Freitag u. Sonnabend billiger Verkauf
Stoff-Reste u. Abschnitte

Kunst- und Schuldebatten im Rathaus

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte gestern eine lange Sitzung, die reich an Erörterungen von Kulturfragen war. In dem Streit um die Kunstausstellung auf dem Wedding war der Deutschen Volkspartei die Rolle einer Hüterin der Unkultur zugefallen. Ihren Versuch, die Ausstellung als verhetzend zu denunzieren und den Magistrat gegen das Bezirksamt Wedding aufzuhetzen, wies Genosse Flatau nachdrücklich zurück. In der Begründung einer sozialdemokratischen Anfrage wegen der Nichtbestätigung des Genossen Dr. Reiter, den das Bezirksamt Kreuzberg zum Direktor der Arndt-Realschule gewählt hatte, rechnete Genosse Dr. Witte mit dem Stadtrat Benecke ab. Herr Benecke, der jetzt leider das Amt des Stadtschulrats als Platzhalter verwaltet, mühte sich erfolglos, sich und den Magistrat zu verteidigen. Zu der aus dem Ausschuß zurückkommenden Vorlage über die Schaffung eines Stadtamtes für Leibesübungen begründete Genosse Dr. Lohmann die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion, die für die Förderung der Leibesübungen jederzeit eingetreten ist. Den Kommunisten Sellheim, der sich in sinnlosen Angriffen erging, fertigte unser Genosse Dr. Kawerau ab. Es soll noch eine dritte Lesung stattfinden.

*

In der gestern abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung verlas der Vorsteher, Genosse Haß, zunächst eine Vorlage des Magistrats zur Kenntnisnahme, in der der Magistrat mitteilt, daß er allen Beschlüssen, die am vorigen Donnerstag in bezug auf die

Durchführung des Volksbegehrens

gefaßt wurden, beigetreten sei. Damit hat der Magistrat den Bemängelungen der Linksparteien an den Anordnungen und Unterlassungen des deutschnationalen Wahlleiters, Dr. Richter, stattgegeben. Von unserer Fraktion ist folgender Dringlichkeitsantrag eingebracht:

„Der Magistrat hat laut Zeitungsnachrichten zum Vertreter der Stadt Berlin für den Reichsrat Herrn Bürgermeister Dr. Scholtz gewählt. Diese Wahl in eine politische Körperschaft widerspricht der Ansicht der in ihrer überwiegenden Mehrheit republikanisch gesinnten Bevölkerung Berlins. Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, diese Wahl so bald als möglich rückgängig zu machen."

Die Rechte widersprach der Dringlichkeit, so daß der Antrag erst in einer der nächsten Sitzungen verhandelt werden kann. — Zur Behandlung stand dann zunächst eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion wegen der Nichtbestätigung des Studienrates Dr. Reiter als Direktor der Arndtrealschule. Genosse Dr. Witte zerpflückte die Angriffe, die seinerzeit gegen Dr. Reiter von einem Teil der Rechtspresse vorgebracht wurden. Es ist festgestellt worden, daß diese Angriffe von dem Vorsitzenden des Elternbeirats der Arndtschule ausgingen, und dieser Vorsitzende hat später zu Protokoll erklärt, daß er die Behauptung gegen Dr. Reiter nicht aufrechterhalten könne. Der Magistrat hat, aller bisherigen Uebung zuwider, ohne das zuständige Bezirksamt Kreuzberg nach seiner Stellung zu befragen oder zu benachrichtigen, dem Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung die Nichtbestätigung empfohlen. Nach den Ausführungen des Genossen Dr. Witte hat der volksparteiliche Stadtschulrat Benecke eine merkwürdige Rolle in der Angelegenheit gespielt. Jedenfalls steht unsere Fraktion auf dem Standpunkt, daß der Magistrat sofort die Bestätigung beantragen müsse. — Als Sprecher des Magistrats konnte Stadtschulrat Benecke nicht überzeugen. Nach längerer Aussprache war die Anfrage erledigt. — Die Deutsche Volkspartei hatte entdeckt, daß

die vom Bezirksamt Wedding veranstaltete Kunstausstellung

(in der Künstler wie Kollwitz, Baluschek, Groß, Dix u. a. die Schilderer des Großstadtelends, ausgestellt haben), geeignet sei, „die Bevölkerung zu verhetzen". Der Magistrat wird gefragt, ob er ähnliche Ausstellungen in Zukunft zu verhindern gedenke.

Aus der Begründung des Volksparteilers Dr. Caspari war zu entnehmen, daß ihn die ausgestellten Elendsbilder geärgert haben. Er war so gnädig, den Künstlern die Auswahl ihrer Darstellungsgegenstände nicht übelzunehmen, vom Volksbildungsamt aber verlangte er eine andere Betätigung als die Betreibung der „Volksverhetzung". Der Oberbürgermeister meinte, daß nach der Qualität der ausstellenden Künstler auch auf die künstlerische Qualität der Bilder und damit der Ausstellung selbst geschlossen werden könne. Auf jeden Fall ist es schwer, in öffentlichen Körperschaften über Kunstfragen zu debattieren. Im Namen unserer Fraktion hielt Genosse Flatau der anfragenden Volkspartei und im besonderen ihrem Herrn Dr. Caspari den Spiegel vor. Es komme ihm so vor, als ob Herr Dr. Caspari der Sachverständige seiner Fraktion für Kunstmoral und sittliche Entrüstung sei. Für uns ist es allerdings verständlich, daß der Fraktion der hundertprozentigen Reserveoffiziere das, was ausgestellt war, unangenehm in Erinnerung ist. Die Bilder von den Kriegsgreueln, vom Schlemmerleben der Etappenoffiziere, sind zwar von einer der Rechten unangenehmen Tendenz, aber die Volkspartei wird sich das schon gefallen lassen müssen. Dr. Caspari hat nicht mit einem Wort eine Kritik der ausgestellten Bilder versucht, dazu fehlt ihm offenbar das Verständnis, sondern er hat in einseitiger Weise dem Volksbildungsamt Wedding die Absicht der Verhetzung unterstellt. Im gewöhnlichen Leben nennt man das Demagogie. „Am 16. Februar schrieb eine Zeitung, die allerdings nicht zu den in der Ausstellung ausgelegten gehörte (Dr. Caspari nannte die angeblich ausgelegten Zeitungen der linken Parteien „schlechte" Blätter!): „Die auf idealistischer Basis aufgebaute Ausstellung ist ein Stück lebendiger Kunstgeschichte....!" Diese Zeitung war der — Lokal-Anzeiger. (Große Heiterkeit.) Ich frage Herrn Caspari, rief Genosse Flatau, ob der Lokal-Anzeiger auch ein „schlechtes Blatt" war, als er vor zwei Jahren die mehr als mangelhafte Amtsführung des damaligen Vorstehers Dr. Caspari guthieß. Im Schöneberger Rathaus sind von dem dortigen deutschnationalen Bürgermeister schon eine ganze Anzahl von Kunstausstellungen eröffnet worden, die die gleichen Bilder hatten als die auf dem Wedding gezeigten. Die Anfrage der Volksparteiler hat keinen anderen Zweck, als in demagogischer, verhetzender Weise das Bezirksamt Wedding anzugreifen. Der volksparteilichen Fraktion rief Genosse Flatau, nach den Erfahrungen, die sie mit ihren bisherigen Sprechern und Führern gemacht habe, sich endlich einmal mit der Wahrung ihres Ansehens zu befassen. (Lebhafter Beifall.)

Nach weiteren Ausführungen der Stadtverordneten Hoffmann-Gewinner (KPD.), und nachdem Stadtverordneter Dr. Caspari in ziemlich erregter Form bewiesen hatte, daß die Ausführungen Flataus gesessen haben, war die Anfrage erledigt. — Die Versammlung wandte sich dann der Beratung der Vorlage betreffend die

Bildung eines Stadtamtes für Leibesübungen

zu. Nach den Beschlüssen des Ausschusses sollen dem Stadtamt auch das Schulturnen und weitere Gebiete der Schulkörpererziehung angegliedert werden. Genosse Dr. Lohmann: Bei der Frage der Bildung eines Stadtamtes für Leibesübungen mußte die sozialdemokratische Fraktion das Für und Wider sorgsam abwägen. Den Sozialdemokraten ist dafür mangelhafte Förderung des Sportes und der Leibesübungen vorgeworfen worden, obwohl wir die einzige Partei wären, die bei der Beratung des vorjährigen Etats die Schaffung eines Stadtamtes für Leibesübungen forderte. Wir erheben jetzt aber Protest dagegen, daß man das Stadtamt mit allerlei Aufgaben belasten will, die ihm nicht zukommen. Das Schulturnen und das medizinische Bäderwesen gehört seiner ursprünglichen Bedeutung nach nicht in dieses Amt. Wir haben ein ausgezeichnetes Gesundheitsamt, dem wir seine Zuständigkeiten nicht nehmen wollen, und wir können auch die Erziehungsaufgaben der Schule nicht durchlöchern. Das ist auch die Stellung der berufenen Vertreter des Arbeitersports, die Lohmann ausdrücklich mit der Abgabe einer dahingehenden Erklärung beauftragt haben. Jahrelang kämpft die Sozialdemokratie um das Stadtamt, und jetzt hat es den Anschein, als solle man wieder von vorn beginnen. Die Sozialdemokraten sind wohl für ein Stadtamt für Leibesübungen, aber sie wollen es nicht mit Aufgaben belasten, die es seinem eigentlichen Arbeitsgebiet entfremden würden. Genosse Lohmann brachte eine Reihe Abänderungsanträge im Sinne seiner Ausführungen ein. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) — Der Kommunist Sellheim gebärdete sich entsetzlich arbeitersportfreundlich und rempelte zum Gaudium der Rechten die Sozialdemokraten an. Nach ihm brachte der Demokrat Zobel ebenfalls einige Abänderungsanträge ein. — Stadtmedizinalrat Dr. Drigalski verteidigte gegenüber Angriffen die Schließung der Flußbadeanstalten. Die Schließung sei durch Verschmutzung der Flußläufe begründet. Genosse Kawerau betonte gegenüber den Kommunisten, daß die SPD. niemals ein Stadtamt für Leibesübungen grundsätzlich abgelehnt habe. Wenn sich die Arbeitersportler nach einem Jahre die Funktionen des nach den Wünschen der Kommunisten eingerichteten und arbeitenden Stadtamtes bei Lichte besehen werden, wird ihre Freude nicht gerade groß sein. Es wird vieles anders werden, als man jetzt erwartet, und es kann leicht ein großer Katzenjammer kommen. Die Sozialdemokratie sieht diese angedeutete Entwicklung voraus, während sich Sellheim und die Kommunisten lediglich von agitatorischen Gesichtspunkten leiten lassen. —

Bei den nun folgenden Abstimmungen wurden die Turnhallen und die Schwimmbäder aus dem Bereich des Stadtamtes herausgenommen, während Freibäder und Außenspiel- und Sportplätze darin verbleiben. Angenommen wurde ferner ein Antrag, die städtischen Anstalten während der Zeiten dem Stadtamt zur Verfügung zu stellen, in denen sie nicht vom Publikum benutzt werden. In die Verwaltung des Stadtamtes sollen auch Vertreter der Arbeitersportorganisationen aufgenommen werden. Nach der Annahme dieser Bestimmung erklärte Zobel (Dem.) vor der Abstimmung über die Gesamtsatzungen, daß seine Freunde nunmehr kein Interesse mehr an einem solchen Stadtamt hätten; sie beantragten eine dritte Lesung. Obwohl darauf das Gesamtstatut von Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen wurde und damit das Stadtamt gesichert war, stimmten die Kommunisten unter der glorreichen Führung ihres Herrn Goß mit der Rechten für die dritte Lesung.

Wenn die Sportler und die arbeitende Bevölkerung nun wieder noch eine geraume Zeit auf das Stadtamt warten müssen, so können sie sich bei den „einzigen Arbeitersportfreunden", den Kommunisten, bedanken. Wer weiß, wie die Anträge aussehen werden, die jetzt von den bürgerlichen Parteien gestellt werden? Das Ganze nennen die Kommunisten „Förderung der Leibesübungen — Hilfe für den Arbeitersport!"

Der neue Bothmer-Prozeß.

Im Laufe der gestrigen Verhandlung kam es, als der Vorsitzende, Landgerichtsrat Ungewitter, vernommen werden sollte, warum er die Tochter Rieks, Frau Jahns, in Polen nicht vernommen habe, zu sehr erregten Zusammenstößen. Staatsanwalt Gerlach: „Die Angeklagte hat ja alles getan, um die Vernehmung der Frau Jahns zu verhindern." Angeklagte (auf den Tisch schlagend, erregt): „Das ist eine Lüge!" Staatsanwalt: „Wenn eine Arbeiterfrau sich so benehmen würde, so würde ich eine Ordnungsstrafe beantragen. Bei Ihnen verzichte ich." R.-A. Bahn: „Das ist ja die krasseste Klassenpolitik. Der Herr Staatsanwalt unterscheidet also bei den Angeklagten zwischen Arbeiterfrauen und Gräfinnen. Offenbar will man bei der Gräfin die Behandlung wieder zur Anwendung bringen, die in der ersten Instanz bereits beliebt war." Ueber das Gesamtergebnis des gestrigen Tages ist folgendes mitzuteilen.

Der Antrag der Verteidigung, den Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Dr. Westerkamp, als befangen anzusehen, wurde abgelehnt. Die Anklage wirft Frau Bothmer vier Betrugsfälle vor, begangen an dem Landrat Riek in Neppen, Rechtsanwalt Kämpf-Charlottenburg, Notar Beuthner-Berlin, dem Präsidenten Riek, und an der Frau Regierungsrat Meyer-Rowawes. Von diesen Personen hat sich die Gräfin auf einen gefälschten Brief der verstorbenen Präsidentin Riek größere Summen verschafft. Unter anderem hat die Angeklagte sich für einen Grabstein der Präsidentin Geld verschafft, die erhaltene Summe von 400 M. aber für sich verwandt. Bei der Vernehmung gibt Frau Bothmer zu, die Unterschrift der katholischen Krankenschwester Pronima selbst geschrieben zu haben. Im Laufe des Nachmittags wurde Frau Landrat Jahns, eine Tochter des Präsidenten Riek, die sich zurzeit in Polen aufhält.

82]

Onkel Moses.

Roman von Schalom Asch.

Mascha und Charlie gingen von einem Zauberpalast zum andern. Ihnen erschlossen sich die Geheimnisse Indiens, die Mysterien Aegyptens und die verborgenen Kräfte des weiten Zauberlandes Arabien. Sie glaubten, in der Zeit der Märchen von Tausendundeiner Nacht zu leben, da der Seeweg nach Indien noch nicht gefunden war, sie meinten, in den Zauberländern des alten Orients zu sein. Sie sahen die Tempel von China, die Tänze Indiens, und indische Prinzen weissagten ihnen ihre Zukunft, die Aladins aus Arabien ergötzten sie mit ihren Zauberkünsten. Ueberall herrschte die Pracht und der Glanz des geheimnisvollen alten Orients.

Als sie die Zauberpaläste verließen, waren beide wie betäubt. Sie setzten sich auf zwei Pferde, die mit reichgestickten Mänteln bekleidet waren, wie die Rosse arabischer Scheichs. Große Edelsteine, helle Brillanten, rote Rubine, grüne Smaragde, blaue Saphire, von gefangenen Prinzessinnen und in der Schlacht gefallenen Kalifen erbeutet, waren auf die Manteldecken der Tiere aufgenäht. Die Pferde entstammten der edlen arabischen Rasse, der Brodem wehte aus ihren bebenden Nüstern, und Schaum lag auf ihren feingeschnittenen Mäulern. Ein Prinz und eine Prinzessin saßen Hand in Hand auf den Rossen, Mascha und Charlie, und vor ihnen saßen andere Prinzen und Prinzessinnen; aber in dem reichgeschnitzten Wagen saßen seine Königskinder und trieben die Pferde an. So jagte eines dem anderen nach, und doch konnte keines das andere erreichen. Wohin reiten die Prinzen? Ins Traumland, in die ewige Freude, in die Jugend.

Eine Minute dauert der Ritt. Die Pferde sind aus Holz, der Weg ein Kreis. Doch was macht das? Die Wirklichkeit dauert eine Minute, doch ewig ist der Traum.

Und dann sitzen Mascha und Charlie in der Schaukel. Sie erhebt sich in die Lüfte, hoch und höher. Der weite Himmel enthüllt sich ihnen, und Coney Island mit seinen Millionen Menschen und das Meer von Wasser- und Menschenwogen liegt zu ihren Füßen.

Sie steigen hoch empor — plötzlich fallen sie jäh in ein tiefes Tal kopfüber in einen Abgrund, Wasser zu ihren Füßen, den Tod vor Augen. Doch wieder schweben sie in die Höhe, hoch, höher, vergessen das Leben, vergessen die Welt.

Betäubt von solchem Zauberwesen, schweben sie auf einmal in gelb-violetten Wolken, welche die Wunderstadt einhüllen, daß sie aussieht wie ein phantastischer Traum. Coney Island ist zu einem Flammenmeer geworden. Lichtströme stürzen aus den Häusern, aus den Türmen, von den Dächern. Lichträder kreisen über den Türmen, jagen aus den Häusern hervor, schweben in der Luft; über der Welt scheint der Himmel näher herangerückt, das Licht der Sterne, der Planeten und Kometen näher gekommen zu sein. Coney Island hat sich in einen Traum, in eine Märchenstadt verwandelt, die aus den Kinderbüchern aufgestiegen ist. Die Kinderjahre sind wieder auferstanden, und alles ist wahr geworden. Alle Kindergeschichten haben sich als richtig erwiesen. Und die Menschen, die erwachsenen Menschen leben das Leben der Kinder, haben eine Kinderstadt aus den Märchenbüchern belebt und leben in ihr. Ueber Coney Island hängt rötlichgoldener Nebel, und alles schwebt in ihm, schwankt wie trunken hin und her, in der Betäubung des Traumes. Aus den Läden dringen Ströme von Licht, rote und gelbe. Die Läden sehen aus wie große Kinderhäuschen, und vor ihnen stehen große geschnitzte Puppen, halten Trompeten in den Händen und blasen darauf. Eine große Puppendame, wie eine Königin in Gold und Silber gekleidet, steht vor der Puppenmusik und schlägt den Takt. Andere Puppen sitzen auf Puppenpferden und reiten, zwischen ihnen jagen Menschen hin und her. Die Menschen sehen aus wie Puppen, schwanken von einem hellerleuchteten Laden zum anderen, nehmen sich dort, was sie wollen, essen, trinken, spielen, tanzen — das Licht strömt immer weiter auf die Straße, sie ist voll Licht, alles kommt in Bewegung, schwankt; es ist, als ob die Kinderwelt zum Leben erwacht wäre, die Zauberwelt der Kinderjahre. Alles, alles, die ganze Welt ist wieder Kind geworden — großes Kind. Wir alle spielen wie Kinder, haben uns wiedergefunden in der Kinderwelt, die Coney Island heißt.

Als Mascha und Charlie im Omnibus saßen und heimfuhren, erwachten sie erst allmählich aus dem Traum, in dem sie gelebt hatten, und erschienen sich wieder fremd. Mascha hatte das Gefühl, als hätte ihr jemand eine Schlinge um den Hals gelegt. Charlie schien es, als habe er den ganzen Tag Unsinn geredet. Wozu? Wofür? Und doch fühlten beide, daß sie etwas zusammen erlebt hatten, etwas, was sie für einen Augenblick einander sehr nahegebracht hatte und nicht mehr ausgelöscht werden konnte — die Erinnerung an einen angenehmen Traum durchschwebte ihren müden Geist. Sie und alle Passagiere im Wagen warfen einen letzten Blick auf Coney Island. Von weitem sah die Insel wie eine merkwürdige Naturerscheinung, wie ein Wunder aus. Hohe, flammende Türme ragten einer neben dem anderen in die Höhe. Feuerspeiende Räder kreisten in der Luft und schwebten auf wunderbare Weise im Raum.

Stolz und eigenartig schön, als wären sie nicht von dieser Welt, ragten die flammenden Türme über den flammenden Häusern empor, wie Türme heiliger Göttertempel, die vom Himmel gefallen sind. Die Räder in der Luft der hellen Gassen, die flammenden Spitzen der Türme sahen aus wie Stätten der Götter, wie ein Mekka, wie ein Jerusalem. Ihr majestätischer, wundervoll-heiliger Glanz zog mächtig an, und jedermann segnete in seinem Herzen die heilige Wunderstadt Coney Island, dankte der heiligen Wunderstadt, die Millionen Menschen Freude, Seligkeit und Spiel bringt . . .

11. Die Braut sagt nein.

Maschas Eltern waren bereits unruhig, daß Mascha von ihrem Ausflug nach Coney Island noch nicht zurückgekehrt war. Es war schon spät, der Tisch zum Abendessen gedeckt. Die geschliffenen Gläser, welche Aarons Frau zum Schmuck der Wohnung gekauft hatte, seit es ihr gut ging, funkelten im Glasschrank. Maschas Mutter Rosa saß ungeduldig am Tisch, klopfte bald mit der Gabel an einen Teller, bald rückte sie ein Besteck zurecht und murmelte dabei:

„Da hast du es, Coney Island."

Aaron stand ohne Rock am offenen Fenster und spähte ungeduldig nach Mascha aus. Die Unruhe seiner Frau machte auch ihn nervös. Obwohl es nichts Außergewöhnliches war, daß Mascha sich verspätete, so regte es Maschas Eltern doch auf. Sie erregte jede Kleinigkeit, welche Mascha betraf. Es war dieselbe Unruhe, welche der Besitz eines Schatzes verursachte. Aaron wandte den Kopf vom Fenster und brummte:

„Rosa, laß mich in Ruhe, Rosa!"

Die anderen Kinder waren nicht da, sie wohnten im Sommer auf dem Lande. Nur die Eltern waren mit Mascha in der Stadt geblieben wegen der Aussteuer. Es war kurz vor Maschas Hochzeit. In solchen Fällen sind die Eltern immer um die Braut sehr beunruhigt — und in diesem Falle war die Braut Mascha.

„Wohin ist sie gegangen, Rosa?" Rosas Unruhe übertrug sich bereits auf Aaron.

„Ich habe dir doch schon gesagt, nach Coney Island. Sie hat baden wollen."

„Und mit wem ist sie denn nach Coney Island gegangen, Rosa?"

„Was fragst du? Weißt du es denn nicht? Sie hat doch angerufen, daß sie mit Charlie nach Coney Island geht."

(Fortsetzung folgt.)

telegraphisch geladen. Im großen ganzen haben die Zeugenaussagen bisher nicht viel Neues gebracht. Die Angeklagte bestritt, sich schuldig gemacht zu haben. Sie erhob im Gegenteil Ansprüche an den Präsidenten Riek, da sie angeblich dessen Gattin mit Geld ausgeholfen haben will. Der Prozeß dürfte zwei bis drei Tage dauern.

Die Einzeichnungen in Berlin.

Auch Zunahme in den Außenbezirken.

Wohl als Folge des besseren Wetters fanden gestern wieder die Einzeichnungen in größerer Zahl statt, so daß wieder eine erhöhte Beteiligungsziffer aufzuweisen ist. Auch kommen viele, die sich jetzt trotz der vorhandenen Schwierigkeit den Eintragungsschein beschafft haben. Auch in den westlichen Vororten nehmen die Eintragungen täglich zu, so werden aus Lichterfelde, Teltow, Stahnsdorf, Gütergotz, ja selbst aus Saarmund günstige Resultate berichtet. Da alle Täuschungsversuche der Nationalisten vergeblich sind, versuchen sie durch ihre Jugendorganisation Schwierigkeiten zu bereiten. Einige 12- bis 14jährige Schüler des Falk-Realgymnasiums machten sich seit einigen Tagen das Vergnügen, die in einigen Häusern befindlichen Orientierungsschilder, auf denen die Einzeichnungsstelle des Hauses vermerkt ist, abzureißen. Gestern glückte es, in der Potsdamer Straße zwei solcher Sünder abzufassen; eine gehörige Tracht Prügel war der Lohn.

Potsdamer Sabotagekünste.

Daß mancherlei Mächte ihr Möglichstes tun, um durch Sabotage und Schikane jeglicher Art die Volksbewegung gegen den Fürstenraubzug zu hemmen, ist nichts Neues. Die Art aber, wie die nationalistische Potsdamer Stadtverwaltung den Willen des Volkes boykottieren zu können glaubt, grenzt an einen öffentlichen Skandal. Für die gesamte Potsdamer Bevölkerung einschließlich des Wildparks und Charlottenhofs ist im 1. Stock des alten Rathauses ein einziges Zimmer zur Einzeichnung bereitgestellt worden. Dieses Einzeichnungslokal ist zwar an den Wochentagen fast den ganzen Tag geöffnet (von morgens 9 Uhr an mit zweistündiger Mittagspause), an den beiden Sonntagen jedoch ganz unbegreiflicherweise nur wenige frühe Vormittagsstunden. Da ein erheblicher Teil der werktätigen Potsdamer Bevölkerung in Berlin in Arbeit steht, ist der Sonntag besonders in Potsdam der wichtigste Einzeichnungstag. Selbst die Bewohner der Siedlungen am Luftschiffhafen und hinter den Friedhöfen müssen sich im alten Rathaus einzeichnen. Von hier aus geht man über ¾ Stunden zur Einzeichnungsstelle. Das benachbarte Nowawes mit einer weit geringeren Bevölkerungsziffer als Potsdam hat 10 Eintragestellen. Allerdings ist hier die Stadtverwaltung nicht monarchisch eingestellt. Die Resultate der Eintragungen werden überhaupt nicht oder nur unregelmäßig bekanntgegeben. Bis Dienstag abend hatten sich in Potsdam bei einer Bevölkerungsziffer von ungefähr 40 000 Seelen über 2000 Personen eingetragen. Der gestrige Donnerstag brachte einen erheblichen Andrang zur Einzeichnungsstelle. Trotz aller Bemühungen der Fürstenknechte geht es auch in Potsdam vorwärts. Natürlich ist die Kontrolle der Einzeichnungsbegehrenden eine äußerst strenge. Allgemein wird über eine große überflüssige Umständlichkeit beim Eintrageverfahren geklagt. In den ersten Tagen des Volksbegehrens besaßen die Monarchisten, wie bereits mitgeteilt, die Frechheit, vor das Eintragungszimmer einen „Auskunftsmann" mit schwarzweißroter Armbinde und Handzetteln hinzustellen, der die Leute im fürstendienerischen Sinne „aufklären" sollte. Die Volksbegehrparteien stellten daraufhin jemanden daneben, der ein Plakat folgenden Wortlauts trug: „Jedes Rindvieh holt sich beim Nebenmann Auskunft." Das wirkte. Die Einzeichnungsleitung verbot beiden Parteien diese Propaganda. Nach den ersten trägen Tagen hat auch in Potsdam eine stärkere Straßenagitation eingesetzt. Trupps marschieren mit Schildern folgenden Wortlauts: „Wer Fürsten nährt, ist Prügel wert", und „Ich kenne keine Parteien mehr, ich nehme Geld von allen" mit Wilhelms Porträt durch die Straßen. Die wirkungsvolle Propaganda erregt allgemeine Aufmerksamkeit. Für Sonnabend und Sonntag ist mit Massenandrang zu rechnen. Deshalb muß an den reaktionären Magistrat die Forderung gerichtet werden, wenigstens dieses einzige Einzeichnungslokal den ganzen Sonntag über offen zu halten.

Zwei kleine Märtyrer.

Grauenhafte Züchtigungen einer entmenschten Mutter.

Nur schwer vermochte man den grauenvollen Einzelheiten zu folgen, die sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte in einer Verhandlung gegen eine entmenschte Mutter zur Sprache kamen. Während der eigentliche Vater der Kinder, ein Kaufmann Plöhn, den Termin nicht wahrzunehmen brauchte, mußte dessen zweite Frau, also die Stiefmutter, auf der Anklagebank Platz nehmen, um sich wegen fortgesetzter, schwerer Mißhandlungen mit gefährlichen Werkzeugen zu verantworten.

Aus zwei lebensfrohen Kindern, der vierzehnjährigen Edith und dem zwölfjährigen Heinrich, hatte diese Stiefmutter zwei scheue und verschüchterte Wesen gemacht, die aus entsetzlicher Angst vor ihrer Peinigerin zu niemandem von ihren Qualen zu sprechen wagten. Nur so war es der brutalen Frau möglich, den Kindern ihres Mannes das Elternhaus zur Hölle zu machen. Als sich die Schule der ständig mit Verletzungen herumlaufenden Geschwister annehmen wollte, stieß sie auf den eigenen Widerstand der schwer Gepeinigten. Sie mußten schweigen, denn sonst hätte Mutter noch ganz anders gestraft. So sagten sie entweder, sie hätten sich untereinander geschlagen, oder wären über die Kisten in Vaters Geschäft gefallen. Auch das Schreien bei den grausamen Züchtigungen war ihnen unter Androhung noch größerer Qualen von der Stiefmutter verboten. Da diese außerdem die Fenster zu verhängen pflegte, merkten auch die Nachbarn kaum das geringste von den entsetzlichen Vorgängen. Erst als sich schließlich doch die Jugendfürsorge zum Einschreiten veranlaßt sah und die Kinder anderweitig unterbrachte, kam die ganze furchtbare Wahrheit an den Tag. Nun hatten sich die kleine Edith und der schmächtige Heinrich wieder einigermaßen erholt, und das Mädchen sagte dem Vorsitzenden, der sich freundlich um sie bemühte, alles, was sie hatte ausstehen müssen und bestätigte damit das Gutachten der beiden Sachverständigen, daß ein kaum glaubliches Bild menschlicher Roheit entwarf. Die untersuchten Körper der Kinder boten eine unendliche Reihe von Verletzungen, in den Ohren des Jungen fand sich geronnenes Blut, auf seinem Kopf schwere, tiefe Wunden. Das linke Ohr, das ihm die „Mutter" fast mittendurch gerissen hatte, zeigte noch jetzt Spuren der erlittenen Verletzungen, ist aber ziemlich günstig verheilt. Der armen Edith schlug diese Frau einen Teller ins Gesicht, der an dem Munde des Kindes zerbrach. Der Kopf zeigt noch heute deutlich die Stellen, an denen die Haare büschelweise herausgerissen wurden. Mit einem Plätteisen, das oft noch heiß war, hatte die Angeklagte das Gesäß des Mädchens derart bearbeitet, daß sich die Haut in Fetzen gelöst hatte. Beim Essen mußten die Kinder stehen und bekamen nur dann ausreichende Kost, wenn der Vater zugegen war. Nun war ihm allerdings keine Anteilnahme an den furchtbaren Quälereien und Mißhandlungen nachgewiesen worden. Wie war es aber möglich, daß ihm niemals der elende Zustand seiner Kinder auffiel. Und die Angeklagte? Im Gegensatz zu ihren „Pflegebefohlenen" eine rundliche, wohlgenährte Frau, Ende der Dreißig. Sie gab nur Kleinigkeiten zu, unter anderem Mißhandlungen mit einem abgebrochenen Besen. Im übrigen sollten die Kinder lügen. Die ganze Beweisaufnahme, das Gutachten der Sachverständigen, das Urteil der Lehrer und Lehrerinnen, bewies aber leider nur zu deutlich, daß die Kinder nicht logen. Allen Beteiligten dieser Verhandlung waren die strengen, aber gerechten Worte des Vorsitzenden aus dem Herzen gesprochen, als er zum Schluß der Urteilsbegründung sagte: Von allen Gemeinheiten, die es auf der Welt gibt, ist die schlimmste, wenn eine Mutter, sei es auch nur eine Pflegemutter, sich derartig an hilflosen und unschuldigen Kindern vergeht." Die Angeklagte erhielt 1 Jahr Gefängnis und wurde sofort verhaftet.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 12. März.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.10 Uhr nachm.: Zehn Minuten für die Frau. **4.30—6 Uhr** nachm.: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferdy Kauffman. **6.35 Uhr** abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Gartenbau. Gartenbaudirektor Meermann: „Der Obstgarten". **7 Uhr** abends: Dr. Paul Kaßner: „Die Entwicklung der Berufe auf Grund des freien Arbeitsvertrages". **7.30 Uhr** abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Musikwissenschaft. Dr. James Simon: „Die neuzeitliche Klaviermusik". **8 Uhr** abends: Dr. Kurt Pinthus: „Einführung in Georg Kaisers ‚Von morgens bis Mitternacht'". **8.30 bis 10 Uhr** abends: Sendespiele. Abteilung Schauspiel. Leitung: Alfred Braun. Spielzeit 1925/26. 10. Veranstaltung. Das Drama der letzten 30 Jahre. 5. Abend (Georg Kaiser). „Von morgens bis Mitternacht". Kassierer: Werner Krauß; Mutter: Auguste Prasch-Grevenberg; Frau: Charlotte Hagenbruch; erste Tochter: Marianne Sylvaine Oßwald; zweite Tochter: Edith Fritz; Direktor: Hans Sternberg; Dame: Maria Fein; Sohn: Günther Hadank. Gehilfe, Portier, erster und zweiter Herr, Laufjunge, Dienstmädchen, Hotelkellner, jüdische Herren als Kampfrichter, erste, zweite, dritte, vierte weibliche Maske, Mädchen der Heilsarmee, Offiziere und Soldaten der Heilsarmee, Schutzmann. Die kleine Stadt W. und die große Stadt B. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. **10.30—12 Uhr** abends: Tanzmusik (Kapelle Etté).

Königswusterhausen, Freitag, den 12. März.

3—3.30 Uhr nachm.: C. M. Alfieri und Frl. Gertrud van Eyseren: Spanisch für Anfänger. **3.30—4 Uhr** nachm.: Lektor Mann und Studienrat Friebel: Englisch für Fortgeschrittene. **4 bis 4.30 Uhr** nachm.: K. Graef: Sprachtechnik. Die Bildung der Vokale. Praktische Uebungen mit Partner. **4.30—5 Uhr** nachm.: Frau Dr. Drewitz: Die Frühjahrs- und Sommermode. **7.30 bis 8.15 Uhr** abends: Fortbildungsvorträge für Aerzte. Dozenten und Themen werden in den ärztlichen Fachzeitschriften bekannt gegeben. **8.30 Uhr** abends: Uebertragung aus Berlin.

Volksbildungsamt Kreuzberg. Am Freitag, den 12. März, abends 8 Uhr, werden im Orpheum, Hasenheide, Ecke Gräfestraße, künstlerische Tänze zur Vorführung gelangen. Für diese Veranstaltung sind die ersten Solotänzer der Staatsoper Elisabeth Grube und Harald Kreutzberg gewonnen worden. Eintrittspreis für Mitglieder und Jugendliche 50 Pf., für Gäste 75 Pf.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Sonnabend, den 13. März, abends pünktlich 7½ Uhr, im ehemaligen Herrenhause, Leipziger Str. 3, zweiter Vortrag der Freien sozialistischen Hochschule. Vortragender: Prof. Lederer-Heidelberg. Thema: „Die Krise des Britischen Weltreiches." Preis der Karte 50 Pf. — Sonntag, den 14. März, vormittags pünktlich 11½ Uhr, im Großen Schauspielhaus, Karlstraße: 4. Proletarische Feierstunde. Aufgeführt wird das Chorwerk „Weltenwende" von Franz Rothenfelder. Mitwirkende: Der Sprechchor für Proletarische Feierstunden (Künstlerische Leitung Albert Florath), der Berliner Schubert-Chor (unter Leitung seines Chormeisters Jascha Horenstein), Einzelsprecher: Heinrich Witte, Ferdinand Hart, Wolf Trutz (Mitglied des Staatstheaters), Otto Dunkelberg (Orgel). Preis der Karte 1 M. — Karten für alle Veranstaltungen sind zu haben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof II; „Vorwärts"-Buchhandlung, Lindenstr. 2; Zigarrengeschäft Horsch, Engelufer 24/25; Tabakvertrieb Annenstr. 6; Verband der Graphischen Hilfsarbeiter, Alte Jakobstr. 5; bei den Obleuten der Kreis- und Abteilungsbildungsausschüsse; in den „Vorwärts"-Speditionen.

Spielverbot aus Chauvinismus? Ueber die deutsche Tennismeisterin Nelly Neppach ist vom Deutschen Tennisbund Spielverbot verhängt worden, weil sie trotz ausdrücklichem Verbot an dem französischen Riviera-Turnier teilgenommen hat, obwohl der Deutsche Tennisbund noch nicht in den Internationalen Tennisbund aufgenommen ist.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

1. **Kreis Mitte.** Sämtliche Genossinnen und Genossen der 1., 5., 6. und 7. Abt. sammeln sich am Sonnabend, 13. März, 5¾ Uhr, auf dem Koppenplatz zum Demonstrations-Fackelzug mit Musik.

6. **Kreis Kreuzberg.** Zeitungskommission: Heute ½8 Uhr Sitzung in der Juristischen Sprechstunde. Alle Abteilungen müssen vertreten sein.

7. **Kreis Charlottenburg.** Sonnabend, 13. März, Vorstandssitzung mit den Abteilungsleitern nach Schluß der Demonstration bei Reimer, Wilmersdorfer Str. 21.

Heute, Freitag, den 12. März:

26. Abt. Die Werbezettel zur öffentlichen Kundgebung am Montag, 15. März, im Böhmischen Brauhaus sind sofort bei dem Abteilungsleiter in Empfang zu nehmen.

33. **Abt. Charlottenburg.** 8 Uhr Sitzung der Agitationskommission für die Außenbezirke bei Lux, Huttenstr. 26. Sonnabend, 13. März, eine halbe Stunde vor Beginn der Demonstration am Wilhelmplatz: Gemeinsamer Abmarsch der Abteilung mit Banner und Fahnen von Lux. Republikaner willkommen.

79. **Abt. Schöneberg.** Von 5 Uhr ab müssen sämtliche Bezirksführer bei Gruß, Sedanstr. 17, die Frauenstimmen abholen. Am Sonntag, 14. März, vormittags von 9 Uhr ab, in allen Bezirken Flugblattverbreitung. Zum Propagandaumzug am Sonnabend, 13. März, müssen alle Mitglieder pünktlich 5½ Uhr am Bahnhof Großgörschenstraße erscheinen.

96. **Abt. Neukölln.** Um 6 Uhr holen die Bezirksführer Werbematerial von Kürtler, Prinz-Handjery-Str. 34, ab. Einladen zur Verbreitung.

101. **Abt. Treptow.** ½9 Uhr in der Spedition Grätzstr. 50 Funktionärsitzung.

113. **Abt. Schmöckwitz.** 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Müller, Cafe Sandhaus, Rüster-Allee. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

118. **Abt. Lichtenberg.** Zum Propagandaumzug 6½ Uhr Sammelpunkt Frankfurter Allee Ecke Hubertusstraße. Mittelpromenade. Pünktlicher Abmarsch.

Morgen, Sonnabend, den 13. März:

4. **Abt.** Die Genossinnen und Genossen treffen sich 5½ Uhr zur Demonstration auf dem Koppenplatz.

5. **Abt.** Die Genossinnen und Genossen beteiligen sich an der Demonstration. Treffpunkt: 5½ Uhr auf dem Koppenplatz.

21. **Abt.** 5 Uhr Flugblattverbreitung von Kroll, Utrechter Str. 21.

37. **Abt.** Verteilung der „Frauenstimme" um 5 Uhr vom Lokal Pfeiffer, Hausdorffstr. 2. Alle Genossinnen und Genossen müssen sich beteiligen.

40. **Abt.** Alle Genossinnen und Genossen beteiligen sich an dem Demonstrationszug durch den Südwesten. Treffpunkt: Fontanepromenade um 5½ Uhr. Abmarsch um 6 Uhr.

41. **Abt.** Alle Mitglieder sammeln sich zur Demonstration um 5½ Uhr Fontanepromenade am Kaiser-Friedrich-Platz.

42. **Abt.** 5½ Uhr Abmarsch zur Demonstration. Alle Genossen treffen sich bei Wiersdorff, Urbanstr. 6. Sonntag, 14. März, nachmittags 3 Uhr, kommen alle Genossen zu Wiersdorff zur Hausagitation.

43. **Abt.** 5½ Uhr Demonstrationszug. Treffpunkt Fontanepromenade.

44. **Abt.** 5½ Uhr Straßendemonstration mit Musik. Treffpunkt: Fontanepromenade, Am Urban. Erscheinen ist Pflicht.

45. **Abt.** 5 Uhr Treffpunkt mit Fahnen und Plakaten bei Wienzierz, Reichenberger Str. 164. Gruppe Hohlstein schließt sich an Gruppe Stephan bei der Forster Straße, Gruppe Krüger-Hoppe an der Lausitzer Straße an. Arbeiterjugend und Jungsozialisten müssen sich beteiligen.

48. **Abt.** Alle Mitglieder treffen sich zur Straßendemonstration um 5 Uhr in der Moritz- Ecke Prinzenstraße. Kein Mitglied darf fehlen.

56. **Abt. Charlottenburg.** 5 Uhr Treffpunkt aller Genossen zur Demonstration bei Pietsch, Kantstr. 62. Rote Armbinden mitbringen. Abmarsch vom Wilhelmplatz 5¼ Uhr.

86. **Abt. Mariendorf.** Bezirksführer ab 7 Uhr bei Riendorf Flugblätter abholen. Sonntag Flugblattverbreitung.

Lichtenberg. 114. **Abt.** 6½ Uhr Treffpunkt zum Demonstrationszug Boxhagener Markt vor dem Lokal Schwarzer, Gabriel-Max-Straße. Sonntag vormittags 9 Uhr Handzettelverbreitung vom selben Lokal aus. — 119. **Abt.** 7½ Uhr bei Mense, Möllendorf- Ecke Rittergutstraße, Funktionärsitzung. Wichtige Mitteilungen. Auch die Gruppe Buchholz muß erscheinen. (Es können auch Mitglieder an der Sitzung teilnehmen.)

123. **Abt. Kaulsdorf.** 7 Uhr Antreten sämtlicher Mitglieder bei Hübner zum Fackelzug. Sonntag, 14. März, vormittags 9 Uhr, bei Hübner Handzettelverbreitung. Alle müssen erscheinen.

*

Ortsverein Erkner. Sonnabend, 13. März, 5 Uhr: Abholen der Flugblätter vom Lokal Grund, Königstr. 32. Jeder Genosse muß erscheinen.

Frauenkassiererinnen. Gruppe Neukölln: Heute, Freitag, pünktlich 8 Uhr, beim Genossen Mattis, Sandbälstr. 19. Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft. — **Gruppe Mitte:** Der Gruppenabend fällt aus. Dafür vollzählige Beteiligung an der öffentlichen Kundgebung des 1. Kreises am Sonnabend, 13. März. Treffpunkt: 5¾ Uhr auf dem Koppenplatz. — **Gruppe Norden:** Heute, Freitag, ½8 Uhr, im Jugendheim Oderbstraße. Vortrag des Genossen Blättermann über die Dittmann-Broschüre. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

18. Kreis Weißensee. Der Genosse Friedrich Wendt ist am 6. März nach kurzem, schweren Leiden sanft entschlafen. Einäscherung am Freitag, 12. März, mittags 12 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg.

Jugendveranstaltungen.

Wanderleiter-Arbeitsgemeinschaft: Freitag, 12. März, pünktlich 7½ Uhr. Aussprache: „Unser Wander- und Jugendherbergswesen".

Karten zur Proletarischen Feierstunde am Sonntag, 14. März, sind zum ermäßigten Preise im Jugendsekretariat erhältlich. Gleichfalls Karten zum Vortrag der Freien Sozialistischen Hochschule am Sonnabend, 13. März, im Herrenhaus.

Anmeldungen zum Osterkursus bis spätestens 13. März im Jugendsekretariat.

Abteilungskassierer! Heute von 5—7 Uhr Abrechnung. Ausgabe der „Jugend voran!" und der „Arbeiter-Jugend".

Achtung, Erwerbslose! Zum Arien- und Liederabend (Gertrud Binder, Staatsoper) sind Freikarten zu haben.

Heute, Freitag, den 12. März, abends 7½ Uhr:

Wedding-Nord: Ledigenheim Schönstedtstraße. Vortrag: „Der Mensch der Steinzeit". — **Nordost I:** Jugendheim Neue Königstr. 21. Bunter Abend. — **Nordost II:** Jugendheim Danziger Str. 62. Vortrag: „Arbeiterkämpfe der Gegenwart". — **Weißensee:** Jugendheim Rölckestr. 137. Literaturabend. — **Osten Str.-B.:** Jugendheim Goßlerstr. 61. Vortrag: „Inquisition und Hexenverbrennung". — **Südost K.-B.:** Jugendheim Wrangelstr. 128. Vortrag: „Die Zeitalter der Erde". — **Charlottenburg:** Jugendheim Rosinenstr. 4. Vortrag: „August Bebel". — **Halensee:** Schule Joachim-Friedrich-Str. 35. Aussprache: „Die Fürstenabfindung". — **Schöneberg I:** Jugendheim Rubens- Ecke Hauptstraße. Vortrag: „Bursche und Mädel". — **Steglitz II:** Jugendheim Holsteinische Straße 3. Vortrag: „Freie Liebe". — **Britz:** Jugendheim Chausseestr. 48. Vortrag: „Moderner Sozialismus". — **Neukölln I:** Jugendheim Bergstr. 29. Vortrag: „Schulreform und Reichsschulgesetz". — **Köpenick:** Jugendheim Grünauer Straße 5. Aussprache: „Kapitalismus und Sozialismus". — **Baumschulenweg:** Jugendheim Ernststr. 16. Vortrag: „Kinderfreundebewegung". — **Treptow:** Jugendheim Elsenstr. 3. Lichtbildervortrag. — **Lichtenberg-Mitte:** Alle Genossen und Genossinnen treffen sich zur Demonstration der Partei um 6¾ Uhr Frankfurter Allee Ecke Jungstraße. — **Lichtenberg-Nord:** Jugendheim Porkane 10. Vortrag: „Warum und wie sollen wir wandern?" — **Tegel:** Jugendheim Bahnhofstr. 13. Mitgliederversammlung.

Werbebezirk Tiergarten: Die Gruppenveranstaltungen fallen aus. Dafür Beteiligung an der Demonstration der Partei. Treffpunkt: ½7 Uhr Kleiner Tiergarten (Denkmal).

Arbeitersport.

Fußball am 14. März: Stettin—Berlin-Norden.

Zum fünften Male stehen sich die beiden Repräsentativen von Stettin und Berlin gegenüber, um im friedlichen Wettkampf ihre Kräfte zu messen. Betrachtet man die Ergebnisse der Spiele, so muß festgestellt werden, daß Berlin bisher bei allen Spielen der Bessere war. 1922 spielten die Mannschaften in Berlin 4 : 1 für Berlin; 1923 in Stettin 1 : 0 für Berlin; 1924 in Berlin 3 : 3 für Berlin; 1925 in Stettin 5 : 2 für Berlin. Also zwei überlegene und zwei knappe Siege. Ob die Berliner Mannschaft auch in diesem Jahre gewinnt, steht noch sehr in Frage. Setzt sich doch die Vertretung ausschließlich nur aus Spielern des Nordbezirks zusammen.

Die Mannschaften spielen in folgender Aufstellung:

Stettin: (schwarz-weiß) Büsse (B. C. 19)

Mahn (Rehmitz) — Schmidt (Vorwärts)

Kusserow — Ribbet (Rehmitz) — Piepenburg (Frei)

Adam (Rehmitz) — Kutschke (Walhalla) — Wegner (Germania) — Wollanger (Stettin) — Wenhorf (B. C. 19)

Boetcher (Tegel) — Mönch (Nordiska) — Bache (Adler 12) — Fiedler (Belten) — Heinrich (Fichte-Nord)

Heinkel (Vorwärts) — Blahm (Alemannia) — Seelinger

Kerkin (Fichte-Ost) — Weiß (Nordiska)

Berlin: (weiß-rot) Rathes (Pankow 96)

Das Spiel findet auf dem Teutoniasportplatz in der Christianiastraße statt und beginnt 3½ Uhr. Um 1 Uhr spielen zwei Alte-Herren-Mannschaften und um ½3 Uhr zwei Jugendmannschaften.

Touristenverein „Die Naturfreunde" (Zentrale Wien). Abt. Wedding: Sonntag, 14. März, Fahrt Nauen—Kremmen. Treffpunkt 7 Uhr Bhf. Putlitzstraße. Gäste willkommen. — **Abt. Friedenau:** Freitag, 12. März, im Heim Offenbacher Str. 5a. Lied und Tanz. Gäste willkommen. — **Abt. Gesundbrunnen:** Freitag, 12. März, 8 Uhr, im Schillerlyzeum, Bötticher- Ecke Pankstraße. Märchendichter. Vortrag. Gesang. 13./14. März Fahrt nach Kremmen—Oranienburg. Treffpunkt Sonnabend 3½ Uhr Bhf. Gesundbrunnen. Führer: Hugo Sinn. — **Photogemeinschaft:** Sonntag, 14. März, Motivfahrt zum Treffen der Brandenburger und Nowaweser nach Werder—Kolpinsee. Abfahrt 7.28 Uhr Potsdamer Fernbhf. Montag, 15. März, 8 Uhr, im Jugendheim Ebertstr. 12, Hof. Reproduktionen, Herstellen von Stilleben mit gleichzeitigem Entwickeln. Apparate mitbringen. Gäste willkommen. — **Abt. Treptow:** Freitag, 12. März, 7½ Uhr, im Jugendheim Treptow, Elsenstr. 3. Vortrag über Ferdinand Freiligrath. — **Werbebezirk Südost:** Sonntag, 14. März, 8 Uhr, Musikalischer Abend in der Aula des Leibniz-Gymnasiums, Mariannenplatz. Eintritt 30 Pf. Gäste willkommen. — **Gruppe Südost:** Freitag, 12. März, 8 Uhr, im Jugendheim Reichenberger Str. 66 Lichtbildervortrag. Eintritt frei. Gäste willkommen.

Sportklub Siegfried 09. Ringen in Moabit. Die Fortsetzung der Ringkämpfe um die Kreismeisterschaft des ATB. folgt am Freitag, 12. März, in der Turnhalle Wiclefstr. 32. Es kämpfen SC. Siegfried 09 gegen SC. Eiche 1900. Vom Veranstalter starten in 2 Gängen zu 10 Minuten: Kühner, Brandenburg, Schulze, Willi und Paul Busse, W. Paul und Bohm. Die Namen bürgen für guten Sport.

Arbeiter-Sport- und Kulturorganisationen im 20. Verwaltungsbezirk. Sonntag, 14. März, fahren alle Mitglieder zur Einzeichnungsagitation aufs Land. Abfahrt: Bhf. Schönholz vormittags 8.44 Uhr, Bhf. Eichbornstraße vormittags 8.55 Uhr, Bhf. Tegel vormittags 9.02 Uhr nach Velten. Alle Radfahrer treffen sich 10 Uhr in Kremmen im Lokal „Roter Stern".

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Gauvorstand. Achtung! Karten zum Preise von 1 M. sind gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte im Gaubureau erhältlich. — **Wassersportabteilung.** Sonntag, d. 14., Arbeitsdienst Bootsplatz Wendenschloß, Marienstr. 122. — **Mitte.** Fr., d. 12., Sozialklub Musikersäle. Antreten 6½ Uhr Neuer Markt. So., d. 13., Kundgebung für Fürstenenteignung. Antreten mit Tambourkorps und Fahnen 5½ Uhr Koppenplatz. — **Tiergarten.** Sonntag, d. 14., vormittags 9 Uhr, Trommlerkorps und Kameradschaft Antreten zur Werbearbeit bei Berger. Kameradschaft Westen Mo., d. 15., 8 Uhr, Kameradschaftsversammlung bei Eckert, Steinmetz- Ecke Kurfürstenstraße. — **Kreuzberg.** So., d. 13., 5½ Uhr, Antreten aller Kameraden mit Tambourkorps und Fahnen auf der Fontanepromenade zum Ummarsch gegen Fürstenabfindung. — **Wilmersdorf.** Fr., d. 12., Teilnahme an der öffentlichen Kundgebung gegen Fürstenabfindung 7½ Uhr Viktoriagarten, Wilhelmsaue. Sonntag, d. 14., nachmittags 1½ Uhr, Antreten mit Musik und Fahnen Fehrbelliner Platz zur Demonstrationsfahrt mit Kraftwagen gegen Fürstenabfindung. Schluß 5 Uhr. — **Neukölln-Britz.** 1. Kam. 1. Zug Mo., d. 15., 7½ Uhr, in der Kottbusser Klause Monatsversammlung. — **Treptow.** So., d. 13., 5½ Uhr, Bhf. Treptow. Pflichtveranstaltung. Alles muß erscheinen. 8 Uhr Mitgl.-Vers. Vortrag Kam. Pfeiffer: „Englische Kultur". — **Grünau.** So., d. 13., 8 Uhr, im Restaurant Werner Monatsversammlung. Ausgabe der neuen Mitgliedskarten. — **Bernau, Ladeburg, Rüdigental.** Sonntag, d. 14., 8½ Uhr vormittags, Antreten bei Löwe-Bernau. 8¾ Uhr Abfahrt nach Gr.-Schönebeck.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands, Bezirksgruppe Berlin. Ordentliche Sitzung heute, Freitag, 6½ Uhr, im Sportrestaurant zu Neukölln, Berliner Str. 60 (beim Rathaus). (Nicht um ¼6 Uhr, wie in der Einladung angegeben.)

Geschäftliche Mitteilungen.

Zweckmäßige Schuhpflege. Die Verbraucher wissen, daß mit einer Normaldose Erdal Schuhcreme während eines Monats täglich 3 Paar Schuhe gepflegt werden können. Dies beweist die große Ausgiebigkeit von Erdal. Verwendet man aber minderwertige Ware, so reicht man kaum 14 Tage aus. Dabei können mit Erdal-Schuhcreme geputzte Schuhe bei Regen- und Schneewetter getragen werden; man wird keine Nässe an den Füßen spüren. Der feine Wachsüberzug läßt keine Feuchtigkeit durch.

Das Herdscheuern ist eine schwierige und meist nicht gern geübte Beschäftigung. Um diese täglich notwendige Arbeit leicht und mühelos zu bewältigen, nimmt man das bekannte Putz- und Scheuermittel Ata zu Hilfe und hat in überraschend kurzer Zeit eine blanke Herdplatte.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin (Nachdr. verb.) Etwas milder, größtenteils bewölkt und noch einzelne leichte Regenschauer bei frischen westlichen Winden. — **Für Deutschland.** Im Osten zahlreiche, im Westen vereinzelte Regenschauer, überall etwas milder.

Wie viele am Wohnungselend sterben!

Heraus aus der Mietskaserne!

Sachkenner sind sich darüber einig, daß die Tuberkulose hauptsächlich verbreitet wird durch die Wohnungsnot. Die kürzlich herausgekommene Denkschrift des Reichsministers des Innern zeigt, daß, während bei anderen Volkskrankheiten ein allmählicher Stillstand oder gar Rückgang der Erkrankungsziffern erfolgt, Tuberkuloseerkrankungen der Kinder in den Kinderkliniken nicht zurückgegangen sind.

Professor Möllers vom Reichsgesundheitsamt berichtet in seiner letzten Veröffentlichung über den Stand der Tuberkulose in Deutschland, daß 1923 in Deutschland über 12000 Kinder bis zu 15 Jahren an Tuberkulose gestorben sind. Die Tuberkulosesterbefälle insgesamt in Deutschland werden auf jährlich 90 000 bis 100 000 geschätzt. In der Denkschrift des Reichsministers des Innern werden immer wieder, so von den Kinderkliniken in Kiel, Greifswald, Köln, Frankfurt a. M., Freiburg i. Br., nicht zuletzt in Berlin, die Wohnungsverhältnisse als Ursache der Tuberkulose genannt. Städtische Bezirke in Württemberg, Oldenburg, im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, Städte wie Stralsund, Allenstein, Stade, Merseburg, Lübeck, Potsdam berichten über eine deutlich wahrnehmbare Zunahme der Tuberkulose im Jahre 1924. Berlin vor allem meldet die auffallende Häufigkeit eines besonders schweren Verlaufes der Krankheit. Auf eine Umfrage des Reichsgesundheitsamtes und des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose wird aus Mittel-, Nord- und Ostdeutschland über eine weitere Ausdehnung der Seuche berichtet. Nach den Ergebnissen der jährlichen Umfrage der Medizinalabteilung des Preußischen Wohlfahrtsministeriums bei den Regierungspräsidenten: wie viele Schulkinder tuberkulös seien, waren dies 1913 8,3 und 1923 32,7 vom Tausend. Was will es dieser ungeheuerlichen Steigerung gegenüber besagen, daß sich der Tausendsatz für 1924 auf 25,7 gesenkt hat. Nach Professor Möllers sind die Tuberkulosesterbefälle überhaupt von 1913 bis 1918 im ganzen Reichsgebiete außer Elsaß-Lothringen und Mecklenburg um 60,8 Proz., in den von der Reichsstatistik erfaßten deutschen Orten mit 15 000 und mehr Einwohnern sogar um 91,1 Proz. gestiegen. Zu bedenken ist, daß die neueren Zahlen sich auf eine Bevölkerung beziehen, deren hinfälligste Elemente ja durch die Kriegs- und Nachkriegsjahre bereits ausgelesen waren. Im Bericht des Volkswohlfahrtsministers kehrt immer wieder die Feststellung, daß vor allem Wohnungs- und Bettennot Tuberkuloseverbreite. In Berlin hatten von den den städtischen Fürsorgestellen bekannten Offentuberkulösen Fällen im Jahre 1922 nur 66 Proz. ein eigenes Bett, und ein eigenes Schlafzimmer hatten 1923 in Berlin von den städtischen Fürsorgestellen bekannten Offentuberkulösen nur 19 Proz. im Durchschnitt. Der Generalsekretär des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose, Dr. Helm in Berlin, schreibt: „Die unerträgliche Wohnungsnot bedeutet eine um so größere Gefahr hinsichtlich der Tuberkuloseverbreitung, als die Zahlen der in den Krankenhäusern untergebrachten Schwertuberkulösen gegen frühere Jahre sehr abgenommen haben."

Die Städte haben den Zusammenhang der Uebel Tuberkulose und Wohnungsnot erkannt. In den Mitteilungen des Deutschen Städtetages (1925, 9) lesen wir: Die Stadt Gelsenkirchen hat den Bau von besonderen Fürsorgewohnungen für kinderreiche Familien, in denen Tuberkuloseerkrankungen vorliegen, in Angriff genommen. Die Stadt Grünberg plant den Bau von Wohnungen für Tuberkulöse. In Bunzlau wurden bis Herbst 1923 drei Häusergruppen mit 23 Wohnungen für kinderreiche Familien Tuberkulöser fertiggestellt. Ebenso haben Wiesefeld, Dresden, Karlsruhe, Nürnberg besondere Wohnungen für Tuberkulöse geschaffen. In Chemnitz hat der Verein zur Bekämpfung der Schwindsucht eine Vorstadtsiedlung für lungenkranke Kriegsbeschädigte gebaut, ein Reihenhaus mit 11 Wohnungen. Die Thüringische Landesversicherungsanstalt gewährt billige Darlehen zur Errichtung von Wohnungen für Tuberkulöse, wobei zwecks Ausschaltung der Spekulation der Gemeinde ein Vorkaufsrecht eingeräumt wird. Das sind fraglos anerkennenswerte und nachahmenswerte Maßnahmen. Aber wie winzig erscheinen diese Mittelchen, wenn man ihnen die in der Stadtbeilage des „Vorwärts" vom 26. vorigen Monats wiedergegebenen Zahlen über den Umfang unserer Wohnungsnot gegenüberstellt.

Mit kleinen Mitteln wie den oben erwähnten ist dem Wohnungselend, der fürchterlichsten Quelle von Volksseuchen, nicht beizukommen. Nur Abhilfe in größtem Maßstabe, wie sie auch der Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion fordert, der im „Vorwärts" vom 1. d. M. abgedruckt worden ist, könnten dem Elend steuern, das unser Volk im Kern, in seiner Jugend verdirbt. Die Mietskaserne ist wirklich die Büchse der Pandora, aus der die Uebel der Welt herausspringen, um sich unter den Menschen zu verbreiten, — Plagen, von denen die Tuberkulose nur eine ist. In der durch die Buchhandlung Bodenreform, Berlin NW 23, Lessingstr. 11, zu beziehenden kleinen Schrift „Kulturschande" (Preis 40 Pf.) ist dargelegt, daß die Mietskaserne auch Brutstätte der Geschlechtskrankheiten ist, woran 1922 in Preußen allein 1656 Menschen gestorben sind, und die sich jährlich um über ½ Million Fälle in der Zivilbevölkerung Deutschlands vermehren. Heraus aus der Mietskaserne. Hinein in die Heimstätte im Sinne des Reichsheimstättengesetzes. Professor Möllers gibt in der bereits erwähnten Veröffentlichung eine Gegenüberstellung von Zahlen über die Tuberkulosehäufigkeit in Deutschland und in England. Die beiden Reihen zeigen, um wieviel weniger als das deutsche das englische Volk von der Tuberkulose heimgesucht ist. Entspricht das nicht ganz offensichtlich auch der Tatsache, daß Deutschland das Land der Mietskaserne und England das Land des proletarischen Einfamilienhauses ist? Bereits 1920 wohnten in deutschen Industriestädten durchschnittlich 30—50 Menschen in einem Hause. Die Wohndichte erhöhte sich für Berlin auf rund 76 Menschen pro Haus, während in London 8, in Chicago 9, in Philadelphia 5, und selbst in Paris nur 38 Bewohner im Durchschnitt auf ein Haus entfallen.

Berlin beweist somit der Welt, wie in der Schreckenskammer eines soziologischen Museums, wie die gedrängte Wohnweise im Mietkasernensystem ein Volk körperlich und sittlich verdirbt, und es beweist gleichzeitig, wenn auch negativ, daß gelockerte Wohnweise in Gartenheimstätten ein Volk gesund erhält. Möchten die Verantwortlichen der Berliner Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik diese Tatsache endlich gebührend beachten.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin der SPD.

Künstlerische Abendfeier

am Freitag, den 12. März 1926, abends 7½ Uhr, in den Prachtsälen am Märchenbrunnen, früh. Schweizergarten, am Friedrichshain, unweit Königstor.

Vortragsfolge:

1. Fünf Lieder für Quartett
   a) Die Musik . . . . . Melodie 1572. Text Martin Luther
   b) Die Rose . . . . . Johann Görner
   c) Maienzeit . . . . . Richart v. Rauenthal (13. Jahrh.)
   d) Kum o kum . . . . . Adam de la Hale
   e) Gagliarda . . . . . Hans Leo Haßler (16. Jahrh.)
2. Tänze
   a) Gavotte . . . . . Max Reger
   b) Malayischer Fischer . . . . . Walter Niemann
   c) Chinesischer Tanz . . . . . Jaap Kool
3. Fünf Lieder für Quartett
   a) Da droben auf jenem Berge . Volkslied (15. Jahrh.)
   b) Rennchen lied . . . . . Böhmisches Volkslied
   c) Kindchen tanzt . . . . . C. Schmitt (Satz W. Hermann)
   d) Puppenwiegenlied . . . . . C. Reinicke (Satz W. Hermann)
   e) Schäferi flein . . . . . F. Parlow (Satz W. Hermann
4. Ansprachen: Frau Pels-Brüssel und Frau Stadtverordn. Todenhagen-Berlin
5. Tänze
   a) Grane . . . . . Gung
   b) Wiener Walzer . . . . . Joh. Strauß
   c) Parodie . . . . . Jos. Strauß
6. Fünf Lieder für Quartett
   a) Aus der Jugendzeit . . . . . Radecke
   b) Komm mein trautes Kindchen . Böhmisches Volkslied
   c) Wiegenlied . . . . . Brahms (Satz W. Hermann)
   d) Der Gutzgauch . . . . . Madrigal L. Lemlin (16. Jahrh.)
   e) Der Jäger aus Kurpfalz . . . Volkslied um 1750

Mitwirkende: Deutsches Vokalquartett, die Damen Dora Kautz (1. Sopr.), Marg. Habermann (2. Sopr.), Gertrud Peiper (1. Alt), Trude Schmidt-Annaberg (2. Alt), Oda v. Holten (Tanz).

Eintrittskarten zum Preise von 20 Pf. sind zu haben: Frauensekretariat, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Tr. (Zimmer 1). — Frau Sydow, Immanuelkirchstr. 12. — Frau Schulz, Hiddensöer Str. 13. — Zigarrengeschäft Seidler, Bellevue Straße 11. — Lokal Goldschmidt, Stolpische Str. 36 und an der Abendkasse.

Personalabbau des Berliner Magistrats.

Durch Reichsgesetz vom 4. August 1925 war die Einstellung des Personalabbaus festgesetzt worden. Eine Sparmaßnahme, deren Notwendigkeit von niemandem geleugnet, deren Anwendung aber nicht immer in einwandfreier Weise geschah und deshalb in weiten Kreisen große Beunruhigung hervorgerufen hatte, war damit zu Ende gegangen. Preußen hat daraufhin, am 8. August und der Magistrat am 19. August den Abbau eingestellt.

Wie ist nun Berlin den Anforderungen des Personalabbaugesetzes nachgekommen? Das wird in einer Veröffentlichung des Stadtrates Dr. Fölsche, der den Abbau im wesentlichen geleitet hat, dargetan. Danach waren am 1. Oktober 1923 insgesamt 38 409 Beamte und Angestellte vorhanden. Hierbei sind nicht gezählt die Lehrpersonen und Arbeiter, und nicht die nichtständigen Angestellten der Werke. Nach Abzug der „vorübergehend Beschäftigten" verblieben 37326 Personen. Von diesen sind bis zum 1. September 1925 insgesamt 11746 Beamte und Angestellte ausgeschieden. Demgegenüber sind während der Periode des Abbaus 1825 Personen neu eingestellt. Hierzu kommen einige hundert ehemaliger „Zeithilfen", die zu Festangestellten oder Beamten befördert wurden, so daß endgültig am 1. September 1925 ein Abgang von 9422, ein Bestand von 27 904 zu verzeichnen war. Es ist das eine Verminderung des ständigen Personals um 25,24 Proz. Damit ist der Magistrat von Berlin den Bestimmungen des Gesetzes in vollem Umfange nachgekommen. An dem Abbau sind im einzelnen beteiligt die „nicht ständig" Angestellten mit 6199, die Beamten mit 2820, die Festangestellten mit 1747. Auch 102 Wahlbeamte (Bürgermeister, Stadträte usw.) befinden sich unter den Abgebauten. Die nicht ständig Angestellten sind also, wie man aus den Zahlen ersieht, am stärksten betroffen worden. Hier ist in vielen Fällen mit rauher Hand eingegriffen Leuten gegenüber, die während der Kriegszeit oder nachher eingetreten waren, zu einer Zeit, wo die vielerlei Maßnahmen der Zwangswirtschaft erhöhte Leistungen von den Gemeinden forderten. Die Ersparnisse, die der Stadt durch den Abbau erwachsen, betragen jährlich 17 Millionen Mark, wenn man die Ausgaben an Gehältern vom 1. Dezember 1923 mit denen vergleicht, die am 1. Oktober 1925 für den gleichen Personalbestand hätten gemacht werden müssen. Freilich hat zunächst das Pensionskonto starke Belastung erfahren. Diese wird aber von Jahr zu Jahr geringer werden.

Dem „Reichsverband der deutschen Industrie" ging der Abbau noch lange nicht weit genug. Er fordert in einer Denkschrift eine Kürzung aller öffentlichen Ausgaben um 20 Proz. im Wege einer Verwaltungsreform. Reform im Sinne der Industriellen heißt Aufhebung der nach ihrer Meinung überflüssigen Gesetze (namentlich Sozialgesetzgebung, Wohnungswirtschaft usw.), Auflösung der betreffenden Behörden, also ein neuer Beamtenabbau.

Gegen diese vulgäre Art, Sparsamkeit im öffentlichen Haushalt zu betreiben, wendet sich der Oberbürgermeister Böß in seiner neuen Schrift „Wie helfen wir uns?" Er weist darauf hin, daß die Vermehrung des Beamtenkörpers in erster Linie eine notwendige Folge der Kriegs- und Inflationsentwicklung gewesen ist. Auf die Vorkriegsverhältnisse können wir nicht zurück. Viele auf die Gegenwart überkommene Aufgaben werden dem Staat oder der Gemeinde dauernd verbleiben. Man denke nur an die Erwerbslosenversicherung, Jugendpflege, Arbeitsnachweise, Wohnungsfürsorge und anderes mehr.

Der Berliner Oberbürgermeister macht einige Vorschläge, wie Kürzung von Pensionen im Einzelfalle, geringere Bezahlung der unverheirateten Beamten, erklärt aber selbst, daß das finanzielle Ergebnis solcher Mittel wahrscheinlich im umgekehrten Verhältnis zu dem dazu erforderlichen Aufwand stehen würde. Und wer soll im Einzelfall objektiv entscheiden? Wie käme der unverheiratete, aber tüchtige Beamte dazu, schlechter entlohnt zu werden als sein verheirateter, weniger geeigneter Kollege? Unzufriedenheit, Erbitterung, Arbeitsunlust wäre die Folge. Böß sieht eine erfolgreiche Sparpolitik nur in der Richtung des Sachabbaues; eine Verringerung der Aemter, nicht der Beamten — das letztere wenigstens nicht durch einen neuen Abbau nach dem gehabten Muster. In der Tat läßt sich — ohne daß die oben bezeichneten Aufgaben vernachlässigt werden brauchten — innerhalb des bureaukratischen Apparates noch mancherlei vereinfachen.

Also, keine neue Auflage des Personalabbaues. Es war in der Tat die höchste Zeit, daß mit dem Abbau Schluß gemacht wurde. Das Gesetz ist vielfach dazu benutzt worden, republikanisch „verdächtige" Beamte und Angestellte zu beseitigen. Im ganzen haben die auf Grund dieses Gesetzes vorgenommenen Maßnahmen große Erbitterung erzeugt. Eine weitere Verminderung von Beamten und Angestellten im Staats- und Gemeindedienst kann, soweit noch erforderlich, immer noch durch Tod, Pensionierung usw. erfolgen. Zu noch größeren Härten hat ja bekanntlich der Abbau der Arbeiter geführt, der in den meisten Fällen ohne jede oder doch nur gegen unzulängliche Abfindung geschah.

---

7. Bezirk — Charlottenburg.

Die gestrige außerordentliche Bezirksversammlung beschäftigte sich, als einziger Punkt der Tagesordnung, mit folgendem Antrag: „Um die Durchführung des Volksbegehrens für Fürstenenteignung reibungslos durchzuführen, beschließt die Bezirksversammlung, die Zahl der Einzeichnungslokale in jedem Bezirk um eines zu vermehren." Die ursprünglich eingerichteten 6 Lokale sind nicht ausreichend. In einzelnen Bezirken haben die Bewohner lange Wege zurückzulegen. Die Bewohner der Spheltstraße brauchen, um in ihr Einzeichnungslokal in der Joachimsthaler Straße zu gelangen, mindestens eine halbe Stunde, ebenso lange für den Rückweg, so daß für sie die Einzeichnung mit einer Stunde Zeitopfer verbunden ist. Noch ärger liegen die Verhältnisse in den Bezirken Jungfernheide und Plötzensee. Für die Bewohner dieser Stadtteile nimmt der Hin- und Rückweg zum Einzeichnungslokal mindestens 1½ Stunden Zeit in Anspruch. Im Charlottenburger Rathaus befindet sich das viel zu kleine Einzeichnungslokal im dritten Stock. (!) Erst nach längeren Verhandlungen ist es möglich gewesen, durchzusetzen, daß alte und gebrechliche Leute die Fahrstühle benutzen dürfen. In dem Einzeichnungslokal Danckelmannstraße werden die Legitimationsvorschriften für die Frauen schärfer gehandhabt wie bei der Polizei. Der leitende Beamte ist nicht zufrieden, wenn eine verheiratete Frau durch ihren Ehemann legitimiert wird, sondern er verlangt noch die Vorlegung einer besonderen schriftlichen Legitimation. Diese übertriebene Vorsicht sieht beinahe wie Sabotage aus. Der Bürgermeister teilte mit, daß an ihn bisher keine Beschwerden gelangt sind, er könne nur sagen, daß sich bisher die Einzeichnungen ohne Schwierigkeiten abgewickelt hätten. Die Stärke der Beteiligung an den einzelnen Tagen zeigt folgende Zahlen: am 4. März 1500, am 5. März 2250, am 6. März 2200, am 7. März 9250, am 8. März 6200, am 9. März 6400, am 10. März 6000. Daraus ergibt sich, daß in den ersten sieben Tagen 33 800 Einzeichnungen erfolgt sind. In der ziemlich ausgedehnten Debatte beschränkte sich die sehr schwach vertretene Fraktion der Bürgerlichen auf die Erklärung, daß sie kein Interesse für den Antrag habe. Die Herren sind überzeugt, das Bezirksamt werde alles tun, was zu einer glatten Abwicklung des Volksbegehrens beitragen könne. Trotzdem beantragten sie namentliche Abstimmung über den Antrag. 35 Mitglieder aus den Fraktionen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten stimmten mit Ja, 19 Mitglieder mit Nein, darunter 2 Mitglieder der Zentrumspartei, die bei dieser Abstimmung der Fraktion der Mitte, der sie angehören, untreu wurden.

10. Bezirk — Zehlendorf.

Nach Eröffnung der Sitzung wurden die drei neugewählten unbesoldeten Stadträte Holz (SPD.), Dr. Soetbeer (D. Vp.), Hoge (Dnat.) eingeführt und verpflichtet. Die Versammlung beschäftigte sich dann weiter mit einer Vorlage des Bezirksamtes über Siedlungsbauten auf Dahlemer Gelände. Die Versammlung stimmte der Vorlage nur zum Teil zu, weil man die Kleingärtner, die jetzt dort sitzen, nicht verdrängen dürfe. Ein Antrag der Demokraten, beim „Zehlendorfer Anzeiger" objektive Berichte zu erwirken, ist durch persönliche Rücksprache mit der Schriftleitung im zusagenden Sinn erledigt worden. Genosse Draemert erkundigte sich nach der Parteirichtung des „Zehlendorfer Anzeiger". Als Antwort erhielt er: neutral. Von der Neutralität dieses Blattes haben die Sozialdemokraten noch nichts gemerkt. Genosse Flörke begründete sodann einen Antrag der Fraktion über die unerhört teure Strombelieferung Wannsees durch Potsdam. Die

Wannseer Einwohner wollen nicht schlechter gestellt sein als die anderen Einwohner des Bezirks. Während in Zehlendorf die Kilowattstunde 18—19 Pf. kostet, müssen die Wannseer an Potsdam 50 Pf. für die Kilowattstunde bezahlen. Das ist eine große Ungerechtigkeit. Das Bezirksamt muß mit allen nur möglichen Mitteln eingreifen, um es zu ermöglichen, Wannsee nach Berlin anzuschließen, oder Potsdam von diesem unerhörten 50-Pfennig-Preis abzubringen. Bürgermeister Dr. Schuhmacher erklärte, daß wohl kaum helfend eingegriffen werden könne, weil ein Vertrag vorliegt, der bis 1952 besteht. Es wurde ein Ausschuß eingesetzt, der im Sinne der Antragsteller die Angelegenheit verfolgen soll. — Durch Anfrage von Flörke und Genossen (SPD.) wurde die Kündigung der Straßenarbeiter durch das Bezirksamt Zehlendorf von den Antragstellern scharf gegeißelt. Das Bezirksamt erklärte, daß es sich nur um eine Scheinkündigung gehandelt habe, um die ausgegangenen Mittel für Straßenreinigung neu hineinzubekommen. Die Antragsteller empfahlen, daß in Zukunft dann die Gehälter der obersten und oberen Beamten erst mal zu diesem Zweck herangezogen werden sollten. Es wurde dann die Wahl eines Verkehrsausschusses vorgenommen, der sich mit den sehr schlechten Verkehrsverhältnissen des 10. Bezirks beschäftigen soll. Ueber die Anfrage von Flörke und Gen. wegen der Unterschlagungen bei der Ortskrankenkasse in Wannsee entspann sich eine lange Debatte. Gen. Flörke begründete die Anfrage und erkundigte sich, wie es möglich war, daß das Bezirksamt durch den „Zehlend. Anzeiger" Mitteilungen verbreiten ließ, die nicht stichhaltig waren, z. B. daß die Unterschlagungssumme übertrieben sei, trotzdem sich nachträglich herausgestellt hat, daß nicht 25 000 M. sondern 34 000 M. unterschlagen sind. Ferner ist behauptet worden, daß der Kassenbeamte nicht Führer einer politischen Partei sei, trotzdem dem Leiter des Bezirksamtes Dr. Schuhmacher bekannt sein mußte, daß der Krankenkassenbeamte derselben Partei angehörte wie er selber, nämlich der deutschnationalen. Der Zweck der Mitteilungen des Bezirksamtes ist ersichtlich: die Deutschnationale Partei sollte geschont werden. Bürgermeister Dr. Schuhmacher verteidigte seine Mitteilungen an den „Zehlendorfer Anzeiger". Er habe nicht gewußt, daß der Beamte irgendwie politisch tätig gewesen sei. Genosse Dr. Draemert antwortete dem Vorredner treffend und fragte ihn, woher er denn jetzt wisse, daß der betreffende Beamte doch führendes Mitglied der Deutschnationalen Partei war. Zwischenruf von Dr. Schuhmacher: „Ich habe inzwischen die Listen der Parteien zur Bezirksversammlung eingesehen." Darauf Dr. Draemert: „Also, Herr Dr. Schuhmacher, stimmt doch alles, was mein Freund Flörke behauptet hat, nur ist es Ihnen unangenehm, daß es sich um ein prominentes Mitglied Ihrer Partei handelt. Hätten Sie genau so gehandelt, wenn es sich um ein Mitglied der Sozialdemokratie gehandelt hätte?" Die Deutschnationale Partei schwieg sich bei dieser ihr so heiklen Debatte aus.

12. Bezirk — Steglitz.

In der letzten Bezirksversammlung gingen die Redewogen wieder recht hoch. Praktische Arbeit wurde aber dank der kommunistischen Schwätzer herzlich wenig geleistet. Schon nach dem 12. von 17 Punkten der Tagesordnung mußte die Sitzung wegen vorgerückter Zeit vertagt werden. Soll das immer so bleiben? — Zu Beginn der Sitzung wurden die unbesoldeten Stadträte, u. a. auch unsere Genossen Hermes und Leimbach, vom Bürgermeister verpflichtet. Danach fand die Wahl des besoldeten Bezirksamtsmitgliedes statt. Diese fiel gegen den deutschnationalen Kobert auf unseren Genossen Magistratsrat Feroster mit 27 gegen 17 Stimmen. Hierzu ist nur zu bemerken, daß uns diese Stelle gerechterweise zustand, da die anderen Besoldeten 2 Deutschnationale und 2 Volksparteiler sind. Durch Abbau waren seinerzeit die beiden Stadträte der Linken, Genosse Aßmann und ein Demokrat, entfernt worden. Ein Antrag, den Lichterfelder Schloßpark zu öffnen, wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Das Bezirksamt wird Mittel finden müssen, um die botanischen Werte, die in diesem Urwald stecken, wirksam gegen Unberufene zu schützen. Die Bevölkerung selbst aber wird ebenfalls scharf darauf achten müssen, daß nicht unersetzliche Werte verloren gehen, denn dort finden sich noch Gewächse wild vor, die sonst in unserer Gegend nicht mehr zu finden sind. Man kann also verstehen, daß das Bezirksamt gegen die Oeffnung Bedenken hegte. Das Katasteramt sollte aus Lichterfelde verlegt werden. Die Deutschnationalen setzten sich stark dafür ein, daß es im Interesse der Hausbesitzer auch dort verbliebe. Dabei führten sie aber als Hauptgrund an, daß der Direktor des Katasteramts seine Privatwohnung in Lichterfelde habe und man ihm den weiten Weg nach Schöneberg nicht zumuten könne. Man wundert sich, mit welch kindlichen Mitteln die Vertreter dieser Partei zu operieren pflegen, wenn sie ihre Geldinteressen decken wollen. Ueber den Antrag bezüglich der Fürstenenteignung wurde zur Tagesordnung übergegangen. Die Volksparteiler unter ihrem Führer Schwarz wandten sich erst gegen den Antrag auf Uebergang zu Tagesordnung und stimmten nachher dafür. Man ist von diesen Herrschaften nichts anderes als Schwanken gewöhnt. Der Verteilung von 22 000 Schreibheften an Kinder bedürftiger Eltern wurde zugestimmt. Vom Genossen Diehr wurde bei dieser Gelegenheit betont, daß die Anschaffungsgesellschaft noch viele hunderttausend Schreibhefte zu 2 Pf. das Stück vorrätig hat und das Bezirksamt auffordert, diese zu kaufen. Ein Antrag auf Ausweisung von Dauerkleingärten und Errichtung einer Haushaltungsschule wurde je einem Ausschuß überwiesen. Besonders der letztere Antrag öffnete die Schleusen der Beredsamkeit in großem Umfange. Das für die Haushaltungsschule vorgesehene Gebäude sollte nach einem früheren Beschluß auf unseren Antrag als Obdach für Ermittlerte ausgebaut werden. Nun sollte dieser Beschluß umgestoßen und das Gebäude dem Hausfrauenverein zur Gründung einer Haushaltungsschule zur Verfügung gestellt werden. So sehr man auch die Notwendigkeit dieser Berufsschule für den Bezirk anerkennen mag, so muß doch die Sorge für die Ermittierten stets an erster Stelle stehen. Es wurde deshalb einem Antrage zugestimmt, für diese eine heizbare Baracke beim Magistrat anzufordern. Zum Schluß wurde der Antrag, die Einzeichnungslokale von 4 auf 11 zu erhöhen, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

Oeffentliche Frauenkundgebungen

für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten

heute, Freitag, den 12. März:

Prenzlauer Berg: abends 7½ Uhr in den Prachtsälen am Märchenbrunnen, früher Schweizergarten, unweit des Königstors. Rednerin: Stadtverordnete Minna Todenhagen, Frau Pels-Brüssel. — Gesang, Tanz.

Friedrichshain: abends 7½ Uhr in Schmidts Festsälen, Fruchtstraße 36a. Rednerin: Regierungsrätin Hedwig Wachenheim, Irene Kirpal-Tschechoslowakei. — Rezitationen und Volkstänze der Jugend.

Tiergarten: abends 7½ Uhr im Artushof, Perleberger Straße 20. Rednerin: Clara Bohm-Schuch, M. d. R., und Frau Titanus-Amsterdam. — Chorgesang — Rezitationen — Lieder zur Laute.

Nieder- und Oberschöneweide: abends 7½ Uhr in der Aula Berliner Straße 31 in Niederschöneweide. Rednerin: Marie Juchacz, M. d. R., und Frau Floßmann-Wien. — Musik — Rezitationen — Gesang.

Weißensee: abends 7½ Uhr in den Borussia-Festsälen, Berliner Allee. Rednerin: Mathilde Wurm, M. d. R. — Rezitationen — Musikalische Darbietungen der Jugend.

20. Bezirk — Reinickendorf.

In der Sitzung der Bezirksversammlung vom 24. Februar 1926 wurden die neu gewählten unbesoldeten Stadträte in ihr Amt eingeführt. Den größten Teil der Sitzung beanspruchte die Behandlung einer Serie von kommunistischen Anträgen. So wurde von den Kommunisten die Entfernung der Schupo aus den Erwerbslosenstellen verlangt. Unser Redner wies darauf hin, daß es bedauerlich sei, mit Hilfe der Schupo dort die Ordnung aufrecht erhalten zu müssen, daß diese Maßnahme aber notwendig geworden sei wegen der mehrfachen tätlichen Angriffe gegen die Beamten und Angestellten. Bei dem Antrage über die Einsetzung eines Ausschusses über die Auslegung der Geschäftsordnung fielen die Kommunisten in wüsten Worten über den Vorsteher der Bezirksversammlung, unseren Genossen Rotzoll, her, der sich energisch, unter Zustimmung der übrigen Mitglieder der Bezirksversammlung, gegen die unberechtigten Angriffe verteidigte. Anträge der Kommunisten, betreffend Bewilligung von Mitteln für die Erwerbslosen, konnten nicht angenommen werden, da die Mittel hierfür nicht vorhanden sind. Unsere Genossen wiesen die Kommunisten darauf hin, daß gerade sie durch Ablehnung des Etats einen großen Teil der Schuld daran tragen. In der Bezirksversammlung vom 3. März wurden die Satzungen für die Wohlfahrtspflege im Bezirk angenommen und die Mitglieder der Wohlfahrtsdeputation und des Jugendausschusses gewählt. Zur Herstellung einer Badegelegenheit in Lübars hatte die bürgerliche Fraktion die Bereitstellung von 75 000 M. beantragt. Da die Einwohnerschaft an der Nordbahn keine Badegelegenheit hat, beantragte unsere Fraktion eine Erhöhung auf 130 000 M., was auch beschlossen wurde. Ein Antrag der KPD., die bei den Straßenumbauten gefällten Bäume den Erwerbslosen kostenlos zu überlassen, wurde abgelehnt, dafür aber der Ergänzungsantrag unserer Fraktion angenommen, der besagt, daß die gefällten Bäume durch das Wohlfahrtsamt an Minderbemittelte unentgeltlich abgegeben werden sollen. Der kommunistische Antrag, dem Verein der Freidenker für Feuerbestattung Schulaulen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, mußte leider abgelehnt werden, weil das nach den Richtlinien des Magistrats nicht zulässig ist; ein anderer Antrag, der zur Errichtung eines Bootshauses am Tegeler See für die Arbeiter-Ruder- und -Segelvereine 50 000 M. beim Magistrat Berlin anfordert, wurde der Finanzdeputation überwiesen. Nach Wahl durch das Bezirksamt und Vernehmung der Bezirksversammlung ist unser Genosse Bezirksverordneter Lehrer Meiser als Stadtjugendpfleger im hiesigen Bezirksamt angestellt worden.

Der Abbau der privaten Vorschulen.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, haben sich die Vertreter der Unterrichtsverwaltungen der Länder über den durch § 2 des Grundschulgesetzes vom 28. April 1920 reichsgesetzlich vorgeschriebenen Abbau der privaten Vorschulen und Vorschulklassen verständigt und hierüber Richtlinien vereinbart, die der preußische Unterrichtsminister nach Anhörung des Staatsrats bekanntgibt. Aus ihnen ist hervorzuheben, daß Ostern 1926 zum letztenmal in die dann noch bestehenden privaten Schulen Schulneulinge aufgenommen werden dürfen, und daß von Ostern 1927 ab der Abbau, und zwar grundsätzlich stufenweise derart durchgeführt werden muß, daß er der gesetzlichen Vorschrift gemäß zu Ostern 1929 überall durchgeführt ist.

Die ärztlichen Einschulungsuntersuchungen an den städtischen Schulen haben bereits vor einigen Wochen begonnen. Eine größere Anzahl der Schulärzte wird diese Untersuchungen vor dem Beginn der Osterferien abgeschlossen haben. Viele Schulärzte werden aber noch in den ersten Wochen des neuen Schuljahres die Schulanfänger einer Gesundheitsschau unterziehen müssen. Dies ist verständlich; kommen doch für das neue Schuljahr außerordentlich viele Kinder zur Einschulung, da ja bekanntlich vor sechs Jahren die Geburtenziffer vorübergehend eine außerordentlich stattliche Höhe erreichte. In den nächsten Jahren dagegen wird nur ein Bruchteil der Zahl der Kinder, die jetzt zur Einschulung gelangen, in die Schulen neu aufgenommen werden.

„Die dringendsten kommunalmedizinischen Aufgaben Berlins" lautet das Thema eines Vortrages, den Stadtarzt, Genosse Dr. Alfred Korach, in der Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Aerzte am Freitag, den 12. März, abends 8 Uhr, im Vortragssaal des Hauptgesundheitsamtes der Stadt Berlin, Fischerstraße 39/42 (am Molkenmarkt), hält. Parteigenossen, auch Nichtärzte, sind als Gäste willkommen!

Maßnahmen für die jugendlichen Erwerbslosen. Auf Grund der Beschlüsse der städtischen Körperschaften sind für die jugendlichen Erwerbslosen im Alter von 14 bis 18 Jahren besondere Maßnahmen ergriffen worden. In Spandau findet eine allgemeine Mittagsspeisung statt, für die vom Arbeitsamt die Speisemarken ausgegeben werden. Außerdem ist im Rathause eine Lesestube für die erwerbslose Jugend eingerichtet, die von ½9 Uhr bis ½4 Uhr (Sonnabends bis ½1 Uhr) geöffnet ist; außer Tageszeitungen, Zeitschriften und Büchern stehen Geduld- und Unterhaltungsspiele zur Verfügung. Für die einmalige Benutzung des Hallenschwimmbades in jeder Woche erhalten die Jugendlichen eine Freikarte an einem bestimmten Wochentage. Außerdem sind noch weitere Veranstaltungen in Aussicht genommen.

Oeffentliche Verkehrsunfälle. Im letzten Vierteljahr des Jahres 1925 hat die Zahl der Unfälle auf den Berliner Straßen einen neuen Rekord erreicht. Das Kraftverkehrsamt berichtet über 3259 Unfälle gegen 3036 im vorhergehenden Vierteljahr. Ein billiger Trost, daß in der gleichen Zeit die Zahl der zugelassenen Kraftwagen um 859 gestiegen ist, so daß die Zunahme der Unfälle sich auf entsprechend mehr Fahrzeuge verteilt. Also: je mehr Wagen im Verkehr, desto mehr Zusammenstöße. Schöne Aussichten für die Zukunft. Außer den 36 Todesopfern 1339 Verletzte, darunter wieder 122 Kinder unter 14 Jahren. An der Spitze der stattgefundenen Zusammenstöße stehen wieder die Privatpersonenkraftwagen, die in 1146 Fällen an solchen beteiligt waren. Diesen folgen die Kraftdroschken mit 1047 Fällen. Dagegen stehen diesmal die Straßenbahnen mit 509 Fällen (39 weniger als im dritten Vierteljahr) an vorletzter Stelle. Den Schluß bilden die ja auch an Zahl am geringsten Kraftomnibusse mit 125. — Auf diesem Gebiete nähern wir uns leider mit Riesenschritten amerikanischen Verhältnissen.

Ein Heiterer Abend für die Erwerbslosen fand in der überfüllten Aula der 1. Gemeindeschule in Niederschöneweide auf Veranlassung des Jugendamtes Treptow statt. Schüler der Hochschule für Musik in Charlottenburg stellten den musikalischen Teil des Abends, während der bekannte Rezitator Hasemann, Treptow durch Lieder zur Laute und Rezitationen die heitere Seite der Veranstaltung bestritt. Der stürmische Beifall der Zuhörer, der mehrfach die Künstler zu Wiederholungen zwang, bewies, daß das Gebotene die vollste Zufriedenheit aller Anwesenden gefunden hat.

Fay's echte Sodener Pastillen gegen Husten, Heiserkeit, Verschleimung

Regenschirm 5.90 Halbseide, moderne Topform, mit kleinen Schönheitsfehlern.

Billiger Freitag und Sonnabend bei JANDORF

Lack-Spangen od. Schnürschuhe 8.90 moderne spitze Form, amerik. Absatz

Trotteur Tagalpiquekopf, mit Ripsrand, flott garniert 5.90

Uebergangshut kleidsame Form 8.75

Kleiderstoffe

Zephir für Sport- od. Oberhemden, hübsche Streifen, Meter 0.68

Musseline imit., entzückende Muster Mtr. 0.85

Schotten für Kinderkleider, gute Strapazier-Qualität Mtr. 0.95

Kleiderschotten doppeltbreit, sehr hübsche Farbstellungen . . . Meter 1.45

Baumwollwaren

Rohnessel ca. 80 cm breit, kräftige Qualität, Meter 0.48

Hemdentuch ca. 80 cm br., gute Qual. Mtr. 0.58

Mako-Imit. vorzügliche Qualität, f. Leibwäsche Mtr. 0.78

Louisiana für Leib- oder Bettwäsche, Meter 0.85

Strumpfwaren

Damenstrümpfe feinfädig, gut verstärkt, farbig und schwarz . . . 0.75

Damenstrümpfe gute Mako-Qualität, farbig und schwarz 1.25

Damenstrümpfe prima Seidenflor m. Doppelsohle und Hochferse . . . 1.65

Kinderstrümpfe haltbare Qualität, farbig und schwarz, Größe 1 0.45 (Jede weitere Größe 0.10 mehr)

Herren-Socken grau meliert, Ferse und Spitze verstärkt, gute Qual. 0.48

Herren-Socken Seidenflor, Jacquardmust. 0.75

Schweißsocken für Herren, weiche Qualität 0.68

Herrenartikel

Oberhemden ungewaschen weiß mit Pikee-Einsatz u. -Umschlagmanschetten . . 4.90

Nachthemden aus feinem Wäschestoff mit farbigem Besatz u. Tasche 4.50

Oberhemden farbig durchgehend Zephir, mit 2 Kragen und Umschlagmanschetten . . 6.90

Herren-Hüte modernste Formen u. Farben 3.90

Berufskleidung

Gummimantel Köper mit od. ohne Gürtel 11.50

Büro-Joppe gut. Waschstoff, Sportform 6.50

Arbeitshose gestreift, mit Gesäßtasche 5.95

Pilot- od. Zwirnhose, feste Qualität . . 4.75

Jugendlicher Hut mit Tagalpiquekopf, feine Bandgarnitur 7.90

Flotter Hut Florina mit Blumengarnierung 10.75

29.50 Berufrankleid Die große Neuheit, Jumperform, reinwoll. Kashastoff, in wundervollen Farben

Taschentücher für Damen, mit Buchstaben 18 Pf.

25.50 Feines Jumperkleid entzückende Fasson, modernste Garnierung, in herrlichen Pastellfarben

Damen-Schürze Wiener- oder Jumperform, gemustert 95 Pf.

Belle-Alliance-Str. ♦ Gr. Frankfurter Str. ♦ Brunnenstr. ♦ Kottbusser Damm ♦ Wilmersdorfer Str.

Rechtssturm gegen Külz.

Völkische Provokation. – Külz antwortet. – Die Deutschnationalen lärmen und stellen den Mißtrauensantrag.

Der Reichstag setzte gestern die zweite Beratung des Haushalts des Innern fort.

Abg. Dr. **Schreiber** (Ztr.) stimmt der vom Abg. Sollmann vorgetragenen Auffassung zu, daß die deutsche Republik eine soziale Republik sein müsse. Die Aussöhnung mit dem Proletariat sei nicht nur eine Frage der Sozialpolitik, es gehöre dazu eine Entwicklung, die das Proletariat als gleichberechtigten Faktor im Staatsleben anerkenne. Es sei zu bedauern, daß auf den Hochschulen noch so wenig Kinder des Proletariats zu finden wären. Der Föderalismus habe seine nationale und kulturelle Berechtigung. Die Verfassung von Weimar habe sich ehrlich bemüht, den Geist des deutschen Volkslebens zu spiegeln. Aber möge sie auch in manchen Punkten entwicklungsfähig sein, so lehne das Zentrum im gegenwärtigen Augenblick, wo wir zwei Millionen Arbeitslose haben, jeden wesentlichen Eingriff in die Weimarer Verfassung ab. Weite Kreise des Volkes würden jetzt fragen: Warum hat man den Gedanken der Stärkung des politischen Einflusses des Reichspräsidenten nicht schon zu Lebzeiten des ersten Reichspräsidenten geäußert? In Deutschland ist für Faschismus und für Diktatur kein Raum!

Abg. Dr. **Göh** (Dem.) weist die Anhänger eines übertriebenen Föderalismus darauf hin, daß dem Staat eine Menge Aufgaben übertragen worden seien, die ihm nicht mehr genommen werden könnten. Von den höheren Beamten müsse man verlangen, daß sie sich jetzt endlich dem heutigen Staat loyal zur Verfügung stellen, wie es die mittleren und unteren Beamten schon meist tun. Sie sollten doch auch nicht vergessen, welchen Gesinnungsdruck der alte Staat auf sie ausgeübt habe. Davon könne doch heute keine Rede mehr sein. Zu wünschen wäre, daß die Examensschranken zwischen den Hochschulen der einzelnen Länder beseitigt werden. Auch auf dem Gebiete des kulturellen Lebens müsse der Zentralismus wachsen, für die Förderung von Wissenschaft und Kunst sollte das Reich größere Mittel zur Verfügung stellen.

Abg. **Leicht** (Bay. Vp.) weist darauf hin, daß seine Partei auf dem Standpunkt des Föderalismus steht. Das Reich dürfe nicht auf diktatorischem Wege gegen die Länder vorgehen, sondern Differenzen durch Verständigung beseitigen. Das eigenstaatliche Leben der Länder dürfe nicht beseitigt werden. Die von der Sozialdemokratie geförderten Tendenzen, die zur Schaffung des deutschen Einheitsstaates führen sollen, weise Bayern zurück. Die Abgrenzung der Aufgaben zwischen Reich und Ländern erfordere, daß man ihnen beim Finanzausgleich die erforderlichen Mittel zur Verfügung stelle. Eine Hauptaufgabe der Länder sei die Pflege der Kultur, die sich nur auf der Grundlage der christlichen Sittenlehre entwickeln könne. Von dieser Grundlage aus müsse man alle Uebertreibungen des Sports und der Körperpflege zurückweisen. Sechstagerennen und Nacktkultur hätten mit Körperpflege nichts mehr zu tun. Gegen die sittliche Verwilderung der Jugend und der Familie müsse man auch positive Maßnahmen ergreifen. Eine schärfere Bekämpfung des Alkoholismus sei notwendig, die Trockenlegung Deutschlands dagegen abzulehnen. Eine Verschlechterung des Wahlrechts unter Anwendung des Artikel 48 müsse abgelehnt werden, was aber das Wahlalter betreffe, so stehe der Redner auf dem Standpunkt, daß eine gewisse Reife für die politische Betätigung notwendig sei. Die Vereinfachung der Verwaltung werde daran scheitern, daß die einzelnen Ressorts die Verantwortung sich gegenseitig zuschieben. **Die Partei des Redners lehne jede gewaltsame Verfassungsänderung ab, sie werde aber alle Anträge auf gesetzliche Aenderung der Verfassung unvoreingenommen prüfen.**

Ein Zwischenfall.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es zu einem stürmischen Zwischenfall. Der Völkische **Kube** hielt eine äußerst provokatorische Rede, in deren Verlauf er die Sozialdemokraten als Barmat-Jünger bezeichnete und das Berliner Polizeipräsidium der Bilderfälschung bezichtigte, was ihm Vizepräsident **Bell** untersagt. Abg. **Kube** fuhr darauf fort:

Ich lasse mich in meiner Kritik weder durch das Geschrei der Synagoge noch durch andere Maßnahmen beschränken. Sie (zu den Sozialdemokraten) treiben nur Futterkrippenpolitik. Was braucht z. B. die deutsche Republik einen Gesandten in Darmstadt, den sozialdemokratischen Abgeordneten David? Wir stehen auf dem Boden des christlichen Staates. (Großer Lärm und Zurufe links.) **Mit Juden unterhalte ich mich nicht.**

Vizepräsident Dr. **Bell** ersuchte darauf den Völkischen Kube, die Debatte nicht unnötig zu verschärfen. Der Redner beschäftigte sich im weiteren Verlauf seiner Rede mit dem Problem der deutschen Minderheiten. Schon vorher aber verlas er eine Kaisergeburtstagsrede, die Innenminister Külz während des Krieges gehalten hat und die später in Druck erschienen ist, bezeichnete sie als byzantinische Tiraden und sagte:

Ein Mann, der seinen Gefühlsüberschwang so der Nachwelt erhalten hat, verlangt heute von den Beamten, daß sie nur republikanisch fühlen. Er kann sich deshalb nicht wundern, wenn die Kritik über die Gesinnungsschnüffelei, die doch gewissermaßen im Ausschuß in den sieben Grundsätzen festgelegt worden ist, etwas scharf zum Ausdruck kommt.

Das veranlaßte

Innenminister Külz

zu folgender Erwiderung: So verschieden früher rechts und links die Auffassungen gewesen sind, so sehr zeigte sich in dieser Aussprache eine wesentliche Annäherung der extremen Auffassungen nach der Mitte hin. Eine Ausnahme hat der Abg. Kube gemacht. Er hat den Geschmack gehabt, eine frühere Rede von mir vorzulesen. Seine Absicht war, meine Staatsgesinnung und meine derzeitige republikanische Gesinnung (Lebhafte Zurufe: Derzeitige! — Große Heiterkeit) herabzusetzen. Ich habe schon im Hauptausschuß erklärt, daß ich meine frühere monarchistische Gesinnung niemals verleugnet habe und n ich ihrer nicht schäme. Ich habe dem Kaiser ziemlich nahe gestanden. **Aber, wenn ein Kaiser, der von Millionen von Deutschen verlangt hat, daß sie ihr Leben einsetzen sollen für die Monarchie, in dem Augenblick, wo die Geschichte erstmalig von ihm selbst ein Einsetzen für den monarchischen Gedanken verlangt, nach Holland fährt, so ist das Band innerlich zerrissen.** Das Grab der Monarchie wird von der Geschichte nicht auf deutschem Boden, sondern auf dem Wege nach Holland gesucht werden. Ich könnte mir denken, daß der monarchische Gedanke eine Wiedergeburt erfahren hätte, wenn der Monarch gehandelt hätte etwa wie Friedrich der Große, der bei Torgau vom Morgen bis zum Abend, mit Blut und Dreck bespritzt, mit seinen Grenadieren kämpfte und dadurch die Monarchie rettete. **Für mich liegt die Monarchie auf der Totenbahre. Man kann Toten, wenn man Anlaß dazu hat, ein verehrungswürdiges Gedenken bewahren, aber die Arbeit gehört den Lebenden.** Und leben geblieben ist das deutsche Volk und der deutsche Staat. Sachlich teilt der Minister mit, daß er Schulgesetz und Wahlgesetz einbringen werde, wenn er die politischen und parlamentarischen Möglichkeiten erkannt haben werde. Ueber die Möglichkeit, mit Hilfe des Artikel 48 das Wahlgesetz herauszubringen, sei im Kabinett niemals gesprochen worden. Die Rede des Abgeordneten v. Kardorff sei wenig koalitionsfreundlich gewesen.

Ausmarsch der Deutschnationalen.

Als Minister Külz während seiner Rede auf Wilhelms Flucht nach Holland hinwies, setzt auf der Rechten ungeheurer Lärm ein, worauf die Linke mit stürmischem Beifall und Händeklatschen antwortet. Rechts ertönen dauernde Pfuirufe, der Minister spricht weiter, aber seine Worte gehen in dem allgemeinen Tumult verloren. Der Minister erklärt der Rechten, er könne es nicht verstehen, wie sie sich einem Manne verbunden fühlen könne, der in der entscheidenden Stunde geflohen sei. **Darauf verläßt die Rechte unter ungeheurem Tumult und unter stürmischen Rufen der Linken: „Auf nach Holland!" den Sitzungssaal.**

Deutschnationaler Mißtrauensantrag.

Als der Minister unter dem Beifall der Mitte und der Linken seine Rede beendet hat, gibt der Führer der deutschnationalen Fraktion, Graf **Westarp**, folgende Erklärung ab: Die Auffassung, die der Minister als seine derzeitige republikanische Auffassung (Zurufe rechts: Sehr gut!) hier vorgetragen hat, nötigt uns, folgenden Antrag einzubringen: **Der Reichsminister des Innern besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags.** (Lebhafter Beifall rechts.)

Darauf werden die Beratungen abgebrochen, das Haus vertagt sich.

Freitag 1 Uhr Weiterberatung.

Schluß ¾5 Uhr.

Staatsmonopol oder private Aufklärung?

Die Frage der Roggenpreisbeeinflussung.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags beschäftigte sich in der Sitzung am 11. d. M. mit der Frage, **ob einer Gesellschaft, die auf dem Getreidemarkt durch Aufkäufe die Preislage des Roggens beeinflussen will, aus den Ueberschüssen der Reichsgetreidestelle 30 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden sollen.** Die Mehrheitsparteien hatten sich geeinigt, diesem Projekt zuzustimmen. Die Gesellschaft soll von den Organisationen der Landwirtschaft, der Düngemittelfabrikation und der Maschinenindustrie gebildet werden, der dann der staatliche Zuschuß überwiesen werden soll.

In der Beratung wurden von dem Genossen **Schmidt**-Berlin zunächst grundsätzliche Einwendungen gegen den Antrag erhoben. Wenn ein solcher nicht unerheblicher Kredit von der Regierung zur Verfügung gestellt werde, müsse man auch die Bedingungen kennen, die für die Hingabe des Kredits zu vereinbaren sind. Diese Bedingungen dürfen nicht einseitig nur von der Regierung festgelegt werden, sondern es muß auch der Reichstag einen mitbestimmenden Einfluß haben. Die Regierung habe zwar in einigen allgemeinen Darlegungen ihren Standpunkt über die Bedingungen zur Kenntnis gegeben, aber die Anforderungen, die hier gestellt werden, sind vollständig ungenügend. So habe nach der Erklärung der Regierung der Reichskommissar, der mit der Ueberwachung der Gesellschaft beauftragt werden soll, nicht die Befugnis, gegen Maßnahmen einzuschreiten, die in ihrer Wirkung dazu führen können, die Preise über das zulässige Maß hinaus zu erheben. Ferner fehle ein Mitbestimmungsrecht der Konsumentenkreise. Ein Ausscheiden dieser Kreise auch in der Preisfestsetzung und in dem ganzen Gebaren der Gesellschaft sei mit aller Entschiedenheit abzuweisen. Was die Durchführung des Projekts anbetrifft, so habe die sozialdemokratische Partei erhebliche Bedenken. Ein Roggenüberschuß, wie wir ihn in diesem Jahre gehabt haben, würde voraussetzen, daß die Gesellschaft eine so erhebliche Menge Getreide aufkaufen muß, die ihre finanziellen Kräfte übersteigt. Dazu kommt der starke Einfluß des Weltmarktes auf die Getreidepreise. Unter dieser Voraussetzung gewinnt das ganze Unternehmen den Eindruck einer gewagten Spekulation auf dem Getreidemarkt, für deren Mißlingen die Aussichten größer sind als für ein befriedigendes Ergebnis. Wenn aber der Ausschuß dem Antrag zustimmt, dann beantragen die sozialdemokratischen Mitglieder folgende Ergänzung:

„Die Bedingungen, unter denen die Hingabe des Kredits erfolgt, sind von der Reichsregierung dem Reichstag vorzulegen und bedürfen der Zustimmung des Reichstages.

Mindestens vierteljährlich einmal ist dem Reichstagsausschuß schriftlich und mündlich vom Reichskommissar Bericht zu erstatten über das Geschäftsgebaren der Gesellschaft."

Grundsätzlich stehe die Sozialdemokratische Partei auf dem Standpunkt, daß, wenn auf diesem Gebiete eine erfolgversprechende Maßnahme unternommen werden soll, es keinen anderen Weg gebe, als zu einem Außenhandelsmonopol zu gelangen. Man habe deshalb dem Ausschuß einen Antrag unterbreitet, der Richtlinien für eine solche Gesetzesmaterie aufstellt. Aus diesem Antrag geben wir folgende grundlegende Bestimmungen wieder:

Abwehrmaßnahmen gegen Preisschwankungen.

Eine Stabilisierung der Getreidepreise ist nur möglich, wenn den sämtlichen Ursachen der gegenwärtigen Schwankungen mit ausreichenden Mitteln entgegengetreten wird. Die eingehende Erörterung im Unterausschuß hat ergeben, daß eine Stabilisierung der Getreidepreise weder dauernd noch zeitweise durch den bloßen Aufkauf von Getreidemengen im Inland erreicht werden kann.

Das Kernstück der Stabilisierungsmaßnahmen muß eine Beherrschung und planvolle Gestaltung des Außenhandels mit Getreide sein, wie sie nur durch ein staatliches Monopol verwirklicht werden kann. Für die zu schaffende Monopolverwaltung sind die in der Reichsgetreidestelle gewonnenen sachlichen und persönlichen Erfahrungen nutzbar zu machen. Ferner sind dieser Monopolverwaltung aus den Ueberschüssen der Reichsgetreidegesellschaft entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen.

Richtlinien für die Preisgestaltung.

Auch eine mit den äußersten Machtmitteln ausgestattete Monopolverwaltung kann keine starre Fixierung der Preise, sondern nur eine Beseitigung der übermäßigen Preisschwankungen erreichen. Es soll daher eine Eindämmung der Preisschwankungen zwischen einer Obergrenze und einer Untergrenze versucht werden. Der Abstand zwischen diesen Grenzen, der zunächst reichlicher zu bemessen ist, soll dann später verkleinert werden in dem Maße, wie die fortschreitenden Erfahrungen mit der Preisstabilisierung eine sichere Grundlage dafür bieten.

Ferner muß nach Ablauf einiger Jahre eine Nachprüfung der Preisfestsetzungen vorgesehen werden, um den Fortschritten der Produktionstechnik und den Veränderungen der Produktionskosten Rechnung zu tragen.

Organisation des Monopols.

Es ist dafür Sorge zu tragen, daß jeder Mißbrauch der zu treffenden Regelung in einem einseitigen Interesse ausgeschlossen ist. Deshalb sollen an der Durchführung der zu treffenden Maßnahmen neben Regierungsstellen auch Vertreter der Produzenten und Konsumenten, insbesondere der Konsumgenossenschaften und der Gewerkschaften mit gleichen Rechten maßgebend beteiligt sein.

Material für die parlamentarische Behandlung.

Dem Reichstag ist möglichst bald eine Denkschrift über die in anderen Ländern, vor allem in der Schweiz und in Norwegen, getroffenen Maßnahmen zur Preisstabilisierung des Getreides sowie über die dabei gemachten Erfahrungen vorzulegen.

Die Verhandlungen im Ausschuß führten zu dem Ergebnis, daß die Beschlußfassung ausgesetzt wurde und auf Verlangen des Ausschusses die Regierung in Aussicht stellte, bis zur nächsten Sitzung die Bedingungen, unter denen der Kredit gegeben werden soll, im einzelnen festzulegen. — Sicher ist, daß die Regierungsparteien und die Deutschnationalen bereit sind, der privaten Gesellschaft den Staatszuschuß zu überweisen, und damit ein Unternehmen ins Leben rufen, das die Spekulation im großen treiben soll.

Vor dem internationalen Eisenkartell.

Die Pariser Verhandlungen.

Seitdem die Hochkonjunktur der Nachkriegszeit in der Weltwirtschaft im ganzen einer schleichenden Depressionskrise gewichen ist, dauern die Bemühungen an, auf irgendeine Weise ein neues Gleichgewicht wiederherzustellen. Das hervorragendste Mittel zur Erreichung dieses Zieles war die Wiederanpassung der Währungen der Welt an die Goldbasis. Nur wenige Länder haben ihre Währung noch nicht stabilisiert, und auch bei diesen wenigen ist die Stabilisierung im Grunde nur eine Frage der Zeit. Wenn so von der Geldseite her eine der unentbehrlichsten Voraussetzungen weltwirtschaftlichen Gleichgewichts wiederhergestellt ist, so mehren sich die Bemühungen auch auf der Warenseite, die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Ideologisch steht an erster Stelle hierbei die Forderung des europäischen Zollvereins. Neben ihr geht, von der Oeffentlichkeit weniger, von den Wirtschaftspraktikern mehr beachtet, die Diskussion über die Errichtung internationaler Kartelle mit dem Ziel einer friedlichen Aufteilung der Märkte der Welt zwischen den Produzentengruppen verschiedener Länder, um so die freie Konkurrenz auf dem Weltmarkte auszuschalten. In einer Reihe von Industrien ist es in den letzten Monaten zu solchen internationalen Kartellen gekommen, z. B. in der Glühlampenindustrie, Kaliindustrie u. a. m.

Das Projekt.

Das größte Projekt dieser Art ist das internationale Eisenkartell. Eine wichtige Vorstufe zu diesem großen Eisenkartell ist das Schienenkartell, das am gestrigen Tage in Paris perfekt geworden ist. Heute werden Vertreter verschiedener Länder die Frage des internationalen Eisenkartells von neuem erörtern. Wie gemeldet wird, sollen diese Verhandlungen diesmal unter Beteiligung nicht nur der deutschen und französischen, sondern auch der englischen und amerikanischen Schwerindustrien vor sich gehen. **Der Teilnehmerkreis soll also praktisch die wichtigsten Eisenindustrien der Erde umfassen.** Ja, es wird sogar behauptet, daß die indische Eisenindustrie an den Besprechungen beteiligt sei. Es muß überaus fraglich erscheinen, ob die Besprechungen wirklich schon unter der Teilnahme eines so großen Kreises stattfinden. Dennoch kann es keinem Zweifel unterliegen, daß das internationale Eisenkartell im Augenblick gute Aussichten für sich vorfindet. Die bisher vorliegenden Meldungen lassen freilich erkennen, daß bei den Beteiligten das Bild des neuen Zusammenschlusses noch kein sehr klares ist. Nach einigen Meldungen soll die Menge des zu produzierenden Eisens begrenzt und dementsprechend jedem Lande eine Quote der Produktion zugeteilt werden, nach anderen soll man planen, die Absatzmärkte der Welt unter die Beteiligten aufzuteilen.

Der Kampf um die Quote.

Die Hauptschwierigkeit bei diesen Verhandlungen dürfte sich aus der Tatsache ergeben, daß die Lage der Schwerindustrien der verschiedenen Länder außerordentlich verschieden ist. Wir haben in Amerika eine Hochkonjunktur in der Schwerindustrie, die vor allem auf dem Aufschwung der amerikanischen Automobilindustrie und auf einem tragfähigen und überaus lebhaften Baumarkt aufgebaut ist. In England ist die Produktion gegenüber der Vorkriegszeit außerordentlich stark gesunken. In Frankreich steht die Schwerindustrie noch völlig im Zeichen der Inflation, und in Deutschland hat der Ausbau der rechtsrheinischen Werke nach dem Kriege zu einer starken Erweiterung der Kapazität der eisenerzeugenden Industrie geführt. So dürfte das internationale Eisenkartell zunächst einen erbitterten Kampf um die Absatzquoten bzw. die Verteilung der Absatzgebiete sehen, bei dem Deutschland und Frankreich gemeinsam gegen England die Interessen ihrer künstlich ausgedehnten Industrie zu vertreten haben werden, während England und Deutschland gemeinsam sich einer Bemessung der französischen Quote auf Grund der jetzigen Inflationskonjunktur widersetzen werden. Wie dieser Kampf ausgehen wird, das dürfte letzten Endes wohl von der Haltung der Bankiers abhängen.

Die Stellung der Eisenverbraucher.

Weit wichtiger ist freilich für die Weltwirtschaft, wie insbesondere für Deutschland, die Stellungnahme der eisenverarbeitenden Industrien gegenüber dem neuen internationalen Eisenkartell. Seltsam genug — die deutsche eisenverarbeitende Industrie scheint dem, was hier vorgeht, ahnungslos gegenüberzustehen; kein Wort aus ihrem Lager hat bisher verraten, daß sie diese Dinge mit Interesse verfolgt und sich rechtzeitig gegen die Gefahren wehrt, die ihr von ihnen her drohen. Schon jetzt leidet die deutsche eisenverarbeitende Industrie unter dem Preisdiktat der Schwerindustrie. Wenn ein internationales Kartell zustande kommen sollte, so wäre die gesamte eisenverarbeitende Industrie der Welt ihm ausgeliefert, und die deutsche Eisenverarbeitung insbesondere wäre gegenüber ihrem Hauptkonkurrenten, England, selbst bei gleichen Eisenpreisen durch die Ungunst ihrer Lage hinsichtlich der Transportverhältnisse noch mehr gefährdet als heute schon; denn die Eisenbahnfrachten der deutschen Industrie sind beträchtlich höher als die der englischen.

Eisenkartell und Handelsvertrag.

Aber noch an einer zweiten Stelle hat die deutsche eisenverarbeitende Industrie ein außerordentlich wichtiges Interesse an diesen Verhandlungen. Kommt das Eisenkartell zustande, so hört der deutsche Eisenzoll auf, ein wirksames Kompensationsobjekt bei den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen zu sein. Für die Haldierung oder Preisgabe des Eisenzolles hätten zweifellos schon heute der deutsche Maschinenbau und die übrigen Eisenverarbeiter beträchtliche handelspolitische Zugeständnisse in Frankreich erhalten können. Mit dem Eisenkartell verliert der Eisenzoll seine handelspolitische Bedeutung.

Die Handelspolitik der ersten Regierung Luther hat das ja immer angestrebt. Sie hat ihr Ziel erreicht, aber auch die zweite Regierung Luther, das handelsvertragsfreundliche „Kabinett der Mitte", will es sich gefallen lassen, daß die privaten Interessenten der Schwerindustrie die Aussichten auf eine wirklich umfassende deutsch-französische Verständigung zerstören. Noch ein weiteres kommt hinzu.

Notwendigkeit der Kartellkontrolle.

Vor wenigen Tagen hat die deutsche Schwerindustrie einen Schlag gegen die Preisabbauaktion der Reichsregierung geführt. Die völlig von ihr abhängigen Eisenhändlerverbände haben den Stabeisenpreis um nicht weniger als 35 Proz. erhöht. Als diese Tatsache im Reichstag bekannt wurde, versuchten die Vertreter der Schwerindustrie vergeblich, sie abzuleugnen. Es ist anzunehmen, daß in diesem Falle das Reichswirtschaftsministerium sich wirklich zu einigen zaghaften Schritten gegen die Herren von Eisen und Kohle aufraffen wird. Gegenüber einem internationalen Kartell wäre aber die Macht der Reichsregierung außerordentlich fraglich, denn die Frage der internationalen Kartelle ist im deutschen Kartellrecht bisher in keiner Weise geregelt. Bekanntlich erwartet die Reichsregierung selbst, daß die internationale Kartellierung weitere Fortschritte machen wird. Der Reichswirtschaftsminister hat soeben eine Sachverständigenkommission für das Kartellwesen berufen. Hoffentlich wird diese Sachverständigenkommission auch die Frage der Kontrolle der internationalen Kartelle in den Bereich ihrer Untersuchungen und Gutachten einbeziehen. Wir müssen fordern, daß auch hier die Reichsregierung sich nicht vom Strom der Interessenpolitik der Privaten treiben läßt, sondern aktiv und entschieden dafür Sorge trägt, daß beim Beitritt deutscher Verbände zu internationalen Kartellen die Interessen der deutschen Gesamtwirtschaft nicht einzelnen Interessentengruppen, sei es selbst der Schwerindustrie, geopfert werden.

•

Wir behalten uns vor, in den nächsten Tagen auf die politischen Forderungen zurückzukommen, die sich aus der geschilderten Sachlage für die unmittelbare Gegenwart ergeben.

Folgen der Kartellierung am deutschen Eisenmarkt.

Wie von dem Eisenmarkt gemeldet wird, sind in den letzten Wochen im Eisenhandel außerordentlich große Fortschritte auf dem Wege zu einer Kartellierung der Preise gemacht worden, ohne daß die Nachricht hiervon bisher in die Oeffentlichkeit gelangt sei. Seit dem Wirksamwerden der Eisenzölle (10. Januar 1925) hat die industrielle Verbandsbildung in der Schwerindustrie, wie allgemein bekannt ist, sehr schnell fast das ganze Gebiet der Eisen- und Stahl-Halbprodukte erfaßt, so daß vom Rohstahl angefangen bis zu den Eisenblechen sämtliche Artikel durch Preiskonventionen der Hersteller „gebunden" sind. Diese Preisbindung, die über das Maß der Vorkriegsverhältnisse bereits weit hinausging, fand bisher ihre einzige Schranke darin, daß die Saarwerke, die z. T. den Preisvereinbarungen nicht angehörten, zu niedrigeren Preisen an den deutschen Eisenhandel lieferten. Sie waren zu dieser Konkurrenz deswegen in hervorragendem Maße befähigt, weil für saarländische Importe der Zollbetrag gestundet wurde, so daß sie im allgemeinen ihre Angebote um die volle Höhe der Zollsätze niedriger stellen konnten, als die übrigen Konkurrenten, also insbesondere die belgisch-luxemburgische und die französische (lothringische) Industrie. Die Konkurrenz der tschechoslowakischen Werke war bereits durch ein Abkommen ausgeschaltet, das zwischen der deutsch-oberschlesischen Industrie einerseits, den tschechischen Werken andererseits unter Vermittlung der (österreichischen) Alpinen Montangesellschaft abgeschlossen wurde.

Nunmehr ist es laut „DAZ." den Bemühungen der schwerindustriellen Werke gelungen, die westliche Konkurrenz dadurch zurückzuweisen, daß man den selbständigen deutschen Eisenhandel gezwungen hat, in Zukunft keine Ware aus dem Ausland — Saargebiet, Lothringen, Belgien-Luxemburg — mehr zu beziehen. Da die Eisenverbraucher fast niemals direkt beim ausländischen Produzenten kaufen, sondern sich in der Regel der inländischen Handelsfirmen bedienen, bedeutet die Kartellierung des bisher „freien" Eisenhandels tatsächlich die Ausschließung der westlichen Konkurrenz vom deutschen Markt, mit der Möglichkeit, in Zukunft die deutschen Inlandspreise ungestört noch über den bisherigen Stand (Weltmarktpreis plus Zoll) hinauszutreiben.

Die Kartellierung des freien Eisenhandels besteht darin, daß die sämtlichen Handelsfirmen von Westdeutschland, Mittel- und Ostdeutschland in drei Verbänden zusammengeschlossen wurden, die sich zu einheitlicher Preisgestellung bei Einkauf nur von deutschen Werken verpflichten. Die süddeutschen Händlerfirmen stehen vorläufig noch abseits. Es ist aber zu erwarten, daß der verstärkte Druck, der nunmehr einsetzen wird, auch für Süddeutschland die Kartellierung des Eisenhandels erzwingt.

Die Einzelheiten, die der Vereinbarung zugrunde liegen, sind noch nicht bekannt. Wahrscheinlich haben sich die Eisenproduzenten nicht nur dazu bereit erklärt, die bisherige Konkurrenz, die sie (durch die „Werkhandelsfirmen") dem „freien" Eisenhandel gelegentlich gemacht haben, völlig einzustellen, sondern auch dazu, dem letzteren in Preisen und Zahlungsbedingungen entgegenzukommen. Die „freien" Handelsfirmen, die, wenig kapitalkräftig, bisher unter der Konkurrenz der direkten Werksverkäufe gelitten haben, sind anscheinend verhältnismäßig leicht dazu veranlaßt worden, ihre Selbständigkeit zu opfern. Als Folge der Vereinbarung ist bereits in den letzten Wochen ein Anziehen der Preise im Handel bis zu 35 Proz. zu verzeichnen; die Unterbietungen der „Verbandspreise", die bisher fast allgemein waren, haben stark nachgelassen.

Die deutsche Schwerindustrie rechnet nun damit, daß diejenigen Saarwerke, die bisher den deutschen Preiskonventionen nicht angehört haben, nunmehr zum Anschluß gezwungen sind, wenn sie den für sie lebenswichtigen Absatz ins deutsche Mutterland nicht fast völlig verlieren wollen. So macht also, im Zeitalter des „Preisabbaus" und der „Kartellabwehr", die Preistreiberei der Konventionen und Kartelle gerade auf dem bedeutenden Gebiet des Eisenmarktes, für den wichtigsten industriellen Rohstoff, immer weitere Fortschritte!

Amtliche Propaganda für Privatbanken.

Das Preußische Handelsministerium gegen ständische Banken.

Die „Beko" (Beamtenkorrespondenz) schreibt: Es muß einigermaßen auffallen, daß das Preußische Handelsministerium in einem amtlichen Schreiben mit einer außerordentlichen Schärfe gegen die wirtschaftlichen Selbsthilfeorganisationen der Beamten, soweit sie sich mit Bankangelegenheiten befassen, auftritt und dabei sogar folgende grundsätzliche Stellung einnimmt:

„Zunächst muß es vom allgemein wirtschaftlichen Standpunkt grundsätzlich als unerwünscht und gefährlich angesehen werden, wenn einzelne Berufe sich ständische Geldinstitute schaffen."

Was werden zu diesem Satz die landwirtschaftlichen Spar- und Darlehnskassen, die Genossenschaften des Gewerbes, des Kleinhandels, der Beamten und der Arbeiter sagen?

Was werden insbesondere die Fraktionen des Preußischen Landtages dazu sagen, die wiederholt gerade für die landwirtschaftlichen, gewerblichen und Beamten-Genossenschaften sich warm eingesetzt haben, meist sogar unter besonderem Hinweis auf die Notlage des Mittelstandes und der Beamtenschaft?

•

Die Stellungnahme des Preußischen Handelsministeriums erscheint auch uns unverständlich. Welches Interesse kann eine amtliche Stelle daran haben, die wirtschaftliche Betätigung der Beamten, besonders auf dem Gebiete der Geldverwaltung, zu beschränken? Wenn den Beamten vom Reichskanzler Dr. Luther geraten wurde, sich in Genossenschaften zum Kampf gegen die Uebersteuerung der Lebenshaltung zusammenzuschließen, so gehört hierzu ganz selbstverständlich auch die zweckmäßige Anlage und Verwertung von Ersparnissen, die Schaffung von Kreditmöglichkeiten usw. Das aber wollen die Beamten in ihren ständischen Banken für ihre Mitglieder. Sollten zu der Stellungnahme des Handelsministeriums ihnen gegenüber die Gründe beigetragen haben, die die Privatbanken aus Konkurrenzneid gegen die öffentlichen Bankinstitute so oft ins Feld führen? Fast hat es den Anschein! Das Preußische Handelsministerium hat dann jedoch keine Veranlassung, in diesen Kampf mit einer einseitigen Stellungnahme einzugreifen, die von der Oeffentlichkeit als eine Propaganda für die Privatbanken angesehen werden muß.

Unternehmersünden und ihre Folgen. Die Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke A.-G., die zum Stinnes-Konzern gehört, weist in ihrem Geschäftsabschluß für 1924/25 einen Verlust von 3,8 Mill. M., bei einem Aktienkapital von 12 Mill. Mark, auf. Die Gesellschaft macht es sich sehr leicht, den Verlust zu erklären: Sie spricht von den „verhängnisvollen Folgen der Deflation", von „übertriebenen Steuern und sozialen Abgaben" und von den Folgen des französisch-belgischen Valutadumpings. Eine genauere Betrachtung des Geschäftsberichtes zeigt aber, daß die verkehrte und geradezu unsinnige Wirtschaftsführung der Gesellschaft im vollen Umfang schuld an dem wirtschaftlichen Mißerfolg trägt. Zunächst wird man der Gesellschaft den Vorwurf machen müssen, daß sie bei der Umstellung des Aktienkapitals auf Goldbasis längst nicht energisch genug vorgegangen ist, indem sie nämlich das im Kriege (1916) erst auf 4,5 Mill. M. erhöhte Aktienkapital, das bis zum Ende der Inflationszeit bis auf 30 Mill. verwässert worden war, nur auf 12 Mill. RM. reduziert hatte. Wenn jetzt also, im Verlauf der vorgeschlagenen Sanierung, das Kapital von 12 auf 4,5 Mill. RM. zusammengelegt wird, so ist damit erst wieder der Stand der Kriegszeit erreicht: man wird sich dabei noch fragen müssen, ob selbst für diese Summe heute, wo die Kriegsgewinne fehlen und wo höhere Zinsen als normal gelten, eine ausreichende Verzinsung herausgewirtschaftet werden kann! — Die weiteren Fehler in der Geschäftsführung des Unternehmens liegen darin, daß es zwei Tochtergesellschaften, die nur in loser organischer Verbindung mit der eigenen Produktion stehen, in einem „Konzern" zusammengehalten hat, anstatt allen Teilen die Selbständigkeit zurückzugeben. Es handelt sich dabei um die Deutsche Lastautomobil-Fabrik A.-G., Ratingen, und das Hegbüstus-Werk A.-G., Vohwinkel, das, 1920 gegründet, Werkzeuge, Schrauben und Fassonteile herstellt. Diese beiden Konzernwerke haben sich bei Gelsenkirchener Gußstahl außerordentlich stark verschuldet; die Kredite wurden, in denkbar verkehrter Weise, dazu verwandt, große Neuanlagen zu schaffen und erhebliche Vorratsbestände an Rohmaterialien einzukaufen, obwohl der Absatz nur vorübergehend gesteigert werden konnte. Es ist nicht recht verständlich, daß diese unsinnige Verschuldungspolitik unter den Augen der Reichsbank zu einer Zeit erfolgen konnte, wo allgemein die Kreditkontingentierung bestand! — Daß eine derartige verkehrte Investitionspolitik zwangsläufig zur Illiquidität führte, ist wirklich kein Wunder. Die Sanierung wird nun derart erfolgen, daß die Gelsenkirchener Gesellschaft die genannten beiden Tochterwerke an die Firma Gebr. Stumm G. m. b. H. mit Aktiven und Passiven abgibt, wobei ein Verlust in Höhe von 2,1 Mill. RM. verbleibt. Um den eigentlichen Betriebsverlust, der weitere 1,7 Mill. RM. beträgt, zu decken und um Abschreibungen vornehmen zu können, wird das Aktienkapital in der genannten Weise (von 12 auf 4,5 Mill.) zusammengelegt.

Das Endergebnis der Breslauer Messe muß als noch schlechter bezeichnet werden, als man nach dem Verlauf der Leipziger Messe angenommen hatte. Die Zahl der Aussteller selbst ist von 1500 im Vorjahre auf 600 im März 1926 zusammengeschrumpft. Die Zahl der Einkäufer dürfte noch weit erheblicher gesunken sein. Die Aufträge bestehen durchweg aus kleineren Orders. Bessere Qualitäten wurden vernachlässigt; für die Käufer kamen höchstens mittlere Qualitäten in Frage. Die Geschäftstätigkeit war besonders, der Verarmung weiter Käuferschichten entsprechend, auf der Textil- und Schuhmesse gering. Schlechte Geschäfte machten auch die Aussteller von Haushaltungsartikeln. Lebhafter war dagegen der Auftragseingang bei der Nahrungsmittel- und Genußmittelindustrie, ohne daß das Gesamtergebnis der Messe dadurch günstig beeinflußt werden konnte. Nach dieser Enttäuschung ist wohl damit zu rechnen, daß die Breslauer Veranstaltung, ähnlich wie das die Kölner gemacht haben, stark eingeschränkt wird.

Weiterer Aufbau bei der Reichspost. Wenn die Wirtschaftskrisis selbstverständlich auch bei der deutschen Reichspost sich in einer langsameren Verkehrsentwicklung und in einem mäßigeren Steigen der Einnahmen äußert, so sieht die Postverwaltung doch der weiteren Gestaltung des deutschen Wirtschaftslebens mit Zuversicht entgegen. Sie ist darüber hinaus nach amtlicher Mitteilung auch gewillt, durch Verbesserungen der Verkehrseinrichtungen und entsprechende teilweise Umgestaltung ihrer Betriebsformen die zu erwartende Besserung der deutschen Wirtschaft mit vorzubereiten. In erster Linie soll das Fernsprechwesen mit Hilfe von Anleihemitteln im Betrage von etwa 150 Millionen Reichsmark planmäßig ausgebaut werden; die weitere Umwandlung der oberirdischen Fernleitungen im ganzen Reich in unterirdische, die Schaffung selbsttätiger (automatischer) großer Fernsprechämter sind die wichtigsten Merkmale auf diesem Wege. Diese Arbeiten geben übrigens auch der deutschen Industrie und dem deutschen Arbeiter neue Erwerbsmöglichkeiten. Im Funkwesen soll der ungeheuren Entwicklung dieses neuen Zweiges Rechnung getragen werden. Auch im Postverkehr soll durch entsprechende Organisationsmaßnahmen der Betrieb verbessert und modern gestaltet werden.

Handelsvertragsverhandlungen mit nordischen Staaten. Amtlich wird mitgeteilt, daß noch in der Mitte dieses Monats eine ganze Reihe Handelsvertragsverhandlungen mit nordischen und baltischen Staaten beginnen werden. So werden bereits am 15. März die Verhandlungen zwischen den Delegationen Deutschlands und Schwedens aufgenommen; in informierten Kreisen rechnet man mit einem schnellen und positiven Verlauf. Sofort nach Ostern beginnen die Vorbesprechungen zwecks Abschluß eines Provisoriums mit Finnland. Noch vor dem 15. März werden die Unterhandlungen mit Dänemark in die Wege geleitet. Das Handelsvertragsverhältnis Deutschlands zu Litauen, über das wir bereits mehrfach berichtet haben, wird ebenfalls, namentlich auf litauischen Wunsch hin, Aenderungen erfahren, zuvor jedoch muß der Austausch der Ratifikationsurkunden des deutsch-litauischen Handelsvertrages von 1923 vollzogen sein. — Die Prüfungsarbeiten der deutschen Zollvorschläge durch die polnische Delegation in Warschau sind beendet. Mit Wiederaufnahme der Verhandlungen ist, aller Voraussicht nach, Ende März zu rechnen.

Verlustabschluß bei Goerz. In der Aufsichtsratssitzung der Optischen Anstalt C. P. Goerz A.-G. in Berlin-Zehlendorf wurde die Bilanz vorgelegt, die nach Heranziehung des Reservefonds von 1 Million Reichsmark mit einem Verlust von 9392 RM. abschließt. Der Vorstand begründete das ungünstige Ergebnis mit den unzureichenden Verkaufspreisen. Diese lagen in den meisten Artikeln unter Vorkriegshöhe, obwohl darauf noch die Luxussteuer zu entrichten war; demgegenüber sind die Selbstkosten erheblich gestiegen. Die Verwaltung glaubt, daß durch eine innerhalb der in der Interessengemeinschaft zusammengeschlossenen Firmen der Photobranche vorzunehmende Arbeitsverteilung und Typisierung einzelner Artikel eine allmähliche Verbesserung der Gesamtlage eintreten wird, weil hierdurch aller Voraussicht nach mit einer erheblichen Verminderung der Herstellungskosten gerechnet werden kann.

Staatssubvention der belgischen Schiffahrts-Gesellschaften? Die belgische Schiffahrtsindustrie, die gegenwärtig unter der ausländischen Konkurrenz stark leidet, hat sich, wie wir hören, an die Regierung mit der Bitte um Subventionierung gewandt. Die Schiffahrts-Gesellschaften fordern eine jährliche Unterstützung von 20 Millionen Frank, die sich vorläufig auf 5 Jahre erstrecken soll. Im Zusammenhang hiermit können Gerüchte richtiggestellt werden, die von größeren französischen Schiffsbaubestellungen in Deutschland auf Reparationskonto wissen wollen. Es schweben lediglich Verhandlungen über den Bau zweier kleiner Küstendampfer für den französischen Rivieradienst.

Handelsabkommen zwischen Deutschland und Guatemala. Zwischen der Regierung von Guatemala und der dortigen deutschen Gesandtschaft ist ein Handelsabkommen unterzeichnet worden.

Reines Blut

ist die Vorbedingung für Ihr Wohlbefinden. Schlechte Gesichtsfarbe und Hautausschläge kennzeichnen die durch Anhäufung von Stoffwechselschlacken herbeigeführte Vergiftung des Blutes. Schlürfen Sie morgens und abends das köstlich schmeckende kohlensaure „Boesongetränk"! Blühend und gesund werden Sie aussehen, kräftig und stark werden Sie sich fühlen. Darum nehmen Sie

Boeson-Fruchtsalz

Es klärt das Blut,
mehrt Kraft und Mut.

In allen Apotheken und Drogerien erhältlich; wo nicht, wenden Sie sich an den Generalvertreter Theodor Wolff, Berlin SW 11, Königgrätzer Strasse 95. Fernsprecher: Hasenheide 5722 u. 5723.

Volksbühne 8 Uhr: **Don Quichotte** Morgen 7½ Uhr: **Hamlet**

Theater am Schiffbauerdamm 8 Uhr: **Der Tausch** Morgen 8 Uhr: **Der Tausch**

Komische Oper 8¼ Direktion James Klein 8¼
Die Neue Revue
Berlin ohne Hemd
Revue der Zukunft in 16 Bild.
u. a.: Japan in allen Jahreszeiten / Der Komponistenball / Der Traum d. Malers / Das Fest der Millionäre.
Preise 1–7.50. Logen und Klubsessel 10.
Sonntag 3 U. volle Vorstellung zu halben Preisen und jeder Erwachsene 1 Kind frei

Sport-Palast
Ab 10 Uhr vorm. **voller Eislaufbetrieb**
9 Uhr abends
Das gr. März-Programm
10.30 Uhr
Das sensat. Eisballett
Morgen, Sonnabend, den 13. März, 8 Uhr abends
Polizei-Hallensportfest
Sonntag ab 12 Uhr mittags
voller Eislaufbetrieb

WINTER GARTEN 8 U.
Los 3 Codonas
Hochturner in höchster Vollendung
im Rahmen eines abwechslungsreichen Varieté-Spielplans.
Sonntag nachm. 3½ U. halbe Preise
Rauchen gestattet!

Regen stört nicht

mein Wohlbehagen: denn meine Füsse bleiben trocken. Meine Schuhe sind mit Erdal Marke Rotfrosch gepflegt, dessen hoher Ölgehalt das Leder durchdringt und wasserundurchlässig macht. Auch Sie schützen sich vor Unbehagen und Erkältungen, wenn Sie zur Schuhpflege verwenden

Erdal

putzt die Schuhe, pflegt das Leder!

Th. in d. Klosterstr. 8 U. **Der gute Ruf** Sonnab. u. Sonntag 8 Uhr **Die Ehre**

Central-Theater 8 Uhr: **Eva Bonheur** Ilka Grüning

Casino-Theater Täglich 8 Uhr Nur noch bis 18. März **Helenes Liebesabenteuer** 19. März z. 1. Male **Eine Nacht im Fahrstuhl**

Th. in d. Lützowstr. Tägl. 8½ Uhr: **Lempke's sel. Witwe** Musik v. Dr. R. Hirsch. Volkstümliche Preise 1–4 M. Im Vorverkauf Theaterkasse Wertheim 20% Ermäßigung

Walhalla-Th. — Weinbergsweg Tägl. 8¼ Uhr: **Die kleinen Vagabunden** Musikalisches Lustspiel. Sonntg. nchm. 4 U. D. gestiefelte Kater

Lebenslängliche Garantie
leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften

Trauringe

zu billigsten Preisen
In den gediegensten Ausführungen
:: Ständig ca. 3000 St. auf Lager ::
Preisliste gratis!
Ges. geschützt
Hermann Wiese, Berlin N 24, Artilleriestr. 30 W, Passauer Straße 12
Bei Umtausch werden die von mir gekauften Ringe innerhalb eines Jahres zum vollen Preis zurückgenommen.

8 ung!
Arbeiter, Angestellte und Beamte! Ein eimöbel, kompl. Zimmer, auch gebraucht, zu äußerst kulanten Abzahlungsbedingungen. **Sehr preiswert.** Mittelmärkische Handelsgesellschaft, Berlin N. 24, Auguststr. 77/78 I. Norden 11640. [1684b

Photoapparate, Feldstecher
kaufen Sie gut und preiswert im
Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98

Gratis versende Rasierklinge „Hertelklasse", unübertroffen, extrabreite Qualität. H. Streubel, Berlin 33, Taborstr. 12.

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" und **billig!**

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus 12 Uhr: Sinfonie-Mittagskonzert 7½ U.: 9. Sinfonie-Konzert
Opernhaus am Königsplatz 7½ Uhr: Werther
Schauspielhaus 8 U.: Im weißen Rößl
Schiller-Theater 8 Uhr: Jugend

Städtische Oper Charlottenburg 7½ Uhr **Tannhäuser** (G. Stückgold a. G.) Abonn.-Turnus IV

Deutsches Theater Norden 10334—38 8 Uhr: **Juarez und Maximilian**

Kammerspiele Norden 10334—38 8¼ Uhr **Josephine**

Die Komödie Kurfürstendamm 206/7 Bismarck 2414, 7516 8 Uhr **Viktoria**

Trianon-Theater Zentr. 2591 Heute z. letzten Male **Berlin lacht von 8 bis 12** Die Revue der Einakter Ab Sonnabend neue Einakt.-Revue

Lessing-Th. 8 Uhr Gastspiel d. Saltenburg-Bühnen **D. fröhliche Weinberg**

Kleines Th. 8½ Uhr: **Ein Spiel von Tod u. Liebe** v. Romain Rolland

Residenz-Theat. 8: **Feppke, d. Egoist** Rommer, Sabo Limburg

Thalia-Theater 8: **D. alte Dessauer** Charlé, Vespermann, Westermeier

Th. i. d. Kommandantenstr. 8 Uhr: **Lene, Lotte, Liese** Wesselly, Dora, Bendt

Th. a. Nollendorfpl. 8 Uhr: **Die offizielle Frau** Operette in 3 Akten Preise 1 M. bis 8 M.

Scala 8 Uhr: **Ratouchelf's Puppenladen** und weitere **10 Künstlertruppen von Weltruf** Sonntags 3½ zu ermäßigten Preisen das volle Progr.

Großes Schauspielhaus Für Dich Charell-Revue täglich 8¼

Theat. d. Westens 8 Uhr: Unt. pers. Leitung des Komponisten **Prinzess. Husch** Operette v. Jos. Hellmesberger Musik von Leo Fraud

Barnowsky-Bühnen Theater Königgrätz. Str. T. Hasenheide 2110 7½ Uhr Zum 1. Male: **Mrs. Cheneys Ende** Lustsp. v. Lonsdale

Komödienhaus Tel.: Norden 6304 8 Uhr: **Der Garten Eden**

Die Tribüne Tel.: Wilhelm 5365 8 Uhr: **Die neuen Herren**

Circus Busch Tägl. 7½ U.: D. gr. Erfolg Manege-Schausp. **Cagliostro** ... **Martini Szeny's** ... Sonnabend: 2. Wette ...

Berliner Theater 8 Uhr: **Messalinette**

Deutsches Künstl.-Theater 8 Uhr: **Paganini**

Th. a. Kurfürstendamm 8¼ Uhr: **Die Nacht der Nächte**

Lustspielhaus 8 Uhr: **Die rote Cléo**

Wallner-Theater 8 Uhr **Kolportage**

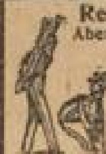
Neues Th. am Zoo Allabendl. 8 Uhr: Guido **Thielscher** in **Stöpsel** Kleine Preise: Parkett 1–2 M., Park.-Fauteuil 3–4 M., Orchest.-Fauteuil 5 M., Sessel 6 M. Vorverkauf ununterbrochen

Rose-Theater 8½ Uhr: **Die vier Schlaumeier**

Metropol-Theater Tägl. 8 Uhr **No no Nanette**

Admiralspalast Täglich 8¼ Uhr **Haller-Revue** Achtung Welle 505 Volkstüml. Woche d. ganze Vorst. zu halben Pr. 1.- bis 8.- M. 2 Sonntg.-Vorst. 3 Uhr nachmittags und 8¼ Uhr abds.

Elite-Sänger
Tägl. Kottbuser Str. 6. Sonntag 8 Uhr Der neue Schlager 3 Uhr
„Berliner Luft"
(Zwerchfellerschütternde Situationen)
Dazu das lustige Beiprogr.



Reichshallen-Theater
Abends 8 U., Sonntag nchm. 3 U.
Stettiner Sänger
Neu: Der letzte Postillion
Nachm. halbe Preise, Vollen Programm
Dönhoff-Brettl
10 Nummern
Tanz und Ulkdelikatessen!

Nur noch wenige Tage!
W. Hagenbeck
Das Welttheater der Tiere
Müllerstraße — Am Leopoldplatz
Holzbau — Dampfheizung
Moabit 3321 — Täglich 8 Uhr.
Mittwochs, Sonnabends, Sonntags nachmittags 3½ und abends 8 Uhr
Das gr. Circus-Programm
nachmittags Kinder halbe Preise
Preise von 80 Pf. bis 4,50 M.
Vorverkauf Wertheim u. Circuskasse
Tierschau 10—5 Uhr.

Auf Teilzahlung
liefert
elegante Herren-Moden
fertig und nach Maß
unter Garantie für
tadellosen Sitz und Verarbeitung
Maßschneiderei J. Kurzberg
Oranienstr. 160, I.
Chausseestr. 1.
Eingang Elsässer Straße

„Die Einheit" ist die Gewerkschaftszeitung des aufgeklärten Arbeiters.
„Die Einheit" kämpft gegen die Zersplitterung der Arbeiterschaft.
„Die Einheit" tritt für die Vereinigung der Gewerkschaftsinternationalen ein.
„Die Einheit" betont, was die Arbeiter einigt und nicht, was sie trennt.
„Die Einheit" bringt Originalartikel der bekanntesten Amsterdamer Gewerkschaftsführer, die für die Einheit eintreten.
„Die Einheit" bringt wahrheitsgetreue Berichte über Rußland.
„Die Einheit" unterrichtet über die Gewerkschaftsbewegung des Auslandes.
„Die Einheit" mußt du aller dieser Dinge wegen lesen, sag's auch deinen Kollegen!
„Die Einheit" kostet vierteljährl. (6 Hefte) M. 1.10 und erscheint am 1. und 15. jeden Monats.
„Die Einheit" ist zu beziehen direkt vom Verlag „Die Einheit" G. m. b. H., Abtlg. A Berlin S 14, Alexandrinenstraße 62.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer, sow. Berufsgenossen Deutschlands
Geschäftsstelle Gross-Berlin
Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, den Tod unseres langjährigen Kollegen
Julius Renz
Bezirk: Gesundbrunnen, verstorben: 8. März 1926, bekanntzugeben.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am Freitag, den 12. März, nachm. 2 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße 37, statt.
Die Ortsverwaltung.

Isolierer
mit besonderer Erfahrung im Anfertigen von Rohren und Kappen in Mika und Bakelit [145/7
nach Süddeutschland gesucht.
Bevorzugt werden ledige Leute infolge Wohnungsmangel. Offerten sind zu richten unter S. L. 875 an die Invalidendank Ann.-Exped. Stuttgart

Inserieren bringt ERFOLG!

Am 9. März, nachm. ½1 Uhr, verschied nach kurzem, schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser treusorgender Vater, Schwiegervater, Schwager und Onkel, der Schlossermeister
Hugo Winter
im 58. Lebensjahre.
Dies zeigt in tiefer Trauer im Namen der Hinterbliebenen an
Frau Emma Winter geb. Gorns **und Kinder**
Berlin O. 34, Königsberger Str. 7.
Die Beerdigung findet am Montag, den 15. März, nachm. 3½ Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes Friedrichsfelde aus statt. 9/3

Die amtliche Gewinnliste
über die Haupt- und Schluss-Ziehung der **Staats-Lotterie** *ist erschienen und bei mir einzusehen oder käuflich zu haben.*
Meine geschätzten Kunden bitte ich, ihre Stammnummern baldgefälligst zu erneuern.
Für neue Interessenten sind zur I. Klasse noch Lose frei:
⅛ = 3 M., ¼ = 6 M., ½ = 12 M., ¹⁄₁ = 24 M.
Friedrich Müller
Staatlicher Lotterie-Einnehmer
Postscheckkonto: Berlin 611 58 **Berlin C 19** Telegr.-Adresse: „Glücksmüller"
Jerusalemer Strasse 18, nächst der Leipziger Strasse.
Ferner empfehle ich
Blinden-Geld-Lose zu M. 3,30 — 3 Lose — 10 M.
Kinderfürsorge „ „ M. 1,20 — 4 Lose — 5 M.
Gesamtgewinne **240 000** Mark ohne Abzug.

Ihr Küchengeschirr
reinigen Sie am besten mit VIM. — Frei von Säuren ist VIM das hygienischste Putzmittel für das Koch- und Tisch-Geschirr.
30 PF.
V2

5 Vorzüge

Rahma

MARGARINE

buttergleich

Geschmack und Nährwert der Naturbutter durch die Zusammensetzung aus Frischmilch und edelsten Speisefetten.

Stets gleiche Qualität durch die sorgsame Arbeit der vollkommensten Spezialmaschinen.

Vollendete Reinheit, da bei der Herstellung keine Menschenhand die Ware berührt.

Täglich frischer Versand in Hunderten von Spezialwagen nach allen Teilen des Reichs.

Unerreichte Sparsamkeit bei allen diesen Vorzügen, denn „Rahma buttergleich" kostet

nur 50 Pfg. das ½ Pfd.

Verkäufe

Reißzeuge (Richter-Präzision). Sicherheits-Goldfüllfederhalter. Bureaubedarfshaus Lindner. Neukölln. Kaiser-Friedrich-Straße 36/37. *

Teilzahlung. Kinderwagen. *

Teilzahlung. Puppenwagen. *

Teilzahlung. Metallbettstellen. Ball, Große Frankfurterstraße 47, gegenüber Markusstraße. *

Teilzahlung. Gardinen, Stores, Bettdecken, Steppdecken, Diwandecken, Teppiche und Möbel jeder Art, geringe Anzahlung, bequeme Abzahlung. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenicker Str. 77/78, Ecke Brückenstraße. *

Teppiche, Diwandecken, Tischdecken, Bettvorleger, Läuferstoffe, prachtvolle Auswahl, extra billige Gelegenheiten, Fischer, Potsdamerstraße 109 *

Achtung, Wassersportler! Paddelboote und Skullboote fertigt an Freienstein, Waldemarstraße 10a. *

Bekleidungsstücke Wäsche usw.

Getragene Herrengarderobe, tadellos erhalten. Gelegenheitskäufe in Pelzwaren, große Auswahl, billige Preise. Keine Lombardware. Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7. *

Verleih hocheleganter Gesellschafts-Anzüge. Leihhaus Lowicki, Prinzenstraße 105. *

Getragene Herrenpaletots Gesellschaftsanzüge für korpulente Figuren staunend billig. Nur, früher Mulackstraße, jetzt Gormannstraße 25/26 und Mariannenstraße 26. *

Totalausverkauf wegen Geschäftsauflösung zu wirklichen Schleuderpreisen. Nur wenige Tage. Allerbeste Qualitäten. Hochelegante Schneiderkostüme 15, 20, 25, gekostet bis 200,—. Frühjahrsmäntel 6, 11,50, 16,50; Regenmäntel, Röcke 1,50, 4,50, gekostet bis 95,—. Wollkleider 9,—, 8,—. Hochelegante Seidenkleider 12,—. Sommerkleider 5,—. Bildschöne Modelle. Viele Frauengrößen. Clara Michaelis, Mauerstraße 80, eine Treppe, neben Clou. Kommen Sie, der Weg macht sich bezahlt. 9/4*

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erstklassige Jackettanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Cutaways, Sommerpaletots, Gabardinemäntel, außerdem hochelegante neue Garderobe zu staunend billigen Preisen im Leihhaus Lowicki, Prinzenstr. 100, eine Treppe. Keine Lombardware. *

Herrengarderobe • Gelegenheitskäufe. Nirgends besser und billiger kaufen Sie Ihre Garderobe. Jackettanzüge von 25,—. Große Auswahl in Paletots, Ulstern, Gummimänteln, Gabardinemänteln. Anzüge, Paletots nach Maß von 60,— an. Erstklassige Stoffe, prima Futterstoffe. Spottbillige Angebote in Pelzwaren. Keine Lombardware. Leihhaus Friedrichstraße 2. *

Möbel

Rehfeld, Badstraße 34: Anrichteschränke, dreiteilig, 98,—, 140,—, Waschtoiletten mit Spiegel 68,—, Nachttische 15,—, Apotheken 12,—. *

Rehfeld, Badstraße 34: Englische Bettstellen 35,—, 65,—, 56,—, Plüschsofas 90,—, 120,—, 145,—. *

Rehfeld, Badstraße 34: Diplomaten-Schreibtische 65,—, mit Aufsatz 48,—, Rohrstühle 4,50, 6,50, Sofa-Umbauten mit Spiegel 35,—. *

Rehfeld, Badstraße 34: Moderne Küchen, weiß und farbig, 85,—, 125,—, 160,—, Metallbetten mit Messing, extra stark, 29,50. *

Rehfeld, Badstraße 34: Standuhren von 95,—, Kleiderschränke, englisch, 60,—, Vertikos 69,—, Ausziehtische 29,—. *

Rehfeld, Badstraße 34, gewährt Zahlungserleichterung, auch Versand nach außerhalb. Beim Einkauf von 100,— werden 5,— Unkosten in bar vergütet, also besuchen Sie mein reichhaltiges Lager, es lohnt sich. *

Rehfeld, Badstraße 34: Komplette Schlafzimmer 295,—, 375,—, 450,—, Speisezimmer 365,—, 475,—, 590,—, Herrenzimmer 345,—, 450,—. *

Teilzahlung. Möbel jeder Art. Geringe Anzahlung, bequeme Abzahlung. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße. *

Teilzahlung, kulant. Möbel-Misch. *

Teilzahlung, billig. Möbel-Misch. *

Teilzahlung, reell. Möbel-Misch, Große Frankfurterstraße 45/46. *

Chaiselonguedecken 9,—, wunderbare Wandbehänge 5,—, Pappelallee 12. *

Schlafchaiselongues, Bettchaiselongues, Chaiselonguesdecken 9,—, Wandbehänge 5,—, Patentmatratzen 10,—, Polsterauflagen, Wochenabzahlung 3,—, Pappelallee 12: Pankow, Schmidtstraße 1. *

Metallbetten mit Auflagen 28,—, Pappelallee 12: Pankow, Schmidtstr. 1. *

Extraangebote, Mahagoni-Anrichteschränke, englische Bettstellen, Nachttische, Apotheken, Trumeaux, Ausziehtische, Stühle billig. Möbelhaus Kamerling, Kastanienallee 86. *

Gelegenheit, Kleiderschrank 18,—, Vertiko 15,—, Waschtoilette 15,—, Frankfurter Schreibtisch 25 Mark, Sofa 15,—, Küchen 24,—. Möbelhaus Gottlieb, Pfügnerstraße dreizehn. *

Konkurrenzlos. Neue furnierte Anrichteschränke mit Spiegel 105,—. Neue englische Bettstelle mit Federboden und dreiteiligen Auflagen 55,—, Nachttische mit Marmorplatte 15,—, Nußbaum-Apotheken 12,—, Plüschsofa 45,—, Gobelin-Klubsofa 50,—, Diplomaten 48,—, Säulenbüfett 75,—. Neue Küchen, 102 breit, 68,—. Eßzimmer, Schlafzimmer mit echtem Marmor, Drellmatratzen, komplett 285,—. Kiefernausmehl in kompletten Einrichtungen sowie Einzelmöbeln in jeder Ausführung. Möbelhaus Gottlieb, Pfügnerstraße dreizehn, Bahnhof Gesundbrunnen. Freilieferung. *

Patentmatratzen „Primissima". Metallbetten, Auflagematratzen, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft. *

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 33. *

Konzertpianos (Flügelton) ab Fabrik, Zahlungserleichterung. Übungsklaviere 275,—. Harmonium verkauft billigst Steinweger Pianofabrik, Oranienstraße 166 III. *

Kaufgesuche

Fahrräder kauft Elsenstraße 14 *

Vermietungen

Laden mit Nebenraum, Eichenberg, Wedellestraße 17. Zu erfragen von 4—5 Uhr bei Ebel. 1888

Zimmer

Tausche 3 Zimmer, Küche, gegen 1 oder 2 Zimmer, Küche. Friedrichstraße 54, vorn IV. 1859

Freitag
12. März 1926

Unterhaltung und Wissen

Beilage
des Vorwärts

Schalk.

Von Erich Gottgetreu.

Schalk wälzt sich, erwacht, reibt die Augen, sieht auf die Uhr. Es ist um zehn. Eigentlich hat er Lust weiterzuschlafen, er verzichtet aber darauf, der Straßenlärm würde ihn doch bald wieder wecken.

Schade. Das Aufstehen lohnt ihm nicht, schließlich verläuft ein Tag so schwer, so langweilig, so niederdrückend wie der andere; der Vormittag bringt die Vergeblichkeit einiger Telephongespräche, der Tagesrest das Kaffeehaus. Schalk ist mit großer Begabung und wenig Fleiß noch etwas mehr als Kaffeehäusler: Filmstatist, Zeitungsschreiber, Schrift'ller, auch musiziert hat er schon beruflich. Aber gäbe er das Kaffeehaus auf, bedeutete das in stärkerem Maße Obdachlosigkeit als Verlust seines möblierten Zimmers. Der droht ihm, weil er sich schon Monate hindurch das Mietgeld stunden ließ, ohnehin.

Die Wirtin ist ungehalten, Schalk hat volles Verständnis dafür, aber doch kein Geld, ihre Stimmung zu heben. Es ist bald elf, die Wirtin mag keinen Langschläfer, sie kann Schalks Zimmer nicht aufräumen, klopft also an, ihm das zu sagen, reißt, da sie ohne Antwort bleibt, die Tür auf, ihm das ins Ohr zu schreien. Schalk ist schon aufgestanden. Streit widerstrebt ihm.

Post ist nicht gekommen. Nicht einmal von Adele. Schalk will sie im Kaffeehaus treffen.

Um elf geht er aus dem Hause. Trifft unterwegs einen Bekannten, der gibt ihm einen Tip, es ist da etwas durch Filmen zu verdienen, er will Schalk gleich mitschleppen, Schalk weicht aus, er muß heute, müde, hilflos, wie er ist, Adele sprechen, führe er ins Atelier, würde er Stunden verwarten, vielleicht nutzlos — also er sagt, er sei heut' verhindert.

Unruhig durchläuft Schalk torkligen Ganges die vom Mittagsverkehr durchtrubelten, durchlärmten Straßen. Auffällig angezogen, erregt er Staunen, es kümmert ihn nicht. Mögen ihm die Leute nachsehen, erst waren sie ihm gleichgültig aus bohemehaftem Uebermut, jetzt sind sie's ihm, weil Lebensangst andere Sorgen hochtreibt.

Für's Café ist's noch zu früh, Schalk will etwas „tun". Im Westen der Stadt wohnt ein junger, mutiger Verleger, dem Schalk vor ein paar Wochen das Manuskript einer größeren, möglicherweise buchdicken Novelle übergeben hat. Gestern hat ihm der Verleger, mit dem ihn gleiche politische, moralische, gesellschaftliche Ansichten leicht freundschaftlich verbinden, am Telephon gesagt, daß er zur Lektüre der Arbeit leider noch nicht gekommen wäre. Lächerlich, ungeschickt, beinahe aufdringlich, daß Schalk nun tagspäter ins Bureau geht. Was wird er nun damit schon erwirken?

Es gibt eine Unterhaltung, nicht mehr, nicht weniger. Es gibt die typische Literatenunterhaltung, der eine hat kein Geld, der andere verspricht es, der eine mimt Unglück, der andere Lebensstärke, für jeden von beiden und erst recht für einen anderen ist es schwer, da das Echte vom Gemachten zu unterscheiden. Wir sind Schauspieler allzumal.

Schalk geht, nun hat er doch heute etwas getan. Er liebt die Stadt, auch wenn sie sinnlos ist.

In Seelengefilden, wo Gesten noch nicht betäuben können, bewegt ihn anderes, nicht Materielles. Sagt Adele heute ja, ist alles gut. Tut sie's nicht, ist ihm das ganze Getreibe, pathetisch „Leben" genannt, leid. Nötigenfalls wird er darauf verzichten. Beruf? Dieses Ideal ging kaputt. Tätigkeit ist notwendig, weil magenfüllend, kulturermöglichend, schlafstattschaffend, ehebettbereitend. Berufstätigkeit Entschuldigung eigener Existenz. Mitwelt verlangt diese Entschuldigung.

Schalks Ziel ist Adele. Ihr fällt es nicht ganz leicht, seine Geliebte zu werden. Gewiß, sie liebt Schalk. Liebt? Zu problematisches, zu oft verschwendetes Wort. Sie hat ihn jedenfalls sehr gern. Für mancherlei Möglichkeit gern.

Ein Hindernis ist nicht nur rein äußerlich, auch irgendwie innerlich zu überwinden: der Andere. Mit dem anderen ist Adele immerhin legitim verheiratet. Innere Beziehungen fehlen längst zwischen den Gatten. Doch wuchs noch nicht das, was man „unglückliche Ehe" nennt. Die Menschen sind bescheiden geworden und glauben sich glücklich wähnen zu dürfen, wenn sie sich aneinander gewöhnen.

Adeles Gatte ist Kaufmann, fleißig, geschäftstüchtig, leider nicht viel mehr als das, sie aber zuerst eine feinmenschliche Natur. Die Reibungen, die der Gegensatz ergibt, sind noch erträglich, Adele hat Talent zum Dulden, zur Resignation, findet auch gewissen Trost vorläufig in Büchern, bei Freunden. Ein wenig gefällt sich sogar die Eitle in der Rolle, die das Schicksal sie zu spielen zwingt. Nur, daß auf Jahre noch der Naturtrieb des Liebesverlangens eines von heißem Blut durchströmten Körpers in ihr mächtig ist. Hier widert der Mann sie, ist restlos ein anderer, ein Fremder. Schön war der Anfang mit ihm, schön die Hochzeitsflitterzeit, jetzt aber kennt sie ihn genauer, als eine Frau, die noch lieben will, den Mann kennen darf. Sie sieht nicht mehr den Geliebten in ihm, sieht den Kaufmann, den Dickbauch, den Bürger, den Zeitungsleser, den Theaterstammsitzinhaber einhunderdreiundsiebenzig, den Alltäglichen im Alltag. Hier hat sich Adele noch nicht „gewöhnen" können.

Weiß aber doch, daß Gattenuntreue im Bürgerlichen als Sünde gilt. Ist es nicht Sünde aber, nun sich selbst mit Ruhe zu quälen? Gesetz der Sitte steht gegen Gesetz des Körpers. Ist ihr denn bekannt, was der andere heimlich tut? Unruhe quält.

Groß ist auch die Verführung. Wie sie nachmittags das überfüllte, schwadurchsummte Kaffeehaus durchschreitet, merken die Gäste auf. Sie trägt ihre Schönheit hier nur bescheiden und ziemlich versteckt, fühlt aber die lüsternen Blicke der anderen nicht ungern. Man gäbe für ihre Liebe schon etwas. . . .

Sie ist gekommen, mit Schalk zu sprechen. Der sitzt schon da, sehr melancholisch, wenig ändert sich seine Stimmung auch, wie er Adele erblickt.

Sonst wird die Unterhaltung vom wortschwallbegleiteten Spiel der kleinen Kapelle gefördert. Heute wankt das Gespräch nur mühselig von Gedankenpunkt zu Gedankenpunkt. Oft scheint es, als ob die Geleise des Dialogs irgendwie gefahrbedroht wären. Taktgefühl und bewußte Ueberlegung geben Signale, Wendungen, die leicht zu Zusammenstößen führen können, zu vermeiden.

„Adele, ich hasse alle Pathetik, aber wenn ich behaupte, ohne dich kaum noch leben zu können, so ist das mein Ernst."

„Dieser Satz ist so oder eigentlich schöner in Romanen allerdings sehr beliebt. Die Dichter machen sich's dann leicht, die Wirrnis zu lösen, indem sie Mann und Frau sich einfach kriegen lassen. Aber die Hindernisse des wirklichen Lebens sind kaum mit literarischen Mitteln zu überwinden."

„Immerhin mit gutem Willen. Siehst du, kein Wort würde ich verlieren, wüßte ich nicht, daß du mich liebst. Und deshalb kommen mir deine Hemmungen kleinlich vor."

„Daß Hemmungen mich noch stärker bedrücken als Hindernisse, geb' ich zu. Ich fühle mich sehr hilflos. Traurig, daß man in diesen schwersten Dingen doch immer allein bleibt. Ist es nicht vielleicht besser, alles bleibt so wie heute? Freundschaft, sachliche Freundschaft, wie du dich neulich ausdrücktest, ist doch etwas sehr Schönes, mein Lieber."

„Es gibt aber einen Punkt, wo die Sachlichkeit zwischen Mann und Frau zur Liebe werden muß. Es müssen da natürlich einige Voraussetzungen gegeben sein, ich glaube, zwischen uns sind sie erfüllt. Man ist sich selbst gegenüber ein Tartüff, wenn man sich vor Konsequenzen fürchtet."

„Willst du sagen, ich sei feige? Wir sind häufig miteinander zusammen, gehen spazieren, sprechen über alles, auch über das Persönlichste. Vor'm letzten allerdings fürcht' ich mich."

„Und doch glaub' ich, daß du mich heute abend schon besuchen wirst."

„Vielleicht. Vielleicht aus — Mitleid."

„Wäre ich dumm, würde ich jetzt gekränkt sein. Aber ich empfinde dieses „Mitleid" nur als Entschuldigung, als Maske. Mutiger wäre es, auf jede Notlüge zu verzichten."

„Du bist brutal. Vielleicht hast du recht — aber warum mußt du so etwas sagen? Kommt es nicht nur auf — auf den Effekt an?"

„Also darf ich dich heute abend erwarten?"

„Nein, nein — ich muß mir das überlegen, ich muß mir das sehr genau überlegen!"

„Adele!"

„Du hast leicht bitten. Könnt' ich, wie ich wollte. . . ."

„Ich fühl' mich beschämt. Jämmerlich ist meine Position vor dir, hilflos bin ich, haltlos, ein Schwächling. Ja, ich weiß das alles ganz genau. Aber soll ich Kraft markieren, die mir fehlt? Ich brauche dich, dein ganzes Wesen, dein Verstehenkönnen. Bisher warst du es, was man kitschig „Kameradin" nennt. Aber Kameradin in der höchsten Potenz ist dem Manne erst die Geliebte."

(Schluß folgt.)

Frauen heraus!

**Wenn alle so zur Wehr sich setzten,
Wär's für die oben Matthäi am letzten!**

Der „älteste" Berliner.

Ein bedeutsamer vorgeschichtlicher Fund in der Nähe Berlins.

Die „Vorgeschichtliche Abteilung" des Museums für Völkerkunde (ehemaliges Kunstgewerbemuseum in der Königgrätzer Straße) ist dieser Tage durch einen äußerst seltenen Fund bereichert worden. Es handelt sich um einen Grabfund von ganz besonderer Art, einmal durch das ungemein hohe Alter und zum anderen durch die Form der Bestattung. Bei der wissenschaftlichen Untersuchung eines vorgeschichtlichen Wohnplatzes auf dem Schmöckwitzer Werder, in nächster Nähe Berlins, war man kürzlich ganz unvermutet auf diese Grabanlage gestoßen: Eine muldenförmige Vertiefung, angefüllt mit roter Eisenockererde, sogenannten Rötel, und in dieser Grube lagen dicht beieinander die Teile eines menschlichen Skelettes.

Die Form der Bestattung hat zwar im Wechsel der Zeiten mancherlei Wandlung erfahren, doch die absonderlichste Sitte ist jedenfalls die der Zerstückelung und teilweisen Beisetzung des Toten. Nicht der ganze Leichnam wurde in diesem Falle in die Erde gebettet, vielmehr wurde das Individuum sehr bald nach Eintritt des Todes zerlegt und nur bestimmte Teile des Körpers oder der Knochen tat man nach Loslösung des Fleisches in eine mit Rötel angefüllte Grube. Die Gewohnheit, den Leichnam mit Rötel zu färben, oder den Toten ganz und gar in Rötel einzubetten, ist uralter Bestandteil eines rituellen Totenkultes und reicht weit zurück in das Paläolithikum (Altsteinzeit).

Der Fund von Schmöckwitz, dessen eingehende fachwissenschaftliche Untersuchung noch aussteht, stellt das erste klare Beispiel für Rötel- und Teilbestattung im nördlichen Europa dar. Nicht nur, daß die Bestattungsform eine sehr altertümliche ist und hier im Norden gleichsam als eine Fortführung diluvialer Kultgebräuche weiterlebt, sondern auch eine ganze Reihe von merkwürdig kleinen Steingeräten, die gleichfalls von jenem Fundplatz stammen, sind ihrerseits ganz charakteristisch für den Uebergang vom Paläolithikum zum Neolithikum (der jüngeren Steinzeit) und lassen eine ungefähre Zeitbestimmung zu. Demnach wäre der Grabfund von Schmöckwitz auf ein Alter von 8000 bis 10000 Jahren zu veranschlagen, das besagt gleichzeitig, daß es sich damit für unsere Mark um die frühesten sicheren Spuren menschlicher Besiedlung nach dem Verschwinden des letzten Gletschereises handelt, als Tier- und Pflanzenwelt allmählich den Boden zurückerobert hatten, als die Landschaft, von der heutigen nicht mehr sehr verschieden, endlich auch dem Menschen alle Möglichkeiten zu einem primitiven Fischer- und Jägerdasein bot. Zum Vergleiche bezüglich des Alters sei gesagt, daß der vielerwähnte Tut-Anch-Amon, dessen kostbares Pyramidengrab man jüngst erschlossen, vor etwa vier Jahrtausenden als König über das Volk der Aegypter gebot.

Der Grabfund von Schmöckwitz, wie wir ihn jetzt im Museum vor uns sehen, enthält die Reste eines Erwachsenen. Genau so, wie das Grab nach sorgfältiger Freilegung draußen an Ort und Stelle beschaffen war, hat es nunmehr Aufstellung gefunden, nichts ist daran geändert, nichts zerstört. Ganz in ursprünglicher Lagerung reihen sich die Teile des Skelettes dicht aneinander: links der Schädel, durch die Last des Erdreichs ein wenig in die Breite gedrückt, einzeln und getrennt davon der Oberkiefer und der Unterkiefer, aus dem noch guterhaltene Zähne blinken. Sodann unmittelbar anschließend die Beinknochen, im Kniegelenk eng zusammengedrückt. Die mittleren Teile, Rumpf- und Armknochen fehlen. Alles ist auf engem Raum zusammengedrängt, hier im Schrank ein Geviert von 0,75 Meter zu 1,40 Meter, was ungefähr dem Umfang der ursprünglichen Grube entspricht. Gerade nur so weit sind die Knochen herauspräpariert, daß ihre Form erkennbar wird, im übrigen haften sie fest im Erdreich. Und dieses Erdreich, das jetzt fast dunkelrotbraun erscheint, ist eben die Rötelfüllung des Grabes, bei frischem Anschnitt draußen im Boden ein helles, kräftiges Rot. Auch jetzt noch hebt sich die rötelgefüllte Grube deutlich vom grauen Sandboden ab.

Entsprechend seiner zeitlichen Stellung in der Aufeinanderfolge der vorgeschichtlichen Kulturen hat der Schmöckwitzer Fund im Saal 1 seinen Platz gefunden. Hier ruht der „älteste Berliner" friedlich in seinem gläsernen Schrein, träumt von bunten Jagderlebnissen und bestaunt den Wandel der Zeiten. Dort draußen aber im märkischen Sand, auf dem Hügel am Wasser, schlummern vielleicht noch viele seiner Jagdgenossen in ihren roten Gräbern, die einst seltsamer Totenbrauch ihnen bereitet. M.

Das größte Buch der Welt. Die Rekordhascherei greift anscheinend auch auf das Druckereigewerbe über. Eine Druckerei in New York brachte kürzlich ihr neuestes Erzeugnis auf den Markt: ein Riesenbuch, dessen Seiten 3 Meter lang und 1,50 Meter breit waren.

Um das Gemeindebestimmungsrecht!

Vom Verband der Lebens- und Getränkearbeiter wird uns geschrieben:

Zum Kampf um das Gemeindebestimmungsrecht nimmt Genosse Wilhelm Sollmann in der Abendausgabe des „Vorwärts" (Nr. 46) vom 26. Februar unter dem Fragetitel: „Trockenlegung?" das Wort. Er wendet sich gegen die angeblich falsche Auffassung der in einem Reichsausschuß gegen das Gemeindebestimmungsrecht zusammengeschlossenen gesamten Alkoholindustrie, zu welchem Unternehmer und Arbeiter, der Alkoholhandel, die Gastwirte aller Art und der Weinbau gehören, und die als Gegner des Gemeindebestimmungsrechts den Eindruck zu erwecken versuchen, „als drohe eine „Trockenlegung" nach amerikanischem Muster, als stehe die gesetzlich verordnete „Zwangsabstinenz" von Wein, Bier und Schnaps bevor, wenn der Reichstag das Selbstbestimmungsrecht annehme". Die ganze Gesetzgebungsaktion, sagt Sollmann, könnte nur eine Verringerung des Angebots von Alkohol zur Folge haben, ein Zurückdrängen der Verführung zum Trinken und damit ein Eindämmen der seit einigen Jahren wieder ansteigenden Alkoholflut. Sonst aber bliebe selbst bei dem radikalsten Siege der Alkoholgegner „die Erzeugung von Alkohol ungehindert, fiele die Aufbewahrung und der Genuß geistiger Getränke im Privathause und bei privater Geselligkeit nicht unter das Gemeindeverbot". Sollmann erklärt auch und erkennt an, daß die deutschen Verhältnisse „aus tausend Gründen eine „Trockenlegung" weder ratsam noch möglich erscheinen lassen".

Wir stimmen dieser Erkenntnis des Genossen Sollmann durchaus zu, und wenn er selbst der Auffassung ist, daß auf alle Fälle die Erzeugung von Alkohol ungehindert bliebe, die Aufbewahrung und der Genuß geistiger Getränke im Privathause nicht unter das Gemeindeverbot fiele, dann fragen wir, welchen Zweck noch das Gemeindebestimmungsrecht haben soll, und ob damit der Alkohol eingedämmt würde. Das hieße doch nur, den Zwischenhandel ausschalten unter gleichzeitiger Vermehrung des Alkoholkonsums. Denn wenn jedermann seinen Bedarf im Hause hat, dann wird höchstwahrscheinlich mehr getrunken werden. Auch dann, wenn bei Verbot des Kleinhandels man unter Kleinhandel die Bedürfnisse und Bezüge eines Haushaltes rangieren wollte. Dann würden Haus- oder Werksgenossenschaften zum Bezug von alkoholischen Getränken für die Mitglieder entstehen, Zentralen für die Abnahme größerer Mengen, die etwa gegen regelmäßige Beiträge regelmäßige Anfuhr und Lieferung übernehmen.

Wozu dann also ein Gemeindebestimmungsrecht?

Doch die eifrigsten Befürworter des Gemeindebestimmungsrechts, die Abstinenten, wollen etwas anderes als es nach den bisher zitierten Ausführungen des Genossen Sollmann scheint. Auch wenn Sollmann sagt, daß er nie eine alkoholgegnerische Gesetzgebung betreiben würde, die den Anschauungen und dem Willen großer Teile der Volksgenossen widerspricht und damit zur Erfolglosigkeit verurteilt sein müßte, so würde er gegebenenfalls mit dieser Auffassung unter den Abstinenten allein bleiben. Und auch ihn haben wir ja schon ganz anders gehört. In der Tagung des Deutschen Arbeiter-Abstinentenbundes in Berlin vom 21. bis 23. November vorigen Jahres sagte er, daß die Abstinenten mit dem Gemeindebestimmungsrecht, falls es eine Mehrheit im Reichstag finden sollte, „noch lange nicht am letzten Ziele sind". Und es liegt ja auch in der Natur der Sache: wenn man als Alkoholabstinent seine Auffassung auf dem Wege des Gesetzes durchsetzen will, muß man auch zu dem Verbot der Alkoholerzeugung kommen, um auch den Bezug des Privathauses lahmzulegen. Oder man muß den Alkoholausschank und den Bezug des Privathauses unterbinden, um auf diesem Wege die Produktion abzudrosseln. Diese Auffassung, daß jeder Abstinent die vollkommene Trockenlegung will und erstreben muß, vertritt auch Genosse Scheidemann in einem Artikel im „Kasseler Volksblatt" vom 19. Februar, worin er übrigens das Gemeindebestimmungsrecht ablehnt. Und auch das Programm der Abstinenten verlangt völlige Trockenlegung, Gemeindebestimmungsrecht über Erzeugung und Verbrauch alkoholischer Getränke.

Nun stellen wir uns einmal die Wirkung der einzelnen Aktionen vor: Solange die Erzeugung von alkoholischen Getränken unbehindert und der Privatbezug frei bleibt, wird der Konsum trotz Gemeindebestimmungsrecht nicht geringer, im Gegenteil; wird der private Bezug verhindert und ist der Ausschank und Handel an einem Orte durch das Gemeindebestimmungsrecht verboten, dann sind alkoholische Getränke vielleicht im Nachbarort zu finden, der von dem Verbot nicht Gebrauch macht — dort deckt man sich genügend ein und diese Gemeinde hat den Vorteil; würden auf einem Komplex eine größere Zahl Gemeinden, oder, wie die Abstinenten erhoffen, gar das ganze Land trocken gelegt, dann beginnt Zug um Zug der Schmuggel und die Selbstproduktion. Deutschland mit seinen ungeheuren Land- und Seegrenzen wäre geradezu ein Paradies für Schmuggler, Deutschland würde im Alkohol ersäuft werden, und wenn es mal hapern sollte oder auch aus Sparsamkeitsgründen, würde die Selbstproduktion einsetzen. Genau wie in den Alkoholverbotsländern, besonders in Nordamerika.

Oeffentliche Kundgebungen

für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten

heute, Freitag, den 12. März:

Mitte: abends 7½ Uhr in den Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31. Redner: Dr. Siegfried Weinberg.

Prenzlauer Berg (29. Abt.): abends 7½ Uhr in der Aula der Senefelder-Schule, Senefelderstraße 6. Redner: Stadtverordneter Richard Krille.

Staaken: abends 7½ Uhr im Gasthaus Wolff. Redner: Stadtrat Hermes.

Wannsee: abends 7½ Uhr im „Reichsadler", Königstraße. Redner: Josef Ernst.

Wilmersdorf: abends 8 Uhr im Viktoriagarten, Wilhelmsaue 113/114. Redner: Gen. Falkenberg und Clara Bohm-Schuch.

Lichterfelde: abends 7½ Uhr in der Oberrealschule, Ringstraße, Ecke Hindenburgdamm. Redner: Siegfried Aufhäuser.

Neukölln (94. Abt.): abends 7½ Uhr im Karlsgarten (Bergschloßhöhe), Karlsgartenstraße 6—11. Redner: Franz von Puttkamer.

Baumschulenweg: abends 7½ Uhr in der Aula des Lyzeums, Baumschulenstraße. Redner: Erich Kuttner, M. d. L. — Der Männerchor Oberspree leitet die Kundgebung mit Gesang ein.

Grünau: abends 7½ Uhr im Lokal Ehrhardt, Jägerhaus, Bahnhofstraße. Redner: Bezirksverordneter Hermann Lempert.

Lichtenberg: Demonstrationsumzug. Abmarsch 7 Uhr abends von der Mittelpromenade Frankfurter Allee an der Jungstraße. Die Abteilungen marschieren geschlossen auf. Fahnen und Transparente sind mitzubringen. Abends um 7½ Uhr öffentliche Kundgebung in der Aula der Mittelschule, Marktstraße 10/12. Redner: Dr. Kurt Löwenstein, M. d. R.

Niederschönhausen: abends 7½ Uhr im Schloß Schönhausen, Lindenstraße 11. Redner: Karl Litke, Bezirksverordneter.

Reinickendorf-Ost: abends 7½ Uhr im Restaurant Schützenhaus, Residenzstraße 1/2. Redner: Ministerpräsident a. D. Frölich.

Hermsdorf: abends 8 Uhr im Restaurant Bellevue, Am Bahnhof. Redner: Stadtverordneter Adolf Hoffmann.

Morgen, Sonnabend, den 13. März:

Tiergarten (8. Abt.): Abmarsch zum Demonstrationsumzug und Fackelzug abends 6½ Uhr vom Dennewitzplatz. Anschließend daran öffentliche Kundgebung auf dem Winterfeldtplatz. Redner: Franz Künstler, M. d. R.

Kreuzberg: Abmarsch zum Propagandaumzug mit Musik abends pünktlich 5½ Uhr Fontanepromenade, Am Urban.

Charlottenburg: abends 6 Uhr versammeln sich alle Mitglieder im Restaurant Wilhelmshof, Spreestraße 7, zur Demonstration, unter Mitwirkung des Reichsbanners.

Steglitz: abends 6½ Uhr auf dem Marktplatz, Düppelstraße, öffentliche Kundgebung. — Aufmarsch des Reichsbanners. — Mitwirkung des Männergesangvereins Steglitz-Friedenau. Redner: Fleißner, M. d. R.

Baumschulenweg: Antreten zum Demonstrationsumzug abends 6 Uhr an der Köpenicker Landstraße, Ecke Baumschulenstraße.

Karow: abends 7½ Uhr im Restaurant Suckow, Dorfstraße. Redner: Bernhard Göring.

Was man in Nordamerika kann, wird man sicher auch in Deutschland können. Und genau wie seit der Trockenlegung dort, würde auch in Deutschland bei einem Erfolg der Abstinenten der Suff, heimlich und unheimlich, der Gebrauch schädlicher und tötender Ersatzmittel, die Geisteskrankheiten und die Verbrechen zunehmen, die Gefängnisse überfüllt werden. Die Genossen, die in letzter Zeit Nordamerika studienhalber besucht haben und sehen und hören wollten, sahen und hörten es. Die Genossen Helnig und Müntner haben sich darüber geäußert, Genosse Backert ist in seinem Studienbericht ausführlicher darauf eingegangen und hat Namen und Daten genannt; er ist auch der Behauptung der Abstinenten nachgegangen, daß in den durch das Verbotsgesetz umgestellten Brauereibetrieben jetzt mehr Leute für andere Produktionszweige und zu höheren Löhnen beschäftigt würden als zur Zeit der Bierfabrikation, und hat festgestellt, daß in der von den Abstinenten besonders angezogenen Anhäuser-Busch-Brauerei in St. Louis, die zum größten Teil stilliegt, jetzt in allen Zweigen der Produktion zusammen etwa 2300 Leute beschäftigt werden gegen früher gut 6000, und zu Tariflöhnen der Brauereiarbeiter. In den Brauereibetrieben in Milwaukee ist das Zahlenverhältnis gegen früher noch ungünstiger. Außerdem steht ein erheblicher Teil von Brauereibetrieben in Nordamerika heute noch ohne Benutzung still. 250 Brauereien sind als solche noch im Gange. Der kleinste Teil von den früher 1300 Brauereien sind für andere Produktionszwecke umgestellt und stellen meistens Maisprodukte und Sirup zur Heim-Brauerei und -Brennerei her. Gut 40 000 Menschen sind in den gesamten früheren Brauereibetrieben weniger beschäftigt gegen früher. Der amerikanische Brauereiarbeiterverband ist auf unseren Wunsch daran, genaue Feststellungen zu machen.

Nun begründet Genosse Sollmann das Gemeindebestimmungsrecht mit „der seit Jahren wieder ansteigenden Alkoholflut". Wie steht es damit? Der Bierverbrauch in Deutschland fiel von 118 Liter pro Kopf im Jahre 1900 und 98 Liter im Durchschnitt der Jahre 1911 bis 1914 auf 60 Liter im Jahre 1924; der Branntweinkonsum fiel von 6,2 Liter reinen Alkohol in den 80iger Jahren auf 4,2 Liter im Durchschnitt der Jahre 1901—1905, 2,8 Liter 1911—1914 und 0,6 Liter im Jahre 1924. Im gesamten Alkoholverbrauch, in reinen Alkohol umgerechnet, steht Deutschland unter zehn europäischen Staaten mit 2,45 Liter im Jahre 1923 zurück hinter Frankreich (14,26 Liter), Schweiz 11,56 Liter), Italien (10,26 Liter), Belgien (5,88 Liter), Großbritannien (5,38 Liter), Oesterreich (4,50 Liter), Schweden (2,59 Liter), und hat den größten Rückgang gegen 1913 aufzuweisen: 62 Prozent. Das zeugt doch nicht von ansteigender Alkoholflut.

Will man auch in Deutschland ganze Industrien und hunderttausende Existenzen eintauschen gegen die zum Himmel schreienden Uebel und Schädigungen, die das Verbotsgesetz in Nordamerika erzeugte? Genosse Backert hat bei Besichtigung des Gefängnisses in Minneapolis durch Einsicht in die Gefängnislisten festgestellt, daß das Gefängnis vollbesetzt war, was vor der Prohibition nie der Fall war; ein weiteres Gefängnis mit wesentlich mehr Plätzen ging der Vollendung entgegen. Das Gefängnis in Detroit, das in früheren Jahren mit etwa 500 Gefangenen belegt war, zählte zurzeit 1200; ein neues soll gebaut werden mit 3000 Plätzen. Der immer größere Zustrom hat die Behörde veranlaßt, das neue Gefängnis auf 5000 Plätze zu erweitern.

Gemeindebestimmungsrecht soll zum Alkoholverbot führen. „Man kann das sagenhafte Gemeindebestimmungsrecht betrachten von welcher Seite man will, man muß immer zu dem gleichen Ergebnis kommen, als Quelle weiteren Zwistes, als Anlaß neuer Wahlmüdigkeit (in Rücksicht auf die vielen zu erwartenden Gemeindeabstimmungen. D. „V.") ist es ausgezeichnet, als Kampfmittel gegen den Alkoholismus ist es gleich Null," sagt Genosse Scheidemann in seinem Artikel im „Kasseler Volksblatt".

So ist es! Deshalb fort mit dem Gemeindebestimmungsrecht!

HERMANN TIETZ Billige Lebensmittel

Mengenabgabe vorbehalten — Leichtverderbliche Artikel sind vom Versand ausgeschlossen — Verkauf soweit Vorrat

Wurstwaren
Bln. Mettwurst Pfd. 95 Pf.
Rotwurst, Thür. Art, Pfd. 95 Pf.
Hausm.-Leberwurst Pfd. 95 Pf.
Jagdwurst ..... Pfund 1,30
ff. Leberwurst Pfund 1,45
Mettwurst Braunschw. Art, Pfd. 1,45
Teewurst ...... Pfund 1,70
Holst. Salamiwurst Pfund 1,80
Holst. Zervelatwurst Pfd. 1,80

Obst u. Gemüse
Holl. Weisskohl Pfd. 8 Pf.
Holl. Rotkohl Pfund 8 Pf.
Malta-Kartoffeln Pfund 15 Pf.
Zitronen .... Dutzend 35 Pf.
Apfelsinen Dutzend 45 Pf.
Essäpfel ...... Pfund 20 Pf.
Ananas gez. Früchte, Pfd. 1,00
Ananas-Renetten Pfund 30 Pf.

Pflaumen- u. Johannisbeer-Konfit. Eimer ca. 2 Pfd. 90 Pf.
Aprikosen- und Erdbeer-Konfitüre Eimer ca. 2 Pfd. 1,15

Gemüse- u. Obstkonserven (1/1 Dose)
Karotten geschnitten 37 Pf.
Junger Spinat ... 38 Pf.
Schnittbohnen ..... 48 Pf.
Gemüse-Erbsen ... 58 Pf.
Junge Erbsen ..... 63 Pf.
Junge Erbsen fein 1,20
Gem. Gemüse ...... 80 Pf.
Stg.-Spargel 50/60 ... 1,75
Stg.-Spargel mittel .. 2,00
Stg.-Spargel sehr stark 2,50
Br.-Spargel extra ... 2,00
Tomatenpüree .... 55 Pf.
Kürbis .... 55 Pf.
Apfelmus .... 55 Pf.
Pflaumen mit Stein .. 65 Pf.
Pflaumen ohne Stein 75 Pf.
Stachelbeeren .... 72 Pf.
Birnen 1/2 Frucht .... 90 Pf.
Kirschen rot, m. Stein 1,05
Aprikosen 1/2 Fr. 1/1 Dose 75 Pf.

Frisches Fleisch
Kalbskamm u.-rücken Pfund 65 Pf.
Kalbskeulen bis 10 Pfd. schwer ... Pfund 78 Pf.
Kalbsblätter ..... Pfund 78 Pf.
Suppenfleisch ..... Pfund 65 Pf.
Fehlrippe u. Brust ..... Pfund 75 Pf.
Schmorfleisch ohne Knochen, Pfd. 1,00
Rouladen ..... Pfund 1,10
Schweinebauch ..... Pfund 1,05
Schulterblatt ..... Pfund 1,00
Kasslerkamm ..... Pfund 1,30
Eisbein mit Spitzbein ..... Pfund 72 Pf.
Starke Liesen ..... 94 Pf.
Pa. Pökelrinderzunge ohne Schlund ..... Pfund 1,30

Gefrierfleisch
Pa. Ochsenbrust ..... Pfund 48 Pf.
Pa. Ochsen-Schmorfleisch o. K. Pfd. 70 Pf.
Gulasch ..... Pfund 65 Pf.
Gehacktes ..... Pfund 65 Pf.

Fetter Speck ausländischer, Pfund 1,15
Molk.-Butter 1/2-Pfund-Stück 95 Pf.

Fischkonserven
Hering in Gelee Dose ca. 1 Pfd. 48 Pf.
Bratheringe ovale Dose ..... 70 Pf.
Bismarckheringe ovale Dose 70 Pf.
Portug. Oelsardinen Klubd. 48 Pf.

Holländische Suppenhühner Pfund 1,25

In unserer Konfitürenabteilg.
Borkenschokolade ..... Pfund 1,40
Pralinenmischung ..... Pfund 1,00
Speiseschokolade ..... 200-g-Tafel 40 Pf.
Sandgebäck ..... Pfund 1,00
Schokoladenkeks ..... Pfund 1,30
Keksmischung ..... Pfund 90 Pf.
Trüffeln ..... Pfund 1,10
Milchschokolade ..... 3 Tafeln 1,00

Kolonialwaren
Kartoffelmehl .. Pfd. 17 Pf.
Weizenmehl .. Pfund 19 Pf.
Auszugmehl .. Pfund 23 Pf.
Maispuder .... Pfund 24 Pf.
Weizenpuder Pfund 48 Pf.
Java-Reis .... Pfund 38 Pf.
Valencia-Reis Pfund 34 Pf.
Bosnische Pflaumen Pfd. 35 Pf.
Kalif. Backobst Pfd. 55 Pf.

Käse u. Fette
Kuhkäse ...... Pfund 28 Pf.
Kümmelkäse .. Pfund 35 Pf.
Briekäse ...... Pfund 50 Pf.
Stangenkäse Pfund 55 Pf.
Allg. Limburger Pfd. 68 Pf.
Edamer Käse Pfund 88 Pf.
Camembert „Sennerin" Schachtel 65 Pf.
Harzerkäse .. Pfund 40 Pf.
Dän. Schweizerkäse Pfd. 1,20

Frisch gebrannter Kaffee aus eigener Rösterei ..... Pfund 2,40

Besonders billige Weine vom Fass in unseren bekannt guten Qualitäten
Apfelwein herb, für Bowlenzwecke u. Kur zu empfehl., 5 Liter 3,40 einschl. Steuer und Flasche
Rheinpfälzer Weisswein vorzügliche Qualität, reintöniger f. lacher Bowlen- u. Tischwein, 5 Liter 5,50 einschl. Steuer und Flasche
Johannisbeerwein rot und süss, sehr gute Qualität, 5 Liter 5,50 einschl. Steuer und Flasche
Rheinwein besonders empfehlenswert für die Tafel ..... 1/1-Liter-Fl. 1,60, 5 Liter 7,50 einschl. Steuer und Flasche
Fettsüsser Malaga goldgelb, als Dessertwein ..... 1/1-Liter-Flasche 3,20 einschl. Steuer und Flasche

Gute und billige Tafelweine
1922er Königsbacher Mühlweg, Naturgewächs: Winzerverein ...
1922er Nackenheimer Kahlenberg
1922er Wintzenheimer Honigberg
1/2 Fl. 1,60 — 10 Flaschen 15,00 ohne St. u. Flasche

ZUR BOWLE:
10 Fl. 1924er Oberh. Kaiserkammerer
2 Fl. „Herbe-Gold" ... zusammen 10,00 Steuer u. Flasche 3,00

Fische u. Räucherwaren
Grüne Heringe Pfd. 12 Pf.
Kabliau ganze Fische Pfund 18 Pf.
Makrelbückling Pfd. 24 Pf.
Sprotten ..... Pfund 48 Pf.
Rotbarsch geräuchert Pfund 40 Pf.
Schellfisch geräuchert Pfund 40 Pf.